



Franz Reisbeck:

Neue Zielgruppen akquirieren

Der alte und neue Vorsitzende der GHM-Geschäftsführung sprach mit der GZ über mögliche Dienstleistungen für Handwerk und Kommunen. **Seite 4**



Dr. Siefried Naser:

„Demonstration der Geschlossenheit“

In einem GZ-Interview ließ der Geschäftsführende Präsident des Sparkassenverbandes den Sparkassentag 2004 in Passau Revue passieren. **Seite 6**



Siegfried Kett:

40 Jahre im Dienste der Bildung

Nach neun Jahren erfolgreicher Vorstandarbeit für den bbv wurde der Erste Vorsitzende in München feierlich verabschiedet. **Seite 2**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 8. Juli 2004

54. Jahrgang / Nummer 13



Regensburg erwartet seine Gäste. Erst vor kurzem wurde die 2000-jährige Metropole zur gesamt-bayerischen Bewerberin als „Kulturhauptstadt Europas“ gekürt. Motivieren wollten die Oberpfälzer die Jury nicht zuletzt mit einer außergewöhnlichen Lichtinstallation auf der weltberühmten „Steinernen Brücke“. Leider wurde die grandiose Beleuchtung inzwischen zerstört. Die Besucher - allen voran Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber - sind schon sehr gespannt, ob die Regensburger ihnen zum Bayerischen Städtetag andere „Lichtblicke“ bieten werden.

Bayerischer Städtetag 2004 in Regensburg:

Bayern braucht starke Städte

Rund 300 Kommunalpolitiker im Dialog mit Ministerpräsident Stoiber

In Regensburg treffen sich am 22./23. Juli die Mitglieder des Bayerischen Städtetags zur diesjährigen Verbandstagung. Diese steht unter dem Motto „Bayern braucht starke Städte“. Bei der Tagung sollen in Diskussionen mit Bundes- und Landespolitikern Wege aufgezeichnet werden, wie die Städte aus ihrer derzeitigen Finanznot herausgeführt werden können.

Das Jahr 2003 war ein Jahr der Reformversuche. Dabei sind aus der Sicht der Städte viele Rechnungen offen geblieben. In ihren Hoffnungen auf eine wirksame Gemeindefinanzreform fühlen sich die Städte bitter enttäuscht.

Zehn Milliarden Defizit

Der jetzt gefundene Kompromiss bei der Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe (Hartz IV) dürfte den ersten Berechnungen zufolge für die

Kommunen als Nullsummenspiel ausgehen. Die versprochene dauerhafte Entlastung um 2,5 Milliarden Euro blieb aus. Auch das von der Union eingebrachte Soforthilfeprogramm zur Sanierung der Kommunalfinanzen ist im Verhandlungsmarathon des Vermittlungsausschusses auf der Strecke geblieben. Unter dem Strich werden die Städte und Gemeinden bundesweit ein Defizit in ihren Kassen von über 10 Milliarden Euro haben.

Bedrohliche Finanzlage

Angesichts dieser nach wie vor bedrohlichen Finanzlage der Städte und Gemeinden wollen die Kommunalpolitiker in Regensburg mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten darüber diskutieren, dass das Land starke Städte braucht, um im internationalen Wettbewerb als Standort bestehen zu können. Für den Städtetag schlägt das Herz dieser Republik in den Städten. Wenn es dort zum Infarkt kommt, dann trifft dieser Infarkt das gesamte Land. Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Josef Deimer, wird nachdrücklich darauf hinweisen, dass, wer die Städte vernachlässigt, die gesamte Republik vernachlässigt.

In einem Forum „Gemeindefinanzreform - was nun?“ werden

die Vorsitzende des Finanzausschusses im Deutschen Bundestag, Christine Scheel und Finanzminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser mit Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly aus Nürnberg, Erstem Bürgermeister Josef Niedermaier aus Bad Tölz und dem Regensburger Oberbürgermeister Hans Schaidinger die Gretchenfrage diskutieren, wie es mit der Reform der Gemeindefinanzen weitergehen soll.

Diskussion in den Foren

In einem weiteren Forum „Städte ohne Haushalt - Folgen für die Bürger“ werden Vertreter gesellschaftlicher Gruppen wie die Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Christa Prinzessin von Thurn und Taxis oder der Präsident des

(Fortsetzung auf Seite 2)



Anlässlich der VHB-Tagung in Schrobenhausen stellten sich den Fotografen (v. l.): Die Referenten Dr. Andreas Hilge und Franz Winterer, Thomas Schwarzbauer, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Schrobenhausen, Dr. Wolfgang Kunert, oberbayerischer Regierungsvizepräsident und Ehrenvorsitzender des VHB, dahinter Referent Sönke Nissen, Rudolf Rast, LBD a.D. und Kassenwart des VHB, sowie Dr. Eugen Ehmann LRD und Vorsitzender des VHB.

Landtagspräsident Alois Glück bei den bayerischen Bezirken:

Finanzierung auf neue Grundlage stellen

Strukturveränderungen forderte Landtagspräsident Alois Glück bei der Verbandsversammlung der bayerischen Bezirke in Bad Griesbach. Nach seinen Worten sind „leistungsfähige und finanziell gut ausgestattete Bezirke eine wichtige Voraussetzung für einen modernen Sozialstaat“. Glück sprach sich deshalb dafür aus, die Ausrichtung und Finanzierung von Aufgaben der Bezirke auf eine neue Grundlage zu stellen. Schon heute sei absehbar, dass allein durch die demographische Entwicklung (Stichwort alternde Gesellschaft) zusätzliche Anforderungen auf die Bezirke zukämen. Darauf müsse die Politik schnell reagieren, sagte der Präsident.

Derzeit seien die Bezirke in einer besonders schwierigen Lage. „Sie sind eingespannt wie in einem Schraubstock: Auf der einen Seite drückt ihnen der Gesetzgeber immer neue Aufgaben auf, und von der anderen Seite drängen alle jene, die die Leistungen bezahlen sollen.“

Ein neues Miteinander der Verantwortung

Es kann aber nicht länger angehen, dass der Bund teure „Wohlthaten“ beschließt und die Bezirke mit der Finanzierung allein lässt“, so Glück. Besonders wichtig sei es auch, neue Strukturen der Zusammenarbeit zwischen staatlichen Stellen, Wohl-

fahrtsverbänden, sozialen Dienstleistern sowie Bürger-Netzwerken aufzubauen.

Fernwärmenetz mit langen Wegen

Viele der aktuellen Probleme hingen damit zusammen, dass der Sozialstaat wie ein Fernwärmenetz mit besonders langen Wegen aufgebaut sei. Die dadurch entstehenden Defizite durch menschliche Nähe auszugleichen, sei besonders wichtig für die Gestaltung einer humanen Gesellschaft, so Glück weiter. „Ein neues Miteinander der Verantwortung brauchen wir überall, auch in Städten und Landkreisen, also dort, wo man

am nächsten dran ist an den Problemen der Menschen“ sagte Glück. Nur durch gemeinsames Engagement, das weniger auf eine anonyme Sozialbürokratie sondern vielmehr auf individuelle Initiative und Hilfe setze, werde es gelingen, auch für die Schattenseiten der Wohlfahrts-gesellschaft menschlich vertretbare Problemlösungen zu finden.



Landtagspräsident Alois Glück

VHBB-Tagung in Schrobenhausen:

Verwaltungsreform und Privatisierung

Die Delegiertenversammlung und Fortbildungsveranstaltung des Verbandes der Höheren Verwaltungsbeamten in Bayern (VHBB) in Schrobenhausen fand in beamtenrechtlich und beamtenpolitisch bewegten Zeiten statt. Wie der 1. Vorsitzende des VHBB, Dr. Eugen Ehmann, betonte, seien die Gefahren für das Beamtentum aufgrund der Verwaltungsreform „so groß wie seit Jahren nicht“. Es sei jedoch nichts verloren und noch bestehe berechtig- te Aussicht, dass sich wiederum alles zum Guten wendet.

Tatsächlich steht nach Ehmann das Berufsbeamtentum dann zur Disposition, „wenn sich das Verhältnis von Rechten und Pflichten einseitig und nach-

haltig in Richtung der Pflichten verschiebt“. Freilich sei schon darauf zu verweisen, „dass es ein verfehltes Selbstverständnis wäre, wenn wir uns auf die Position zurückziehen würden, alles Vorhandene habe sich bewährt und Änderungen kämen schon aus diesem Grund höchstens am

(Fortsetzung auf Seite 4)



Deutschland ist zweitklassig geworden. Dies zeigt sich jüngstes Beispiel - am Kupfermünzennotstand. Fehlen nur noch Benzinscheine wie vor Zeiten in Italien, damit die Österreicher und Tschechen, die Deutschland besuchen, sich das Autofahren hierzulande noch leisten können, meint die Vorzimmerperle. **Seite 19**

Sie lesen in dieser Ausgabe

Mehr arbeiten und noch mehr sparen	Seite 2
Städtetag unzufrieden mit Kommunalrechtsänderungen	2
GZ-Kolumne Luitpold Braun: Ausgaben müssen den Einnahmen angepaßt werden	3
Weg des Friedens fortsetzen	3
Kulturpreis Bayern	3
GZ-Fachthemen:	
Kommunalfinanzen	4 - 11
Umwelt-, Abfall- und Abwassertechnik	12 - 14
Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung	15
Aus den bayerischen Kommunen	16 - 20

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Das Thema des Landtags:

Mehr arbeiten und noch mehr sparen

CSU für höhere Stundenzahl, aber noch harte Verhandlungen mit der Regierung
Opposition befürchtet höhere Arbeitslosigkeit - Letzte Entscheidungen erst im November

Die Arbeitszeitverlängerung im öffentlichen Dienst von Staat und Kommunen auf 42 Wochenstunden bleibt trotz aller Einwände und auch CSU-interner Bedenken Bestandteil des Konzepts von Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber. Das haben sowohl Mitglieder der Staatsregierung als auch der CSU im Landtag bestätigt. Ein entsprechender CSU-Dringlichkeitsantrag wurde unter dem Gedanken „Arbeitsmarkt flexibilisieren“ angenommen. Zwei konträre, von den Grünen unterstützte SPD-Anträge wurden abgelehnt. In der Debatte wurde zudem deutlich, dass auch der Staatshaushalt 2005/2006 weitere Einsparungen bei Personal- und Sachausgaben bringen wird.

Zur Beschäftigungssicherung „muss von Tarifverträgen unter Beachtung der Tarifautonomie abgewichen werden können“, heißt es bei der CSU. Und weiter: „Die Bindung an Tarifverträge soll durch Beendigung der Tarifbindung nach der Beendigung der Verbandsmitgliedschaft des Arbeitgebers und durch zeitliche Befristung der Nachwirkung von Tarifverträgen gelockert werden.“ Aufweichung des Kündigungsschutzes sowie des Anspruchs auf Teilzeit, insbesondere in Betrieben mit weniger als 20 Beschäftigten gehört weiter zu den Eckpunkten des Antrags. Nur so sei wieder Wirtschaftswachstum zu erreichen, betonte der CSU-Sprecher Franz Josef Pschierer.

„Folterwerkzeuge“

Die SPD-Abgeordnete Dr. Hildegard Kronawitter sprach von „arbeitsmarktpolitischen

Folterwerkzeugen“. Abweichungen vom Tarifvertrag sollten die Tarifparteien selbst regeln. Eine Arbeitszeitverlängerung, hieß es in einem von zwei SPD-Anträgen, „vernichtet die Chance auf mehr Beschäftigung“. Im öffentlichen Dienst würden die vorgesehenen 42 Stunden „zu einem flächendeckenden Abbau von Planstellen“ und zu „einer Vergrößerung der Arbeitslosigkeit führen“. Ihre Fraktionskollegen Christa Naab bezog sich auch auf Äußerungen des Städtetagsvorsitzenden OB Josef Deimer, der sich gegen eine einseitige Aufkündigung des Tarifvertrages ausgesprochen habe. Die Grünen unterstützten diese Argumentation. Eike Hallitzky warf der CSU Zerschlagung der bewährten deutschen Arbeitsmarktordnung vor.

Weitere Einsparungen

Sozialministerin Christa Stewens erwiderte, die Arbeitszeitverlängerung gehöre zu den Maßnahmen, die Arbeitsplätze schaffen und Arbeitslose in den ersten Arbeitsmarkt zurückbrächten. Finanzstaatssekretär Franz Meyer verwies darauf, dass sich die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen im letzten Jahr „dramatisch verschlechtert“ haben. Über die Arbeitszeitverlängerung hinaus seien „weitere Einsparungen in allen Bereichen“ nötig. Es dürfe nicht so bleiben, dass jetzt schon über 43% aller Staatsausgaben auf Personal- und Pensionskosten entfielen. In wenigen Jahren bleibe kein Spiel-

Bayern braucht ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Landessportverbands Günther Lommer darstellen, wie sich die kommunale Finanzkrise auf ihre Organisationen auswirkt. Anschließend wird sich Innenminister Dr. Günther Beckstein den Fragen der Kommunalpolitiker stellen, wie die Städte mit nicht genehmigten Haushalten umgehen sollen. Dabei wird zu klären sein, wie weit sogenannte freiwillige Leistungen, die an soziale Organisationen, Bildungseinrichtungen und Sportvereine geleistet werden, bezahlt werden dürfen, um die wertvolle Infrastruktur in den Städten nicht vollends zu zerstören. Die Foren werden von Anouschka Horn, Moderatorin im Bayerischen Fernsehen, begleitet.

Der Bayerische Städtetag erwartet sich von seiner Tagung Signale, wie die Städte und Gemeinden aus der größten Finanzkrise seit Bestehen der Bundesrepublik wieder herauskommen. Sie wollen Bundes- und Landespolitikern drastisch vor Augen führen, dass der Standort Deutschland nicht nur von guten Steuerpräferenzen und niedrigen Lohnnebenkosten, sondern auch von exzellenten Standortbedingungen in den Städten und Gemeinden abhängt. Um solche Standorte weiter anbieten zu können, ist es notwendig, dass das Land über starke und vitale Städte verfügt.

raum mehr für Investitionen.

Harte Verhandlungen

Die CSU-Fraktion wird, wie Vorsitzender Joachim Herrmann bestätigt, nicht an der verlängerten Wochenarbeitszeit rütteln, aber bei der Umsetzung des Sparkonzepts mit der Staatsregierung hart verhandeln. Er nahm noch nicht Stellung zu Berichten, dass der gegenwärtig auf Kabinettsebene erörterte Etat der kommenden zwei Jahre weiter hohe Abstriche bei den Ausgaben vorsehe. Die Fraktion werde jedoch noch vor der Sommerpause unterrichtet.

Ämterverlagerungen

In den Fragen der Verwaltungsvereinheitlichung sollen die Entscheidungen im wesentlichen erst im Herbst mit einer Schlussrunde im November getroffen werden. Dies gelte u.a. für die Verlagerung von zentralen Ämtern aus München in das Land

Bayerischer Städtetag:

Unzufrieden über Kommunalrechtsänderungen Vorgesehene Regelungen schränken Selbstverwaltung ein

Auf Kritik beim Vorstand des Städtetags stieß der von der Staatsregierung vorgelegte Entwurf zur Änderung des Kommunalrechts. Die meisten Regelungen erfüllten nicht die Erwartung an eine kommunalfreundliche Gesetzgebung. Zum Teil werde die Selbstverwaltung eingeschränkt. Vermeintlich kommunalfreundliche Regelungen greifen zu kurz.

Einer der Kernpunkte des Gesetzentwurfs ist die Verpflichtung der Gemeinden, das Risiko bei der Führung der Haushalts-

wirtschaft zu minimieren.

Innenminister Dr. Günther Beckstein erwägt für die Polizei zwei Versionen: Die sieben Präsidien und 35 Direktionen sollen zugunsten von elf bis 13 Schutzbereichen aufgelöst werden, was einen dreistufigen Aufbau ergäbe.

Schutzbereiche oder Stufen

Die Alternative ist Erhalt der vier Stufen vom Ministerium über die Präsidien und Direktionen bis zu den Inspektionen, wobei mehrere Präsidien zusammengelegt würden, beispielsweise alle drei in Franken und Schwaben mit Oberbayern, ähnlich wie das für Niederbayern/Oberpfalz schon der Fall ist. In keinem Fall werde es zu einer Verschlechterung der im Bundesgebiet vergleichsweise besten Sicherheitslage in Bayern - neben Baden Württemberg - kommen. Durch die Ämterzusammenfassung würden Beamte für den Streifendienst frei. **rm**

Europäische Verfassung:

Deutliche Stärkung für Städte und Gemeinden

„Mit dieser Verfassung haben die Kommunen im gemeinsamen Haus Europa ihre eigene Etage. Gemeinden müssen aber Recht zur Daseinsvorsorge behalten“, erklärte der Präsident des Bayerischen Gemeindetags Bürgermeister Dr. Uwe Brandl.

Beim europäischen Ratsgipfel am 17. und 18. Juni in Brüssel hat die Regierungskonferenz einen Vertrag über eine Verfassung für Europa erfolgreich abgeschlossen. Die künftige europäische Verfassung sieht eine deutliche Stärkung der Gemeinden und Städte sowie Regionen vor. „Wenn diese Verfassung ratifiziert wird, bekommt Europa eine Verfassung, in der auch die Gemeinden und Städte ihren Platz haben. Damit wird unseren jahrelangen Forderungen Rechnung getragen“ sagte Brandl. „Ein Schönheitsfehler ist allerdings die der EU eingeräumte Regelungskompetenz für Dienstleistungen der Daseinsvorsorge. Das lehnen wir ab.“

Der EU-Verfassungstext sieht eine entscheidende Stärkung der Städte und Kommunen in Europa vor. Dies drückt sich vor allem aus durch:

1. die ausdrückliche Achtung des Rechts der kommunalen Selbstverwaltung;
2. die Einbeziehung der Kommunen in die Subsidiaritätsprüfung und eine deutliche Stärkung des Subsidiaritätsprinzips mit einer klaren Kompetenzordnung;
3. den Ausbau der Konsultation der Kommunen in Europa;
4. die Verschaffung eines eigenen Klagerechts des Ausschuss der Regionen vor dem Europäischen Gerichtshof bei Verletzung der kommunalen und regionalen Rechte;
5. die Einführung von Folgeabschätzungsverfahren, vor allem mit Blick auf die administrativen und finanziellen Folgen der EU-Gesetzgebung und Politik auf die kommunale Ebene.

Die EU-Verfassung geht nun in die Ratifizierungsverfahren in allen 25 EU-Mitgliedstaaten. Mit einem Inkrafttreten der europäischen Verfassung ist nicht vor dem Jahr 2007 zu rechnen.

„Innovative Finanzierungsinstrumente wie Cross-Border-Leasing-Geschäfte werden zunächst als unzulässige Risikogeschäfte eingestuft“, ärgert man sich in der Münchner Prannerstraße. Die Kommune müsse im Einzelfall nachweisen, dass mit dieser Finanzierungsart kein Risiko verbunden ist, wenn sie dieses Finanzierungsinstrument anwenden will. Sale-and-lease-back-Geschäfte auf der Basis von Erbschaftsteuermodellen sollen gleich ganz verboten werden. Die Städte wehren sich gegen solche Einschränkungen der kommunalen Selbstverwaltung. Kein anderes Bundesland habe bisher vergleichbare Regeln erlassen.

Auch die Absicht der Staatsregierung, die EU-Stabilitätskriterien für die Kommunen durch Landesrecht für verbindlich zu erklären, hält man für überflüssig. Die Kommunen seien durch Bundesrecht ohnehin verpflichtet, diese Kriterien einzuhalten. Deregulierung bedeute auch, überflüssige Vorschriften gar nicht erst zu erlassen.

Mehr Spielraum beim Personal gefordert

Die im Gesetzentwurf vorgesehene Änderung des Angemessenheitsgebots für die Arbeitsbedingungen und Vergütungen der kommunalen Arbeitnehmer greife zu kurz. Kommunalfreundlich erscheine zunächst, dass die enge Bindung der Kommunen an die Tarifverträge gelockert werden solle und künftig eine untertarifliche Bezahlung ermöglicht werde. Allerdings werde gleichzeitig eine über- oder außertarifliche Bezahlung durch die Kommunen ausgeschlossen. „Damit wird eine vermeintlich kommunalfreundliche Regelung ins Gegenteil verkehrt“ heißt es im Informationsbrief des Städtetags. Im Interesse einer Deregulierung erwarten die Städte, dass das Angemessenheitsgebot ersatzlos gestrichen wird.

Begrüßt wird, dass künftig von kommunalen Zweckverbänden auch Aufgaben im Auftrag von Kommunen durchgeführt werden, die nicht Mitglied im jeweiligen Zweckverband sind.

Positiv sehen die Städte auch die vorgesehene Erleichterung der Kreditaufnahme in Fällen der vorläufigen Haushalts-

führung wegen nicht genehmigter Haushaltsentscheidungen. Allerdings weisen die Städte darauf hin, dass damit ihre Haushaltsprobleme nicht gelöst werden können. Der kommunale Spitzenverband fordert hierzu eine Reform der Gemeindefinanzen „verbunden mit einer Revitalisierung der Gewerbesteuer“.

Die Zulassung der Zweitwohnungssteuer werde vor allem von den Fremdenverkehrsorten mit Beifall bedacht. Bedauerlich sei jedoch, dass sich die weitergehende Erwartung der Kommunen, das Verbot der kleinen Gemeindesteuern zu streichen, nicht zu erfüllen scheint. Zwar habe sich der CSU-Landtagsfraktionsvorsitzend zunächst mit knapper Mehrheit für die Rücknahme des Verbots ausgesprochen. Letztlich war der Widerstand aus der CSU-Fraktion und der Wirtschaft aber zu stark, um das gemeindliche Steuerfindungsrecht wieder ungeschmälert zuzulassen.

Innenminister Beckstein:

IuK zentral verwaltet

Zentrale Leitstelle für Informations- und Kommunikationstechnik nahm Arbeit auf

Die Zentrale Leitstelle für die Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) im Staatsministerium des Innern nahm Anfang Juli ihre Arbeit auf. „Damit haben wir eine zentral verantwortliche Stelle für die gesamte IuK-Strategie der staatlichen Verwaltung geschaffen. Bayern leistet einen wichtigen Beitrag für die zukunftsorientierte Entwicklung der IuK, die insbesondere auch den Anforderungen von eGovernment gerecht werden muss. Eine zentrale Steuerung ist auch besonders wichtig für einen wirtschaftlichen Einsatz der Haushaltsmittel“, so Innenminister Dr. Günther Beckstein. Wesentliche Aufgaben dieser Stelle sind die Definition von Zielen, Strukturen und Prioritäten des IuK-Einsatzes für die gesamte staatliche Verwaltung, sowie die notwendige Abstimmung mit dem Bund, den Ländern und Kommunen.



Staatssekretär Karl Freller mit Siegfried Kett.

40 Jahre für die Bildung

Siegfried Kett als 1. Vorsitzender des Bayerischen Volkshochschulverbandes verabschiedet

Nach neun Jahren Vorstandsarbeit für die größte Landesorganisation der Erwachsenenbildung wurde kürzlich Siegfried Kett als 1. Vorsitzender des Bayerischen Volkshochschulverbandes (bvv) in italienischem Ambiente im Herzen Münchens von OB Josef Deimer feierlich verabschiedet.

OB Deimer betonte in seiner Laudatio als Präsident des bvv die Weitsicht und Zielstrebigkeit Ketts, mit welcher er trotz der schwierigen Zeiten knapper Kassen unbeirrt voranschritt, um das „Lebenslange Lernen“, von dessen hohem Wert und der Notwendigkeit alle Welt spricht, voranzutreiben.

Unter den geladenen Gästen war der Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus, Karl Freller, der Kett in seinem Grußwort für dessen besondere Verdienste um die Belange der Bildung dankte. Staatsministerin Monika Hohlmeier ließ ebenfalls ihre Anerkennung für Ketts

wirtschaft zu minimieren. Das klingt auf den ersten Blick vernünftig, entpuppt sich aber als unnötige Gängelung der Städte.

vorläufigen Haushalts-

Erinnerung an „ersten Weltkrieg der Neuzeit“:

Weg des Friedens fortsetzen

Ministerpräsident eröffnet große Ausstellung zum Gedenkjahr „1704 - 2004“

Höchstädt (jdt). Europäische Geschichte geschrieben, mit teilweise weltweiten Auswirkungen, hat die Schlacht von Höchstädt/Blindheim am 13. August 1704. Erster Höhepunkt des Gedenkjahres „1704 - 2004“ war die Eröffnung der großen Ausstellung „Brennpunkt Europas 1704 - Die Schlacht von Höchstädt / The Battle of Blindheim“ im Höchstädter Schloss durch den Schirmherrn, Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber. Die Entscheidungsschlacht des Spanischen Erbfolgekrieges in der Donauebene östlich und nördlich von Höchstädt brachte über 100.000 Soldaten von vier Armeen auf einer Front von sieben Kilometern in erbitterte und blutigste Kämpfe.

Der britische Feldherr John Churchill, erster Herzog von Marlborough, und Prinz Eugen von Savoyen, der kaiserliche Oberbefehlshaber, bezwangen

11.000 Franzosen in Gefangenschaft kamen und dazu viele desertierten.

Höchstädt hatte zu dem Großereignis sein „Festgewand“ mit



Der Festakt zur Eröffnung der Ausstellung „Brennpunkt Europas 1704, die Schlacht von Höchstädt/The Battle of Blindheim“ fand in der Stadtpfarrkirche Höchstädt statt. Während des „Ökumenischen Friedensgebets“ (v. l.): Schirmherr Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber, Karin Stoiber, Finanzminister Professor Kurt Faltthäuser, Sybille Faltthäuser, Bürgermeisterin Hildegard Wanner, Bezirksstagspräsident Jürgen Reichert.

Bild: -jdt-

mit ihren rund 52.000 Mann die als unbesiegt geltende französische Armee des „Sonnenkönigs“ Ludwig XIV und die verbündeten Bayern des Kurfürsten Max Emanuel. Letztere verfügten über etwa 56.000 Soldaten. Die Entscheidung brachte ein Überraschungsangriff der Engländer bei Blindheim, wo allein

internationalen Fahnen- und Fähnchenschmuck, angelegt. Unter den Klängen der von Eugen Götz dirigierten Musikkapelle Lutzingen, die Gustav Leiters „Schwabengruß“ intonierte, und dem krachenden Salut der von Hauptmann Karl Heider befehligten Vorderladerschützen des Schützenvereins „Kesseltal“

Bissingen schritten prominente Ehrengäste aus acht Ländern über einen roten Teppich zur Stadtpfarrkirche Mariä Himmelfahrt. Mit Beifall der zahlreichen Zuschauer begrüßt wurden Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber und seine Frau Karin, der elfte Herzog von Marlborough, John George Vanderbilt H. Spencer-Churchill (Nachfahre des siegreichen Feldherrn von 1704), Finanzminister Dr. Kurt Faltthäuser, Herzog Franz von Bayern, Moritz Fürst zu Oettingen-Wallerstein, Albert Graf Fugger von Glött, Michael Prinz von Preußen und weitere Angehörige des Hochadels. Der Applaus galt auch dem Bezirksstagspräsidenten Jürgen Reichert, dem schwäbischen Regierungspräsidenten Ludwig Schmid, Politikern, Wissenschaftlern und ranghohen Militärs.

Ökumenisches Gebet

Das „Ökumenische Friedensgebet“ in der Pfarrkirche sah am Altar vereint Regionaldekan Monsignore Gottfried Fellner, Regionaldekanin Gabriele Burman und Stadtpfarrer Marko Cvitkusic. Aufgefordert wurde von der Geistlichkeit, das hohe Gut des Friedens zu bewahren, die 10 Gebote Gottes als Spiel-

kulturelles Zentrum an der oberen Donau gestaltet. Die Ausstellung über die Schlacht von 1704 setze dafür Zeichen. Dem Bezirk Schwaben dankte der Finanzminister dafür, dass er bereits vor zwei Jahren den Museumsbetrieb aufgenommen und in diesem Jahr sein „Forum für Schwäbische Geschichte“ in den Dienst des gemeinsamen Vorhabens gestellt habe. Die Anerkennung wurde ausgedehnt auf das Bayerische Armeemuseum in Ingolstadt. Es habe Wissen und Bestände in die Ausstellung eingebracht. Den Dank dehnte Faltthäuser aus auf das Staatliche Hochbauamt Augsburg und die Bayerische Schlösserverwaltung, die mit einem ungewöhnlichen Kraftakt die Ausstellung geplant und aufgebaut und die Bauarbeiten kenntnisreich und engagiert betreut habe.

Eine Dauerausstellung

Staatsminister Dr. Faltthäuser betonte, dass die Ausstellung in ihren Kern in den kommenden Jahren als Dauerausstellung weitergeführt werden solle. Diese werde der Region neue Impulse geben („... und ausstrahlen nach Europa und den Völkern zeigen, dass sie sich über den Schlachtfeldern der Vergangenheit die Hand reichen können ... in eine konfliktfreie Zukunft“). Hohes Lob spendete das Kabinettsmitglied den Ausstellungsmachern, dem Leiter der Museumsabteilung der Schlösserverwaltung, Dr. Johannes Erich-



Vor einem „Englischen Kavalleristen“ vom Cadogan's Regiment of Horse und einer leichten bayerischen Kanone in der Sonderausstellung „Brennpunkt Europas 1704“ im Schloss Höchstädt (v. l.): Bürgermeister Wilhelm Gumpp, Blindheim, Bezirksheimatpfleger Dr. Peter Fassel, 2. Bürgermeister Alois Lautmayr, Gemeinderat Josef Lang, beide Blindheim, das Ehepaar Christa und Charles Parcons, Heimatforscher Erwin Mayer, Blindheim.

Bild: -jdt-

geln zu betrachten für ein Leben in Frieden und Menschenwürde und das „Böse zu überwinden durch das Gute“. Karin Stoiber entzündete eine große „Friedenskerze“. Die Neue Hofkapelle München, unter Leitung von Christoph Hammer, ertotete viel Beifall für die festliche musikalische Umrahmung.

Für die Zukunft lernen

Der Bayerische Staatsminister der Finanzen, Professor Dr. Kurt Faltthäuser, stellte in seiner Begrüßungsansprache heraus, welch ein bedeutsames Zeichen das vorangegangene Friedensgebet sei. Angesichts der vielen Toten im Jahr 1704 bestehe kein Anlass zum Feiern, sondern zur Nachdenklichkeit („... wir müssen aus dieser Vergangenheit für die Zukunft lernen“). Den Blick auf das Schloss Höchstädt richtend, verwies Dr. Faltthäuser darauf, dass nach langer Vernachlässigung während unterschiedlicher Nutzungen der Freistaat Bayern rund 30 Millionen Euro in das Bauwerk gesteckt habe, um es als bedeutendes historisches Denkmal zu erhalten. In Zusammenarbeit mit dem Bezirk Schwaben habe man ein

(für geradezu unglaublichen persönlichen und zeitlichen Aufwand), Katharina Heinemann und Dr. Barbara Beck. Dem Landtag dankte Dr. Faltthäuser dafür, dass er es ermöglichte, das Schloss in alter Pracht wieder entstehen zu lassen.

Reiches Erbe

Mit Stolz könne Bayern auf seine 1500jährige Geschichte zurückblicken, doch müsse dieses reiche Erbe auch aufbereitet werden, dies stellte Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber in seiner Festansprache besonders heraus: „Wir Bayern begreifen uns als einen geschichtsbewussten Menschenschlag. Aus unserem historischen Selbstverständnis heraus beziehen wir auch unser Staatsbewusstsein, unsere Eigenständigkeit und unseren Willen, uns in Deutschland, in Europa und der Welt zu behaupten“. Geschichte sei ein unverrückbarer geistiger Besitz. Dazu gehöre auch die Erinnerung an die Schlacht am 13. August 1704. Dr. Stoiber erinnerte an die rund 25000 Toten und Verwundeten jenes Tages. Dabei habe es sich um einen Teil des großen europäischen Ringens von 1701

GZ Kolumne Luitpold Braun

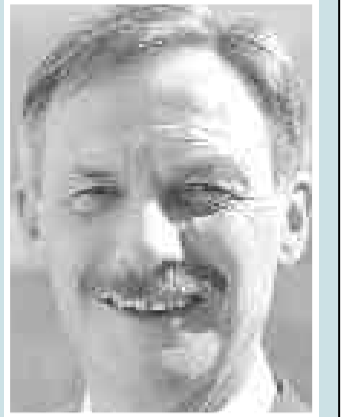
Die aktuelle Haushaltsberatung ist dafür das beste Beispiel. 2003 wurde ein Haushaltsentwurf mit 18 Mrd. Euro Neuverschuldung vorgelegt, heraus kamen schließlich 38 Mrd. Euro Neuverschuldung für das kommende Jahr eingeplant. So recht glaubt daran niemand, am allerwenigsten wohl der Bundesfinanzminister selbst.

jüngst hat die die rot-grüne Mehrheit im Bundestag erneut die Änderung des Kinder- und Jugendhilferechts mit teilweise fadenscheinigen Begründungen abgelehnt.

Offenbar kann und will man dort nicht verstehen, dass die ständigen Kostensteigerungen in diesem Bereich die Kommunen immer mehr in einen finanziellen Engpass geraten lassen. Änderungsvorschläge seitens der kommunalen Spitzenverbände liegen seit Jahren vor. Geschehen tut aber nichts.

Mit einer einfachen gesetzgeberischen Maßnahme wäre den Kommunen geholfen, ohne dass der Bund belastet wäre. Einfacher geht es eigentlich nicht!

Dabei weiß jeder einigermaßen informierte Politiker, dass die sozialen Leistungsgesetze und Standards in einer nicht mehr wachsenden Volkswirtschaft auch nicht gehalten werden können. Die Ausgaben der Öffentlichen Hände müssen den Einnahmen angepasst werden, nicht umgekehrt. Dies ist eigentlich ein Grundprinzip einer jeden vernünftigen Finanzwirtschaft.



Dass dies in Berlin, zumindest bezogen auf die Kommunen, nicht gesehen wird, ist völlig unverstehlich. Aber dort sieht man ja so manches nicht.

Ausgaben müssen den Einnahmen angepasst werden

Die aktuelle Haushaltsberatung ist dafür das beste Beispiel. 2003 wurde ein Haushaltsentwurf mit 18 Mrd. Euro Neuverschuldung vorgelegt, heraus kamen schließlich 38 Mrd. Euro Neuverschuldung für das kommende Jahr eingeplant. So recht glaubt daran niemand, am allerwenigsten wohl der Bundesfinanzminister selbst.

ein Haushaltsentwurf mit 18 Mrd. Euro Neuverschuldung vorgelegt, heraus kamen schließlich 38 Mrd. Euro Neuverschuldung für das kommende Jahr eingeplant. So recht glaubt daran niemand, am allerwenigsten wohl der Bundesfinanzminister selbst.

Die Ausgaben der Öffentlichen Hände müssen den Einnahmen angepasst werden, nicht umgekehrt. Dies ist eigentlich ein Grundprinzip einer jeden vernünftigen Finanzwirtschaft.

bis 1714 gehandelt. Wobei es um Vorherrschaft und Einfluss in Europa und Übersee gegangen sei. Den politischen Rahmen jener Konflikte umreißend, brachte der Ministerpräsident die Sprache auf den Satz von Winston Churchill, die Schlacht von Blindheim (Blindheim) - Höchstädt, mit dem Sieg seines Ahnen John Churchill sei die „politische Achse der Welt verschoben worden“. Der damit verbundene Aufstieg Englands, auch in Übersee, habe weltweit Handels- und Einflusssachsen verändert.

Zutreffend sei der Spanische Erbfolgekrieg als „erster Weltkrieg der Neuzeit“ bezeichnet worden, merkte Dr. Stoiber an. Der Traum vom „Ewigen Frieden“ habe als 1712 vorgelegtes Modell des französischen Denkers Abbe de Saint-Pierre Spott geerntet. Die Zeit sei noch nicht reif dafür gewesen. Doch gehe die heutige Europäische Union als Garant für Frieden, Freiheit und Menschenrechte in weiten Teilen auf St. Pierre zurück. Die Ausstellung im Schloss Höchstädt nannte der bayerische Regierungschef eine Mahnung, den seit fast 60 Jahren erfolgreich gelebten Weg des Friedens und der Völkerverständigung fortzusetzen. Einen besonderen Dank zollte Stoiber dem obersten Chef der Verwaltung der bayerischen Schlösser und Seen, Dr. Faltthäuser, für sein tatkräftiges Wirken.

Reichert dankte dem Freistaat

Bezirksstagspräsident Jürgen Reichert sprach von einem „mit großer Freude erfüllten Tag“, die positive Entwicklung im Schloss herausstellend, ebenso das besondere Engagement des Bezirkes für diesen wesentlichen Standort für die Kulturarbeit in Schwaben. In einer Zeit größter Haushaltsnot seien die Ansätze für Kulturausgaben beim Bezirk von fast 7,1 Millionen Euro auf rund 5,8 Millionen Euro reduziert worden. Entscheidend mehr gehe nicht. In den vielseitigen Dank schloss Reichert den Frei-

staat ein für „sein überaus großes Engagement für das Schloss Höchstädt“, aber u. a. auch Stadt und Landkreis.

Einen Staatsempfang im Schloss beendete den Festtag. Die in 12 Abteilungen gegliederte Ausstellung birgt zahlreiche Exponate aus dem In- und Ausland, Dokumente, Gemälde, Waffen und andere Hinterlassenschaften vom Schlachtfeld. Die Öffnungszeiten sind bis 7. November täglich von 9 bis 18 Uhr (außer Montag).

„Historische Tage“ finden vom 5. bis 15. August in Höchstädt, Blindheim und Umgebung statt.

Bayerische Exporte gefragt denn je

Die bayerische Exportwirtschaft bleibt auf dem Höhenflug der vergangenen Jahre. Im ersten Quartal dieses Jahres sind die Ausfuhren im Vorjahresvergleich um 8,3 Prozent auf 28,4 Milliarden Euro angestiegen. Die Exportquote der bayerischen Industrie kletterte zu Jahresbeginn auf 45 Prozent. „Bayerische Produkte sind international gefragt denn je“, stellte Bayerns Wirtschaftsminister Otto Wiesheu fest. Da von Januar bis März die Einfuhren um 1,9 Prozent auf 21,9 Milliarden Euro zurückgingen, nahm der Ausfuhrüberschuss Bayerns gleichzeitig um 2,6 Milliarden auf 6,5 Milliarden Euro zu. Wichtigster Partner bleibt nach wie vor die USA. Am stärksten expandiert der Handel mit China.

Den elften Exportrekord des Freistaats in Folge hält Wiesheu für „gut möglich“. Dafür spreche auch, dass sich die Dynamik des bayerischen Auslandsgeschäfts gerade zum Quartalsende deutlich beschleunigt habe. Wiesheu verwies darauf, dass Bayern im März mit einem Plus von rund 17 Prozent erstmals seit einem Dreivierteljahr wieder einen zweistelligen Zuwachs verzeichnen konnte. Zweistellig waren zuletzt auch die ausländischen Auftragseingänge in der bayerischen Industrie.

E.ON Bayern als Mäzen im Freistaat:

„Kulturpreis Bayern“

Jährlich 150.000 Euro für Kunst und Wissenschaft

In enger Partnerschaft mit dem Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst hat die in Regensburg ansässige E.ON Bayern AG den „Kulturpreis Bayern“ ins Leben gerufen. Damit dehnt der regionale Energiedienstleister den traditionellen und seit dem Jahr 1959 bestehenden Kulturpreis Ostbayern auf sein gesamtes Vertriebsgebiet aus.

Erstmals wird der Kulturpreis Bayern im Jahr 2005 verliehen. Die Auszeichnung ist mit insgesamt 150.000 Euro dotiert und wird jährlich für bedeutendes künstlerisches Wirken in den bayerischen Regionen und herausragende Leistungen an den bayerischen Hochschulen verliehen.

„Wir wollen damit einen Beitrag zum Erhalt kultureller Vielfalt leisten“, erklärte der Vorstandsvorsitzende der E.ON Bayern AG, Dr. Peter Deml, im Rahmen der Vorstellung des Kulturpreises Bayern. „Zugleich schaffen wir eine Bühne für die Kunst und Wissenschaft unserer Region“. Schirmherr für den Kulturpreis Bayern ist der Bayerische Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Dr. Thomas Goppel. Der Wissenschaftsminister verwies in diesem Zusammenhang auf die gesellschaftliche Verantwortung der Wirtschaft. E.ON Bayern trage mit dieser Initiative sowohl zur Bewahrung kultureller und traditioneller Werte, als auch zur Förderung der Kunst und Wissenschaft bei.

Der Kulturpreis Bayern zeichnet sowohl die Kunst, als auch die Wissenschaft aus. Eine unabhängige Jury wird jeweils einen Künstler aus den Regionen Oberfranken, Unterfranken, Oberpfalz, Niederbayern und Oberbayern auszeichnen. Ebenso werden die besten Absolventen und Doktoranden der Fachhochschulen und Hochschulen die in direktem Bezug zum Vertriebsgebiet der E.ON Bayern stehen mit dem Kulturpreis Bayern ausgezeichnet. Dabei handelt es sich neben den vier staatlichen Kunsthochschulen um die Universitäten Bamberg, Bayreuth, Erlangen-Nürnberg, LMU München, TU München, Passau, Regensburg, Würzburg und Eichstätt. Zudem erhalten die besten Absolventen folgender Fachhochschulen den Kulturpreis Bayern: Amberg-Weiden, Aschaffenburg, Coburg, Deggendorf, Hof, Ingolstadt, Landshut, München, Regensburg, Rosenheim, Weihenstephan, Würzburg-Schweinfurt und Nürnberg. Einen Sonderpreis vergibt das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst.

Die E.ON Bayern AG ist mit zwei Milliarden Kunden, einen Umsatz von 2,4 Milliarden Euro und einem Stromabsatz von rund 30 Milliarden Kilowattstunden Deutschlands größter regionaler Energiedienstleister.

GZ-Interview mit Franz Reisbeck, Vorsitzender der GHM-Geschäftsführung:

Neue Zielgruppen akquirieren

Mit hochspezialisierten Dienstleistungen das Handwerk unterstützen

Auf vielfältige Weise ist die Gesellschaft für Handwerksmessen (GHM) mit den Kommunen verbunden. Die gemeinsamen Interessen beziehen sich sowohl auf die Inhalte der verschiedenen Veranstaltungen, wie auch auf positive wirtschaftliche Auswirkungen auf die Region. Mit Franz Reisbeck, der als Vorsitzender der GHM-Geschäftsführung zurückgekehrt ist, sprach Anne-Marie von Hassel.

GZ: Gehen Sie als alter, neuer Chef auf neue Ziele zu?

Reisbeck: Wie heißt es so schön: „Jedem Anfang wohnt ein Zauber inne“ - selbst jedem Neuanfang. Ich wusste ja, was auf mich zukommt, da ich die GHM-Mannschaft kenne und um ihre Kompetenz und Schlagkraft weiß. Das ist schon deswegen von Vorteil, weil sich die Marktsituation in den vergangenen Jahren deutlich verschlechtert hat. Der Wettbewerbsdruck hat enorm zugenommen, ebenso fand bedauerlicherweise ein gewisser Auszehrungsprozess im Bestand unserer Betriebe sowie bei den Arbeits- und Ausbildungsplätzen statt. Da hilft aber alles Klagen nichts, letztlich helfen nur Vorwärtsstrategien. Ich denke dabei an unsere Messen für das Handwerk und des Handwerks, die eine enorm wichtige Funktion haben.

GZ: Wie sieht die Struktur der GHM aus? Sie ist ja eigentlich eine Tochter der Münchner Messegesellschaft ...?

Reisbeck: Nein, ist sie nicht. Wir legen großen Wert darauf, kein Anhängsel der Messe München zu sein. Unsere Gesellschaft sind öffentlich-rechtliche Organisationen des Handwerks, zuvörderst die Handwerkskammer für München und Oberbayern. Ein Drittel der Anteile liegt beim Zentralverband des Deutschen Handwerks und der Rest beim Bayerischen Handwerkstag. Wir sind also keine örtlich gebundene Messegesellschaft wie die Messe München und wir sind stolz auf unsere Eigenständigkeit. Vor allem sind wir mit unseren Aktivitäten nicht an einen Ort gebunden, sondern können auch an anderen Plätzen be- oder entstehende Messebedürfnisse des Handwerks und ähnlichen Einrichtungen aufnehmen.

GZ: Apropos andere Orte: Die GHM ist an verschiedenen Plätzen in Bayern präsent, aber auch international tätig. Können Sie Beispiele nennen?

Reisbeck: Da ist zunächst die Ende April mit großem Erfolg zu Ende gegangene IFH/INTHERM in Nürnberg. Diese alle zwei Jahre stattfindende Fachmesse für das Sanitär-, Heizungs- und Klimageräte trifft nicht nur in Süddeutschland auf Interesse, sondern strahlt auch auf neue Länder wie Thüringen und Sachsen aus. Für Verantwortliche aus dem Gemeindebereich, z.B. der Bauverwaltung, ist sie von großer Wichtigkeit: Sie stellt jeweils den neuesten Stand der Technik, zum Beispiel im Heizungsbereich, vor, ebenso beschäftigt sie sich mit wassersparenden Techniken und dem Thema Sanitärausrüstung. Dies alles sind Fragestellungen, die bei der Sanierung im Gebäudebestand der Kommunen eine große Rolle spielen - man denke nur an Kindergärten oder Pflegeheime. Dazu bieten wir eine sehr starke solar- und regenerative Komponente, die zunehmend an Bedeutung gewinnt.

GZ: Stichwort Neuheit: Nächstes Jahr wird die GHM auch am Messeplatz Leipzig tätig sein...

Reisbeck: So ist es. Dort wird die DACH+WAND stattfinden, wobei die Messe Leipzig das Gelände stellt, der Zentralverband des Deutschen Dachdeckerhandwerks der Träger der Veranstaltung ist, und die Ge-

sellschaft für Handwerksmessen sie durchführen wird. Auf internationaler Ebene ist die Bakery China, eine Messe für das Backgewerbe, zu nennen, die im Mai in Shanghai über die Bühne ging. Hintergrund dieser Veranstaltung ist eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks und dem chinesischen Bäckerverband. Es ist im Übrigen grundsätzlich so, dass der Zuwachs bei unseren Messen im Wesentlichen aus dem Ausland gespeist wird.

GZ: Welche weiteren internationalen Messen veranstaltet die GHM?

Reisbeck: Wenn wir im Fachmessebereich bleiben, so wäre hier zunächst die FARBE zu nennen - eine Veranstaltung für das Maler- und Lackierhandwerk, vor allem aber auch für Planer und Architekten sowie Bauverantwortliche in den Kommunen, wo die Farbgebung bekanntermaßen eine große Rolle spielt. Bei der jüngsten Durchführung der Messe im Jahr 2002 bot die GHM den Fachbesuchern der FARBE eine sehr schöne „architektour“ durch München an, die auf große Resonanz stieß. Damals wurden neue interessante und farbige Stadtquartiere vorgestellt. Ein zweites Schwerpunktthema, das weniger augenfällig ist, ist das der Wärmedämmung oder der Sanierung von Beton. Hier sind manche Sünden aus der Vergangenheit zu reparieren.

GZ: Könnte man nicht die Zusammenarbeit mit den kommunalen Entscheidungsträgern, gerade was die Messen FARBE und DACH+WAND anbelangt, intensivieren - zum Beispiel in Form von Podiumsdiskussionen, zu denen man die Rathäuser gezielt einlädt?

Reisbeck: Diesen Vorschlag greife ich gerne auf. Wir haben in der Vergangenheit in dieser Richtung aber schon sehr viel getan, zum Beispiel bei der FARBE eine eigene Veranstaltung für die Entscheider in den Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften und Kommunen aus der Taufe gehoben. Bei der Frage der Stadtplanung haben wir auch immer wieder Ansatzpunkte zu unseren handwerklichen Messen gesehen. Ich könnte mir auch gut vorstellen, dass wir unter dem Aspekt der neugefassten Energieeinsparverordnung verstärkt kommunale Entscheidungsträger in die Messen einladen - am besten im Zuge der Rahmenprogramme.

GZ: Sie pflegen auch Partnerschaften, kooperieren mit vielen Partnerregionen - ich denke da insbesondere an die Heim+Handwerk sowie die IHM.

Reisbeck: Wir haben in loser Folge immer wieder Partnerschaften der Stadt München genutzt, um interessante Themen auf das Münchner Messegelände zu transportieren. So befassten wir uns mit Harare, Sapporo und Edinburgh, setzten uns aber auch mit der Region Südtirol auseinander, die sehr eng mit Bayern verbunden ist. Zudem haben wir die Bretagne vorgestellt, die eine entsprechende Partnerschaft auf Handwerkebene vorzuweisen hat.

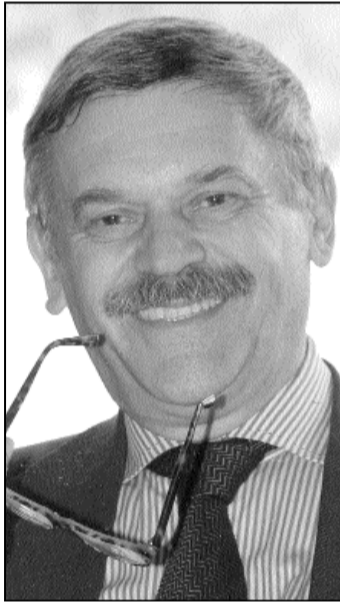
GZ: Nun haben Sie in erster Linie Partnerschaften der Stadt München aufgeführt.

Könnte man nicht auch Städte wie Augsburg, Würzburg oder Nürnberg mit ihren Freundeschaften berücksichtigen?

Reisbeck: Wir sind sehr offen, müssen aber natürlich die Interessenlagen der Region berücksichtigen, in der wir arbeiten.

GZ: Die GHM veranstaltet Publikums- und Fachmessen. Ingesamt ist die wirtschaftliche Lage etwas schwierig. Wie kann sie neue Zielgruppen akquirieren - auch für ihre Aussteller?

Reisbeck: Wir machen Messen des Handwerks, die sich im wesentlichen an den Endanwender, aber auch an entsprechende Profis richten können, und Messen für das Handwerk, bei denen im wesentlichen die Ausrüsterfirmen gefragt sind. Hier ist der



Franz Reisbeck.

Handwerker sozusagen der Fachbesucher. Seit langem bereits nehmen wir die Veränderungen am Markt auf und stellen uns den neuen Gegebenheiten.

Verstärkt versuchen wir seit einigen Jahren, unsere Messen für den Betriebstypus kleines und mittleres Unternehmen zu konfigurieren, also nicht nur an klassische, in der Handwerksrolle eingetragene Handwerksbetriebe heranzutreten. Unser Flaggschiff, die Internationale Handwerksmesse, ist hierfür das ideale Forum. Grundsätzlich ist es unser Bestreben, verstärkt auf Menschen in bestimmten Lebensphasen einzugehen. Mit speziellen Angeboten adressieren wir an adäquate Zielgruppen - ich denke hierbei an die alle zwei Jahre stattfindende Internationale Modelleisenbahnausstellung (IMA), und die neue Gourmetveranstaltung FOOD & LIFE, die vom 3. bis 5. Dezember parallel zur Heim+Handwerk stattfindet. Ganz konkret wollen wir auch der „Geiz ist geil“-Bewegung entgegensteuern. Qualität muss eindeutig Vorrang vor Quantität haben. Diese Botschaft wollen wir transportieren.

GZ: Wo gibt es denn noch Potenzial, das Sie zu erschließen gedenken?

Reisbeck: Es wird ja immer wieder behauptet, der Messekunde sei verteilt. Von dieser These halte ich nichts, weil der Markt ständig in Bewegung ist. Freilich können wir das Rad nicht neu erfinden; wir bemühen uns aber, unsere Zielgruppenarbeit konsequent zu optimieren. So versuchen wir beispielsweise, die relativ schwer mobilisierbare Gruppe der Architekten, Planer und Ingenieurbüros verstärkt in unsere Messen einzubeziehen. Aber auch Fachbesucher aus den Rathäusern erreichen wir bislang in noch nicht ausreichendem Maße. Vor dem Hintergrund der Ausbildungsplatzabgabediskussion versuchen wir derzeit, insbesondere die Nach-

wuchsthematik im Handwerk gezielt aufzubereiten. Hierzu bemühen wir uns besonders auch um Lehrer von Berufsbildungsklassen und Berufsschulen.

GZ: Ob in Traunstein oder Aschaffenburg - bayernweit finden Gewerbeschauen statt. Dass es hier sich überschneidende Bereiche gibt, liegt ja wohl auf der Hand?

Reisbeck: Viele dieser örtlichen Aktivitäten betrachten wir durchaus argwöhnisch - aber nicht aus Gründen unliebsamer Konkurrenz. Im Gegenteil: Uns geht es um Qualität, was für viele dieser Schauen nicht gilt. Leider findet sich immer wieder ein örtlicher Bürgermeister oder Landrat, der sich vor diesen Karren spannen lässt. Unter den Marktgegebenheiten denken wir, dass die Kontaktqualität eines Ausstellers auf der Heim+Handwerk oder der Internationalen Handwerksmesse bei zugegebenermaßen etwas höheren Beteiligungspreisen eine unvergleichlich bessere ist. Hinzu kommt, dass man gerade in der Region München, die bekanntermaßen in puncto Kaufkraft bundesweit an der Spitze liegt, eine potentielle Kundschaft ansprechen kann als vor der eigenen Haustür.

Verwaltungsreform und ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Ohnehin seien bislang wesentliche Reformimpulse im Baurecht aus der Verwaltung selbst gekommen. Sie habe umfassende Schritte zur Privatisierung etwa bei der Vergabe technischer Planungsleistungen selbst initiiert. Und auch die Fortschritte in den Bereichen EDV und eGovernment wären ohne das Engagement zahlreicher Kolleginnen und Kollegen überhaupt nicht denkbar.

Reformimpulse müssen von der Politik kommen

Laut Ehmann hätte man vor diesem Hintergrund erwarten können und müssen, dass die Politik ihre eigenen Reformimpulse fordernd an die Verwaltung heranträgt und von ihr verlangt, Konzepte zu entwickeln. Dass dies nicht geschehen ist, sei umso bedauerlicher. Der Dialog mit den Betroffenen werde teilweise „regelrecht gemieden“.

Die Verwaltungsreform in Bausch und Bogen ablehnen wollte der VHB-Vorsitzende aber nicht. Ehmann begrüßte es ausdrücklich, dass erstmals ernsthaft darüber gesprochen wird, bestimmte Aufgabenfelder aufzugeben. Dies entspreche einer alten Forderung seines Verbandes, wonach einem Personalabbau zuerst ein Aufgabenabbau vorangehen muss. „Wo dies Sinn macht, welche Rahmenbedingungen zu beachten sind und vor allem welche Zeitschneide die richtige ist“, bedürfe sicher jeweils einer intensiven Diskussion. Der Ansatz an sich sei jedoch richtig.

Nicht mehr behebbarer Schaden

Als „nicht mehr behebbarer Schaden“ bezeichnete Ehmann hingegen die Zerschlagung der Einheitsförsterverwaltung. Diese Verwaltung hätte seiner Überzeugung nach „sehr wohl auch den Anforderungen der nächsten Jahre und Jahrzehnte voll gerecht werden können“. Gerade deshalb sei es jedoch aller Mühen wert, solche Geschehnisse die Ausnahme bleiben zu lassen. „In diesem Sinne stehen wir als Gesprächs- und Diskussionspartner weiterhin und mehr denn je zur Verfügung“, bemerkte der Vorsitzende.

Mit dem Thema „Privatisierung - Grenzen, Risiken, Chancen“ befasste sich die Fortbildungsveranstaltung des VHB.

GZ: Worin liegt der Mehrwert Ihres Angebots für die Wirtschaft, insbesondere für das Handwerk?

Reisbeck: Die Vielzahl und Qualität der handwerklichen Veranstaltungen in München und Bayern sind ein echter Standortvorteil für das heimische Gewerbe. Hier kann man sich mit wenig Aufwand jeweils über den neuesten Stand im eigenen, aber auch im benachbarten Gewerk informieren, Kontakte im Bereich des zuliefernden und ausrüstenden Gewerbes knüpfen und neue Kundenbeziehungen aufbauen. Seit einigen Jahren bemühen wir uns zunehmend, eine Plattform für die Anbahnung von Kooperation zu sein. Es wird, wenn sich der Strukturwandel fortsetzt und der Bedarf an Leistung aus einer Hand weiterhin wächst, vermehrt darauf ankommen, leistungsfähige Netzwerke von Handwerkern in Szene zu setzen. Die GHM hat dafür gesorgt, dass solche Kooperationen erstmals mit einem Bayerischen Staatspreis ausgezeichnet werden können. Auch unternehmerische Konzepte können gewürdigt werden, die es ermöglichen, solche qualitativ hochstehenden Leistungen aus einer Hand anzubieten.

GZ: Wie sieht es denn mit dem Mehrwert für die Region aus?

Reisbeck: Es ist auf alle Fälle so - und das ist hinlänglich durch ifo-Studien und andere Untersuchungen belegt - dass das Messewesen eine enorm wirtschaftsfördernde Wirkung auf die Region hat. Es gibt eine Fülle von Gewerben die maßgeblich von großen anziehungskräftigen Messen profitieren.

GZ: Ein Blick auf die GHM-Website zeigt ihre wirklich ausgezeichnete Vernetzung. Hier bieten Sie den Ausstellern und Besuchern einen hervorragenden Service.

Reisbeck: Danke für das Kompliment. Tatsächlich be-greifen wir uns längst nicht mehr als Vermieter von Quadratmetern, sondern als Provider einer hochspezialisierten Dienstleistung, die sowohl Ausstellern als auch Besuchern zuzugute kommen muss. Wir haben in diesem Umfeld sehr viel getan. Wir vermitteln Unterkünfte und sorgen für eine bequeme Art der Anreise. Beispielsweise schließt jede unserer Eintrittskarten bzw. Ausstellerkarten die freie Fahrt mit dem MVV ein. Zudem bieten wir Service und Sicherheitsleistungen. z

Der verwaltungserfahrene Unternehmensberater, Rechtsanwalt Andreas Hilge (Rödl & Partner) hob hervor, dass bei ungeschickter angepackter Privatisierung durchaus der notwendige Einfluss der öffentlichen Hand verloren gehen könne.

Diese Gefahr werde seitens der Politik bisweilen deutlich unterschätzt. Anhand von Beispielen belegte er, wie rasch eine privatrechtliche Gesellschaft dem Einfluss beispielsweise einer Kommune entgleiten kann und beginnt, ein Eigenleben zu führen, das den Interessen der Kommune keineswegs in allen Punkten entsprechen muss. Ferner wies Hilge darauf hin, dass es naiv sei, allein durch eine Änderung der Rechtsform eine bessere Wirtschaftlichkeit erreichen zu wollen. Es stimme auch nicht, dass private Gesellschaften steuerlich günstiger dastünden als die öffentliche Hand. Vielmehr genieße die öffentliche Hand eine ganze Reihe von Steuerprivilegien. Diese kritischen Hinweise sorgten erkennbar für eine gewisse Ernüchterung.

Ziele formulieren

Gleichwohl sprach sich Hilge keineswegs generell gegen Privatisierungen aus. Sie würden durchaus Sinn machen, wenn man zunächst einmal formuliere, welche Ziele man damit erreichen wolle und dann untersuche, ob dies durch den Einsatz privatrechtlicher Rechtsformen (GmbH, AG) besser möglich sei als beim Handeln in öffentlich-rechtlicher Rechtsform. Besonderen Wert legte er dabei auf die fachliche und menschliche Kompetenz der ins Auge gefassten Geschäftsführung. Hierfür müsse man entsprechende Persönlichkeit auswählen, die die nötigen Fähigkeiten belegbar besitzen. Oft sei es nicht empfehlenswert, den bisher mit einer Aufgabe Betrauten dann in einer neu gegründeten Gesellschaft zu deren Geschäftsführer zu machen.

Rolle der Sparkassen

Rudolf Faltermeier, Vizepräsident des Sparkassenverbandes Bayern, machte in deutlichen Worten klar, welche wesentliche Rolle die Sparkassen im Wirtschaftsgefüge des Freistaates spielen. Wenn ihre Rolle nunmehr von interessierter Seite in Frage gestellt werde, so liege

dies vor allem daran, dass sich die Privatbanken in den letzten Jahren teilweise regelrecht vom Privatkunden und der mittelständischen Geschäftskundschaft abgewandt hätten. Dies räche sich nun. Solche Fehler hätten die Sparkassen nie gemacht, deshalb seien sie auch in der Fläche fest verankert. Sie seien gut aufgestellt, um im Wettbewerb bestehen zu können.

Schrobenhausen auf den vorderen Plätzen

Thomas Schwarzbauer, Vorstandsvorsitzender der Stadtsparkasse Schrobenhausen, zeigte exemplarisch anhand der Stadtsparkasse Schrobenhausen auf, welche Leistungen für die Gesellschaft gerade auch eine vergleichsweise kleine Sparkasse erbringen kann. Dabei versäumte er nicht darauf hinzuweisen, dass die Stadtsparkasse Schrobenhausen beim Benchmarking der Sparkassen in Bayern regelmäßig auf zahlreichen wichtigen Feldern vordere Plätze belege. Besonders hob Schwarzbauer die kontinuierlichen und intensiven Ausbildungsanstrengungen seines Instituts hervor.

Mittelständische Rezepte

Mit der „Rolle des höheren Beamten im Reformprozess“ beschäftigten sich Sönke Nissen und Franz Winterer. Während ersterer in der Kommunikations- und Politikberatung tätig ist, hat sich Winterer als geschäftsführender Gesellschafter der Steinbeis Temming Holding GmbH einen Namen gemacht.

Nach Auffassung der beiden Referenten können insbesondere die Finanzprobleme des Staates dadurch gelöst werden, dass Rezepte übernommen werden, die sich im Mittelstand bewährt hätten. Dazu gehöre es auch, auf Aufgaben zu verzichten, die bei näherer Betrachtung entbehrlich seien. Diese Auffassung veranlasste die Zuhörer durchaus zum Widerspruch. So wurde darauf hingewiesen, dass dies außerhalb der Kompetenzen der Beamenschaft liege. Dies könne nur die Politik bewerkstelligen. In dieser Allgemeinheit wollten die Referenten diese Aussagen jedoch nicht gelten lassen. Gerade die höheren Beamten hätten sehr wohl die Aufgabe, solche Prozesse bei der Politik anzustoßen und entsprechende Vorschläge zu machen. DK

Bayerischer Sparkassentag 2004 in Passau:

Absurde Strukturdebatte endlich beenden!

Sparkassen als wichtigste Förderer des Mittelstands

„Der schnelle und möglichst hohe Gewinn kann nicht das alleinige Maß aller Dinge sein.“ Mit diesen Worten kennzeichnete Dr. Siegfried Naser, Geschäftsführender Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, beim Bayerischen Sparkassentag in Passau die Linie der Sparkassen im Freistaat, eine nachhaltige Geschäftspolitik zu betreiben, die auch beschäftigungswirksame und strukturpolitische Inhalte berücksichtigt. Gleichwohl hätten die Sparkassen in den vergangenen Jahren ihre Marktführerschaft im Privat- und Firmenkundengeschäft festigen und ausbauen können, betonte Naser.

Vor über 800 Vertretern der 82 Sparkassen im Freistaat bekannte sich der Präsident ausdrücklich zur gesamtgesellschaftlichen Mitverantwortung der Sparkassen. Jährlich werden von den bayerischen Sparkassen ca. 30 Millionen Euro gespendet und gestiftet. Naser verwies auch

schäftsverbandes Bayern, Wilhelm Frankenberger, und führenden Vertretern des privaten Bankgewerbes skizzierte der Sparkassenpräsident ein Zukunftsmodell für Bayern und seine Wirtschaft. Dieses beinhaltet rechtlich und wirtschaftlich selbstständige Sparkassen, die in

ausgerichteten Politik, mit der die Menschen wieder erkennen können, welche Investitionen langfristig rentabel sind.“

Beispiel Passau

So wichtig es auch sei, immer wieder auf diese Erfordernisse hinzuweisen, um so erforderlicher sei es auch, sich den Herausforderungen zu stellen und das eigene Potenzial zu nutzen, fuhr Zankl fort. Die Stadt Passau sei hierfür das beste Beispiel. Mit dem Entwicklungsgebiet Kohlbruck habe man einen brandneuen Stadtteil „aus dem Boden gestampft“. Das Projekt Kohlbruck sei Sinnbild einer zukunftsorientierten Stadtpolitik. Aus dem ehemaligen Gelände habe die Grundstücksverwertungsgesellschaft, eine 100-prozentige Tochter der Stadt, eine regelrechte „Boom-Town“ geformt.

Schon am ersten Tag begrüßte Landrat Hanns Dorfner die Gäste. Auch er hob die Vorzüge der eigenen Region hervor und berichtete über spezielle Probleme, die sich aus der Grenzlage zu Österreich und Tschechien ergäben. Die steuerlichen Vorteile, die die Wirtschaft in den Nachbarländern genieße, führe zu einem verschärften Wettbewerb.

Am Abend waren die Delegierten Gäste der Bayerischen Landesbank im landkreiseigen Schloss Neuburg.

Bündnis für Kinder

Gemeinwohlorientierung ist ein wichtiger Pfeiler der Geschäftspolitik der bayerischen Sparkassen. Vor diesem Hintergrund übergab Dr. Siegfried Naser 100.000 Euro an Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber, dem Schirmherrn der Stiftung „Bündnis für Kinder - gegen Gewalt“. Durch das damit geförder-



Professor Dr. Otmar Issing.

te Unterrichtskonzept können die Kinder lernen, Konflikte gewaltlos zu lösen. FAUSTLOS zielt darauf ab, die Persönlichkeit der Kinder und Jugendlichen zu stärken. Die Stiftung „Bündnis für Kinder - gegen Gewalt“ dabei nach Kräften zu unterstützen, hätten sich, so Naser, die bayerischen Sparkassen und die Verbundpartner zur Aufgabe gemacht. Die Bayerische Landesbanksparkasse LBS fördert FAUSTLOS anlässlich des 75-jährigen Bestehens ebenfalls mit 500.000 Euro durch 1000 Patenschaften für Grundschulen und in Kindergärten.

Staatsausgaben kürzen

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber appellierte an die Bundesregierung, deutliche Einsparungen im Bundeshaushalt vorzunehmen. Er forderte sie auf, im kommenden Jahr die Staatsausgaben um fünf Prozent

zu kürzen und dabei zum Beispiel die Ausgaben bei der Bundesagentur für Arbeit deutlich zurückzufahren. Ein solches Sparziel sei alles andere als utopisch. Bayern habe in diesem Jahr seinen Haushalt um acht Prozent gekürzt, betonte Stoiber. Diesen Weg des Sparens, Reformierens und Investierens setze die Staatsregierung entschlossen fort, „denn wir wollen das Geld des Steuerzahlers nicht für Zinsen ausgeben, sondern für Zukunftsinvestitionen - bessere Schulen, moderne Universitäten, exzellente Forschung“.

Treibstoff der Wirtschaft

Die Sparkassen sind nach den Worten Stoibers die wichtigste Bankengruppe für Mittelstand und Handwerk in Bayern. Stoiber: „Ihre Kredite an kleinere und mittlere Unternehmen sind der Treibstoff, der den Motor der bayerischen Wirtschaft am Laufen hält. Sie sorgen für Investitionen, Wachstum und Beschäftigung.“ Die Sparkassen-Finanzgruppe vergibt etwa 40 Prozent der Unternehmenskredite in Bayern und finanziert jede zweite Existenzgründung. Stoiber legte zugleich ein klares Bekenntnis zum dreigliedrigen deutschen Bankensystem ab: „Das Drei-Säulen-Modell der deutschen Kreditwirtschaft mit Privatbanken, Genossenschaftsbanken und Sparkassen hat sich bewährt. Für die flächendeckende Versorgung Bayerns mit Finanzdienstleistungen sind die Sparkassen unverzichtbar.“

Fusionen vorantreiben

Um im Wettbewerb zu bestehen, würden auch im Sparkassenbereich wettbewerbsfähige Betriebsgrößen benötigt, sagte Stoiber. Ausdrücklich begrüßte er deshalb die Bemühungen der Sparkassen, auf freiwilliger Basis Fusionen durchzuführen. Dadurch seien bereits in vielen Fällen ausreichend große Sparkasseneinheiten entstanden. Doch sei der Fusionsprozess noch nicht abgeschlossen. Stoiber: „Ich vertraue darauf, dass die einzelnen Sparkassen ihre Möglichkeiten und Grenzen rechtzeitig erkennen und sich - wenn es geboten ist - zu wirtschaftlich leistungsfähigeren Einheiten zusammenschließen.“ Der Ministerpräsident appellierte hierbei vor allem an die Entscheidungsträger in den Landkreisen mit mehreren Sparkassen sowie an benachbarte kreisfreie Städte und Landkreise mit jeweils eigenen Sparkassen: „Die Fusionsfrage darf kein Tabu sein!“

fit for work

Besonders würdigte Stoiber die Ausbildungsleistung der Sparkassen: „Bayerns Sparkassen waren auch im vergangenen Jahr mit mehr als 4.000 Auszubildenden einer der größten Ausbildungsbereiche in Bayern. Mit einer Ausbildungsquote von acht Prozent übertreffen sie den bundesweiten Durchschnitt um das Doppelte.“ Er verwies darauf, dass die Staatsregierung in einer gemeinsamen Kraftanstrengung zusammen mit der Wirtschaft alle Möglichkeiten mobilisieren wird, für die Jugendlichen in Bayern einen Ausbildungsplatz bereitzustellen: „Mit dem Programm ‚fit for work‘ haben wir ein ganzes Bündel von Maßnahmen gestartet, um bestehende Ausbildungsstellen zu sichern, das vorhandene Angebot optimal zu nutzen und möglichst viele neue Ausbildungsplätze zu schaffen. Bayerns Sparkassen sind bei dieser gemeinsamen Kraftanstrengung ein wichtiger Partner.“

Höchste Auszeichnung

Für das eindeutige Bekenntnis

der Bayerischen Staatsregierung zu den Sparkassen erhielt Bayerns Ministerpräsident deren höchste Auszeichnung: die Sparkassenmedaille in Gold. Wie Dr. Siegfried Naser bei der Verleihung betonte, benötigt die mittelständische Wirtschaft für ihre Zukunft das dreigliedrige System des deutschen Kreditgewerbes in seiner Gesamtheit. Dabei sei die Unterstützung durch die Landespolitik ein wichtiger Erfolgsfaktor.

Nach Einschätzung des Gastredners des Sparkassentages, dem Direktoriumsmitglied der Europäischen Zentralbank (EZB), Professor Dr. Otmar Issing, werden Deutschland und andere EU-Staaten 2004 von einem robusten Wachstum der Weltwirtschaft profitieren. Nach einer Studie des Internationalen Währungsfonds wird in diesem Jahr die globale Wirtschaftsleistung um 4,6 Prozent und der Welthandel um fast sieben Prozent wachsen. Der Euroraum werde an dieser positiven Entwicklung teilhaben. Die wirtschaftliche Erholung werde sich fortsetzen und im Laufe des Jahres verstärken. Auch wenn in Deutschland noch die Inlandsnachfrage stagniere, habe sich durch die Außenwirtschaft die Lage verbessert. Ein „selbst tragender“ Aufschwung sei allerdings trotz verbesserter Perspektiven noch nicht in Sicht.

Staatsverschuldung stoppen

Die privaten Verbraucher verhielten sich nach wie vor sehr zögerlich. Ungewissheit über die Zukunft belastete das Vertrauen der Bürger in vielen Ländern Europas. Dazu trügen nicht zuletzt die Ungewissheit über die Zukunft der Alterssicherung und allgemein die Lage der öf-



Dr. Siegfried Naser.

fentlichen Finanzen bei. Es sei bemerkenswert, dass nun zum ersten Mal die Präsidenten der Rechnungshöfe von Bund und Ländern in Deutschland in einem gemeinsamen Appell die Regierungen aufgefordert haben, die ausufernde Staatsverschuldung zu stoppen. Auf europäischer Ebene belasteten die Diskussionen um den Stabilitäts- und Wachstumspakt das politische Klima. Weder in Europa noch in Deutschland sei es gelungen, trotz wichtiger Reformschritte im einzelnen mit einem umfassenden, zukunftsorientierten Konzept das Vertrauen der Bürger zu gewinnen.

Die EZB, so Issing abschließend, leiste einen wesentlichen Beitrag zur Vertrauensbildung. Der Euro sei eine stabile Währung. Die durchschnittliche Preissteigerungsrate in den ersten knapp fünf Jahren seiner Existenz liege knapp unter zwei Prozent. Historisch niedrige Zinsen belegten das Vertrauen der Anleger aus aller Welt. **DK**



Als Dank für das eindeutige Bekenntnis der Staatsregierung zu den Sparkassen wurde der Bayerische Ministerpräsident mit der Sparkassenmedaille in Gold ausgezeichnet. Unser Bild zeigt Dr. Edmund Stoiber zwischen dem Geschäftsführenden Präsidenten des Sparkassenverbandes, Dr. Siegfried Naser und dem Ersten Präsidenten, Landrat Hansjörg Christmann.

auf die Rolle der Sparkassen als Steuerzahler. In den Jahren 1999 bis 2002 habe die gesamte deutsche Kreditwirtschaft 23,4 Milliarden Euro Steuern gezahlt. Die Großbanken, die an dem Bilanzvolumen der gesamten Kreditwirtschaft mit 22 Prozent beteiligt sind, hätten zu diesem Gesamtaufkommen nur einen geringen Beitrag geleistet. Die Landesbanken und Sparkassen hingegen, die 36 Prozent des gesamten Bilanzvolumens aufbringen, waren am Steueraufkommen mit 12,6 Milliarden oder 54 Prozent beteiligt. Trotz dieser überproportionalen Steuerzahlungen hätten die 82 bayerischen Sparkassen mit über 50.000 Mitarbeitern in 3.000 Zweigstellen auch 2003 mit ihrer effizienten Arbeit eine Eigenkapitalrendite von 11,09 Prozent erwirtschaftet.

Der Markt soll entscheiden

Bezogen auf die von einigen Privatbanken geführte Debatte zum so genannten Drei-Säulen-Modell der Kreditwirtschaft erklärte Naser, dass auch in einer globalisierten Welt Konzerne und dezentrale Verbund-Einheiten wie die Sparkassen-Finanzgruppe notwendig seien: „Der Markt soll entscheiden, welches Prinzip besser ist, Konzern oder Verbund oder ob es nicht so ist, dass beide Strukturen nebeneinander für unser Land gut sind.“ Es gebe keinen vernünftigen Grund, warum in einem mittelständisch und kommunal geprägten Flächenstaat wie Bayern das erfolgreiche öffentliche kommunale Sparkassenwesen beseitigt werden sollte: „Wir sind überdies der Auffassung, dass diese gesamte Debatte für uns alle in der Kreditwirtschaft, besonders für die Großbanken, aber auch für unsere Kunden und unser Land letztlich schädlich ist.“

In Anwesenheit von Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber, dem Präsidenten des Genossen-

kommunaler Trägerschaft dem Regionalprinzip verpflichtet, im öffentlichen Auftrag gemeinwohlorientiert arbeiten. Darüber hinaus zählen dazu Sparkassen, die eng im Verbund mit den Verbundpartnern und Töchtern wie Bayerische Landesbank, Versicherungskammer Bayern, LBS, Sparkassen-Immo, DekaBank, Deutsche Leasing kooperieren und im wettbewerbsneutralen Bereich mit ihren Wettbewerbern, den Genossenschaftsbanken und Aktienbanken, zusammenarbeiten, sofern dies wirtschaftlich für alle vorteilhaft ist.

Mehr als eine Bank

„Sparkassen sind mehr als eine Bank und das sollte auch in Zukunft so bleiben“, erklärte Passaus Oberbürgermeister Albert Zankl in seinem Grußwort. Natürlich hänge der wirtschaftliche Erfolg eines Finanzdienstleisters nicht zuletzt ab von den wirtschaftlichen Verhältnissen sowie den Rahmenbedingungen, die von der Politik vorgegeben würden. Seit Jahren sei Deutschland Wachstumsschlusslicht in Europa. Die Wirtschaft sei im dritten Jahr in Folge eingebrochen. Dabei wüssten vor allem die Banken am besten, dass die schwache Konjunktur nicht etwa am fehlenden Kapital hängt.

Nach neuesten Erkenntnissen lägen mehr als 30 Mrd. Euro auf der hohen Kante, „die aber nicht in den Wirtschaftskreislauf einfließen, weil die Menschen von der derzeitigen Wirtschaftspolitik restlos verunsichert sind“. Jeden Tag würden sie mit neuen realitätsfernen Meldungen über Reformen und strukturellen Änderungen überhäuft. Zankl: „Wer wie die Bundesregierung den Eindruck erweckt, nur mit zusätzlichen Aufgaben würde die Konjunktur angekurbelt, ist auf dem Holzweg. Zu Wachstum kommen wir nur mit einer verlässlichen und auf die Zukunft

GZ-Interview mit Dr. Siegfried Naser:

Demonstration der Geschlossenheit

GZ: Der Bayerische Sparkassentag 2004 in Passau ist vorbei. Wie ist er aus Ihrer Sicht gelaufen?

Naser: Hervorragend. Der Bayerische Sparkassentag war eine eindrucksvolle Demonstration der Geschlossenheit der Sparkassen-Finanzgruppe Bayern als Marktführerin der Finanzwirtschaft Bayerns.

GZ: Der Bayerische Ministerpräsident war erneut Hauptredner und hat sich zur öffentlich-rechtlichen Kreditwirtschaft bekannt.

Naser: Wir schätzen den Bayerischen Ministerpräsidenten seit vielen Jahren als aktiven Freund und Förderer der bayerischen Sparkassen. Schon als Bayerischer Staatsminister des Innern hatte er diese Position vertreten. Das klare und eindeutige Bekenntnis des Bayerischen Ministerpräsidenten zur öffentlich-rechtlichen Kreditwirtschaft ermöglicht uns, dass wir uns voll auf unsere Alltagsarbeit, das Bestehen im Wettbewerb, konzentrieren können.

GZ: Und wie sind die Sparkassen im Wettbewerb positioniert?

Naser: Gut, aber in der volatilen Finanzwelt ist nichts von Dauer. Wir haben in Teilbereichen zugenommen, aber auch verloren. Unser Betriebsergebnis 2003 ist recht ordentlich und die Prognose für 2004 sieht so aus, dass wir uns auf Vorjahresniveau stabilisieren. Das ist in schwieriger Zeit eine ordentliche Leistung.

GZ: Es gab aber auch Kritik von Sparkassen und Kommunen im Vorfeld der Verbandsversammlung, z. B. zum Projekt zur Zusammenarbeit mit der Landesbank oder zur geplanten Änderung des Landesbankgesetzes.

Naser: In einer großen Organisation mit 164 Mitgliedern, 82 Sparkassen und 82 Gewährträgern darf und muss es hin und wieder Kritik geben. Das ist nur zu begrüßen. Entscheidend ist, wie die Kritik vorgebracht wird.

Fakt ist, dass das Projekt Zusammenarbeit mit der Bayerischen Landesbank völlig unproblematisch ist, wie auch das Staatsministerium des Innern und die Bundesaufsicht für Finanzdienstleistungen (BaFin) bestätigt haben. Auch unsere Stellungnahme zur geplanten Änderung des Landesbankgesetzes wurde in der Verbandsversammlung mit 98 %iger Mehrheit angenommen. Was will man noch mehr?

GZ: Wie stehen Sie zur Frage einer Konsolidierung im Landesbankbereich?

Naser: Unter den heutigen Gegebenheiten macht es für die Bayerische Landesbank derzeit keinen Sinn, Fusionsgespräche mit anderen Banken aufzunehmen. Zusammenarbeit ja, aber keinen Zusammenschluss.

Auch ein Zusammengehen mit Privaten, etwa mit der Hypo-Vereinsbank (HVB) ist völlig ausgeschlossen.

GZ: Wir danken für das Gespräch.

Landratsamt und Kreissparkasse Lichtenfels überreichen zum 12. Mal:

Sparkassen-Förderpreis Umwelt- und Naturschutz

Vorbildliches Engagement im Umwelt- und Naturschutz anerkennen, diese positiven Beispiele herausstellen und dadurch immer wieder zur Nachahmung anregen - das sind die wichtigsten Ziele des „Sparkassen-Förderpreises für herausragende Leistungen im Umwelt- und Naturschutz“. Er wurde heuer bereits im 12. Jahr gemeinsam vom Landratsamt und der Kreissparkasse Lichtenfels vergeben.

Landrat Reinhard Leutner, gleichzeitig 1. Vorsitzender des Kreisverbands für Gartenbau und Landespflege im Landkreis Lichtenfels, hob das große Engagement hervor, das im Umwelt- und Naturschutz „vor Ort“ immer wieder zu Tage trete - seien es Privatpersonen, Schulen, Gartenbauvereine oder andere Gruppen. Besonders erfreulich sei aus seiner Sicht, dass von den 100 Gartenbauvereinen bereits 54 eine Jugendgruppe unterhielten, und damit bei der jungen Generation die Liebe zur Natur und zur Heimat angeregt werde.

Kein Strohfuehrer

Besonderen Dank zollte er der Kreissparkasse. Sie habe von Anfang an dem Förderpreis aufgeschlossen gegenüber gestanden, ihn aktiv mitgestaltet und auch die Urkunden und Geldpreise von insgesamt 2.000 Euro pro Jahr zur Verfügung gestellt. Sparkassendirektor Roland Vogel, Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Lichtenfels, betonte, dass sein Institut das Engagement auf den Gebieten Um-

welt- und Naturschutz als besonders förderungswürdig ansehe. Dabei sei es ein besonderes Anliegen, kein einmaliges „Strohfuehrer“ zu entfachen, sondern nachhaltig zu fördern. Als lokal tätige Sparkasse wolle man gerne mithelfen, die heimische Region lebens- und liebenswürdig zu gestalten. Mit diesem Förderpreis und einer Reihe anderer Aktivitäten setze man sich gerne im Sinne des Leitsatzes der Sparkasse ein „Wir tun was für den Standort hier“.

Eigeninitiative gefördert

Beide dankten der Jury unter Leitung von Kreisfachberater Gartenbau und Landespflege, Jupp Schröder, die aus einer Reihe von Anträgen die sieben Preisträger des Jahres 2004 ausgewählt hatten. Diese erhielten je eine kunstvoll gestaltete Urkunde und einen Geldpreis von 300 €. Bei der Übergabe - im Beisein von Presse, Lokal-Radio und -TV, der Jury sowie der örtlichen Bürgermeister - hatten die Ausgezeichneten Gelegenheit, ihre Leistungen und ihre Motive

der Öffentlichkeit darzustellen: Der 15-jährige Sebastian Zientek pflegt seit Jahren in Eigeninitiative Kopfweiden und das Bachbett bei seinem Dorf. Klaus Gründel zeichnet sich als besonders engagierter Landwirt aus, der artgerechte Tierhaltung und Landbewirtschaftung auch bei eigenen wirtschaftlichen Nachteilen praktiziert. Anton Wunderlich pflegt mit seiner 1200 Schafe starken Herde die Trockenrasenflächen in der Region, die sonst verbuschen würden.

Blattsalat

Der 84-jährige Anton Holhut schneidet seit seiner Jugend die markante Abtslinde bei Klosterlangheim und pflegt auch deren Umfeld. Gerhard Püls kümmert sich seit Jahren um den vom Aussterben bedrohten Rauhfußkauz; er baute und betreut dazu über 100 Brutgeräte. Die 17-jährige Melanie Böhmer leitet seit fünf Jahren mit großem Erfolg die Jugendgruppe ihres Gartenbauvereins. Zusätzlich hat sie verantwortlich die Redaktion für den „Blattsalat“, die gemeinsame Zeitschrift der 54 Jugendgruppen der Gartenbauvereine im Landkreis Lichtenfels, übernommen. Bei einem Imbiss und angeregten Gesprächen klang die Feierstunde im Saal der Sparkasse aus.



Bei der Preisvergabe des Klinikförderpreises der Bayerischen Landesbank (v. l.): Anuschka Horn, Dr. Christian Zugck, Sönke Stanschus, Staatsministerin Christa Stewens, Dr. Peter Kahn, Initiator des Preises und stellvertretender Vorstandssprecher des Instituts, Dr. Birgit Mazurek, Dr. Johannes F. Hallauer, Dr. Jürgen Schultze, Dr. Christine Rummel und Michael Doranth.

Stewens beim Klinikförderpreis 2004 der Bayerischen Landesbank:

Bereitschaft zu neuen Wegen

Über Ausgestaltung der Konvergenzphase noch Diskussionen nötig

„Die kritische Haltung des Freistaats zum Fallpauschalensystem ist seit langem bekannt. Ab 1. Januar 2005 beginnt die damit zusammenhängende Konvergenzphase, die eine schrittweise Anpassung der krankenhausspezifischen Preise an ein landesweites Niveau vorsieht. Die dreijährige Konvergenzphase soll nun nach einem Referentenentwurf der Bundesregierung um ein Jahr auf vier Jahre auf verlängert werden. Gleichwohl sind hier noch Diskussionen notwendig. Die bessere Lösung wäre die gleichzeitige Einführung nach Versorgungsstufen differenzierter Basisfallwerte. Denn nur, wenn man Kliniken mit gleichem Leistungsspektrum vergleicht, kann man Auswirkungen der Systemmängel weitgehend ausschließen“, erklärte Bayerns Sozialministerin Christa Stewens bei der Verleihung des Klinikförderpreises 2004 der Bayerischen Landesbank in München.

„Mit dem Klinikförderpreis, der heuer bereits zum siebten Mal vergeben wird und mit insgesamt 25.000 Euro dotiert ist, werden besonders die Krankenhäuser, die den Strukturwandel im Gesundheitswesen mit innovativen Ideen vorantreiben, herausgehoben. Honoriert wird die Bereitschaft, neue Wege zu gehen, und die entwickelten Ideen in die Praxis umzusetzen. Mit diesen diesjährigen Schwerpunktthemen Integrationsversorgung und Prävention wurden hochaktuelle Fragestellungen aufgegriffen“, betonte die Ministerin.

Der Initiator und Mentor des Preises, Dr. Peter Kahn, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Bayerischen Landesbank, betonte in seiner Dankesrede die gesellschaftspolitische Verant-

wortung seines Hauses, sowie den vorbildhaften Charakter der ausgezeichneten Ideen. Weil nicht jeder das Rad neu zu erfinden brauche, könnten manche aus dem reichen Fundus der Preisgekrönten schöpfen.

Die Preisträger wurden von einer unabhängigen Jury ausgewählt, die sich aus Vertretern der Krankenkassen, Ministerien und der Bayerischen Landesbank zusammensetzt.

Die Preisträger

Den ersten, mit 8.000 Euro dotierten Preis, erhielt die Charité Berlin für ihr „integratives tagesklinisches Konzept zur Tinnitusbehandlung“. Den zweiten, mit 5.000 Euro dotierten Preis erhielt das Universitätsklinikum Schles-

wig-Holstein für den Ende 2000 gegründeten „Verein zur Strahlentherapie Schleswig-Holstein e.V.“. Den dritten Preis, jeweils mit 3.500 Euro dotiert, teilen sich das Universitätsklinikum Heidelberg für das Telemedizinprojekt „Den Patienten zuhause behandeln und überwachen“ sowie das Klinikum Karlsbad-Langensteinbach für das Modell „Karlsbader Schluckzentrum“.

Patienten informieren Patienten

Ein mit 5.000 Euro dotierter Sonderpreis ging an die Technische Universität München für das innovative Projekt „Patienten informieren Patienten“, in dem schizophrene Patienten im Rahmen von Gruppentherapien untereinander helfen. „Ich danke aber auch all jenen Wettbewerbsteilnehmern, die diesmal nicht zu den Preisträgern gehören, für ihren Einsatz. Auch aus diesen Beiträgen zeigt sich, dass in Kliniken eine Vielzahl innovativer Ideen geboren werden, auf die nicht verzichtet werden kann“, erklärte Stewens und dankte der Landesbank gleichzeitig „für die Stiftung dieses Preises als wichtigen Impuls zur Innovation im stationären Bereich“.



Stolz präsentieren die Preisträger des Sparkassen-Förderpreises ihre Urkunden im Kreise der Jury und der kommunalen Vertreter. Mit im Bild: Landrat Reinhard Leutner (9. v. l.), Sparkassendirektor Roland Vogel (7. v. r.).

Rudolf Kraus, MdB:

Unternehmer mit Ideen fördern

10 Jahre Sparkassen-Fusion - Amberg-Sulzbach mit Spitzenplatz

Jubiläum in der Finanzwelt: vor 10 Jahren schlossen sich die Sparkassen Amberg, Amberg-Sulzbach und Sulzbach-Rosenberg zu einem Geldinstitut zusammen. MdB Rudolf Kraus, Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, erinnerte an den Jahrestag - und informierte sich beim Vorstand, wie die Sparkasse ihrem Auftrag nachkommt und heimische Unternehmen fördert.

Kreditantrag erfolgreich - das hören Existenzgründer und mittelständische Unternehmen gerne, aber selten. Unter den 80 Sparkassen im Freistaat belegt

Saarländer wollen unabhängige Sparkassen

Mehr als drei Viertel der Bürgerinnen und Bürger (77%) des Saarlandes sind gegen eine Beteiligung privater Banken an den Sparkassen im Saarland. Zugleich sprechen sie sich auch gegen Fusionen mit Volks- und Raiffeisenbanken aus. Darüber hinaus möchten 83 Prozent der Kunden von Mitbewerbern die sieben Sparkassen in ihrer bisherigen Form erhalten. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa. Hintergrund der Umfrage sind Überlegungen in dem Bundesland, Sparkassen für externes Kapital zu öffnen.

Amberg-Sulzbach bei der Kreditvergabe an Unternehmen einen Spitzenplatz. „Von den in ganz Bayern ausgegebenen öffentlichen Fördermitteln zahlen wir alleine 8,5% an Unternehmen aus“, so Vorstandsvorsitzender Heribert Niedermeier - man liege damit um das Siebenfache über dem Durchschnitt.

Mittelständlern helfen

Rudolf Kraus forderte die Bankvorstände auf, Existenzgründern und Mittelständlern zu helfen, wo immer es geht. Keinesfalls dürften sich die Sparkassen der Praxis vieler Banken bedienen, auf öffentliche Fördermittel nicht hinzuweisen, um eigene Darlehen an den Mann bringen zu können. MdB Kraus pochte darauf, keine Idee von vornherein abzuschreiben, sondern sich mit jeder Existenzgründer intensiv zu beschäftigen. Sparkassendirektor Heribert

Niedermeier nannte Zahlen: 13 Millionen öffentliche Fördermittel habe man für Existenzgründer und Betriebsweiterstellungen locker machen können. In Zeiten scharfen Wettbewerbs unter den Banken falle dies nicht immer leicht, gestand Sparkassenvorstand Hans-Joachim Jank ein.

Scharfer Wettbewerb

Jank nannte aussichtsreiche Existenzgründungen, die man mit 580.000 € Darlehen gefördert habe, darunter auch eigene Kredite der Sparkasse. „Man muss sich als Bank um junge Unternehmen sehr gut kümmern, das sind zeitintensive Engagements“, so Heribert Niedermeier. Die Sparkasse Amberg-Sulzbach investiere die Zeit aber gerne, da nicht selten aus kleinen Betrieben große Arbeitgeber werden. Hans-Joachim Jank verschwieg auch die Probleme nicht: es könne nicht Aufgabe der Banken sein, sinnlose Engagements zu unterstützen: „Wenn wir der Meinung sind, dass ein Existenzgründer im Ruin enden würde, sagen wir das auch deutlich“.

Sparkassen verstärken Engagement zur finanziellen Allgemeinbildung

Das Schlagwort „Finanzieller Analphabetismus“ hat derzeit Konjunktur. In aktuellen Studien wird aufgrund dieser Diagnose bereits eine Gefährdung der privaten Altersvorsorge befürchtet. Die Sparkassen-Finanzgruppe setzt dem ein verstärktes Engagement zur finanziellen Allgemeinbildung entgegen.

Gezielte Maßnahmen sollen helfen, den Bürger zum konstruktiv kritischen Konsumenten von Finanzdienstleistungen reifen zu lassen. „Bildung wird so zum Portal für eine zielorientierte Nutzung aller Finanzdienstleistungsangebote“, betonte Christoph Schulz, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands (DSGV), anlässlich einer Podiumsveranstaltung der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) zum Thema „PISA in der Verbraucherbildung“ in Berlin.

Vor diesem Hintergrund hat „Geld und Haushalt“, der Beratungsdienst der Sparkassen-Finanzgruppe, im vergangenen Jahr damit begonnen, seine Angebote auf diese neuen Anforderungen umzustellen. Derzeit entsteht ein neues Ratgeber-Angebot, das sich an den finanziellen Erlebniswelten unterschiedlicher Zielgruppen orientiert. Jährlich

gibt der Beratungsdienst rund 700.000 Ratgeberbroschüren kostenlos an interessierte Verbraucher ab.

Darüber hinaus organisiert und finanziert „Geld und Haushalt“ Vortragsveranstaltungen zu finanzrelevanten Verbrauchertemen. Im vergangenen Jahr wurden in Zusammenarbeit mit regionalen Bildungseinrichtungen und Verbänden mehr als 1.400 Vorträge gehalten.

Neben dem finanziellen Bildungsaspekt sieht die Sparkassen-Finanzgruppe weiteren dringenden Handlungsbedarf: Die Haushalte - insbesondere solche mit kleinerem und mittlerem Einkommen - müssen in die Lage versetzt werden, aus den vorhandenen Budgets Rücklagen zu bilden, die gegebenenfalls für Maßnahmen zur privaten Altersvorsorge genutzt werden können.

Die neu entwickelte PC-Software „Mein Budgetplaner“ ist

hierfür ein wichtiger Baustein. Sie ermöglicht Privatpersonen eine lückenlose Erfassung und Analyse der persönlichen Finanzsituation. Die konsequente Nutzung des Programms unterstützt einen effizienteren Mitteleinsatz, damit finanzielle Potenziale geschöpft werden können und generiert Daten, die der Kunde zur besseren Vorbereitung eines Beratungsgesprächs verwenden kann.

Zur Zeit wird u. a. auch ein neues umfassendes Budgetanalysekonzept für Verbraucher erarbeitet. Haushalte erhalten damit die Möglichkeit, ihre Budget- und Finanzsituation durch ein Kennzahlensystem und Daten zu Vergleichshaushalten auszuwerten und sich Handlungsoptionen für ein verändertes Budgetmanagement zu erarbeiten. Das webgestützte Angebot soll bis zum Jahresende in den Markt eingeführt werden. Es ist wie alle Geld und Haushalt - Angebote kostenlos und allen Verbrauchern zugänglich.

Alle aktuellen Angebote unter: www.geld-und-haushalt.de

Zuschussunschädliche externe PPP-Finanzierung

Am Beispiel von Feuerwehrfahrzeugen und Schulen

Der Wunsch aller Kommunen ist ural: neue Feuerwehrautos, Feuerwehrhäuser, Rathäuser, Kläranlagen, Schulen usw. Die Zuschüsse für diese Maßnahmen werden immer wieder von der Staatsregierung angeboten und bereitgestellt. Doch es mangelt an der fehlenden Eigenfinanzierung. Vielerorts sind die Vermögenshaushalte bis auf den letzten Euro ausgelastet und die Bürgermeister und Kämmerer erhalten keine Ermächtigung für eine weitere Verschuldung von den Landratsämtern.

So bleibt alles beim alten: Turnhallen, wo es reinregnet, veraltete Feuerwehrausrüstungen, Brücken, die wegen Baufälligkeit gesperrt werden müssen und die Landesanstalt für Aufbaufinanzierung (LFA) oder die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) können die zinsgünstigen Sonderfinanzierungen nicht

bei den Kommunen platzieren. Die KfW aus Reuth bietet in Abstimmung mit den Behörden einen Weg an, eine zuschussunschädliche externe Haushaltsfinanzierung einzusetzen.

Beispiel Erding

So ist es beispielsweise ge-

lungen, im Landkreis Erding die zuschussunschädliche Finanzierung der Teilberufsschule im Einklang mit dem Innenministerium zu ermöglichen. Diese Finanzierung erfolgt im Wesentlichen aus dem Infrastrukturprogramm „Sonderfond Wachstums-Impulse“ (Programm Nr. 135) der KfW, der insbesondere mit dem Hintergrund privatrechtlicher „PPP-Modelle“, vom Bund gewünscht und subventioniert, aufgelegt worden ist.

Mit Rücksicht darauf, dass die öffentlich rechtlichen Gebietskörperschaften sowieso nicht

mehr investieren können, hat man ihnen eine Kreditquote von 50 % eingeräumt. Privaten Finanzierungsträgern für öffentliche Aufgaben, beispielsweise neue Kläranlagen, wird aber eine Kreditquote von 75 % angeboten. Damit ist der Knackpunkt Art. 72 Bayer. Gemeindeordnung (GO) überwunden.

Kreditquote bis 75 Prozent

Diese Vorschrift sagt, dass eine zuschussunschädliche externe Haushaltsfinanzierung grundsätzlich gleich wirtschaftlich oder wirtschaftlicher sein muss, als wenn die Kommunen den Kredit direkt aufnehmen würden. Das KfW Programm Nr. 135 ermöglicht durch die Besserstellung im privatrechtlichen „PPP-Modell“ um 25 % mehr zinsgünstige Finanzierungsmittel. So kam auch die haushalts-externe Berufsschul-Finanzierung im Landkreis Erding zustande. Ein Traum wird für viele Landkreise, Städte und Gemeinden wahr, weil nun dringende und immer wieder verschobene Investitionen, auch im Bereich der Sanierung, verwirklicht werden können.

Haushalt wird geschont

Der Landkreis Erding beispielsweise profitiert nun davon, dass das 6,8 Mio. Euro teure Projekt, für das der Innenminister und Finanzminister 2,0 Mio. Euro an Zuschüssen bereitgestellt haben, verwirklicht wird, ohne dass der Landkreishaushalt mit der vollen Investitionssumme belastet ist. Über die KfW werden die Finanzierungsraten auf 20 Jahre gestreckt. Die Kreisumlage der Gemeinden muss aufgrund dessen nicht erhöht werden. Wichtig in diesem Modell ist, dass der Kreditgeber eine, für die Kommune kostenneutrale, ganzheitliche Finanzierung durchreicht.

Nach Art. 72 der Gemeindeordnung ist dann von der Rechtsaufsichtsbehörde nur noch zu prüfen, ob die dauernde Leistungsfähigkeit der Kommune im Hinblick auf das Kreditverhältnis gewährleistet ist. Ist die-

Rechenbeispiel:

Anschaffungskosten Feuerwehrfahrzeug	EUR 600.000
./. öffentlicher Zuschuss ¹⁾	EUR 200.000
Eigenanteil Kommune = rund 67 %	EUR 400.000

Finanzierungsvorschlag: KfW-Mittel
(Infrastrukturprogramm Sonderfond Wachstumsimpulse)

EUR 600.000 x 75 % = EUR 450.000 „KfW-finanzierungsfähig“

Finanzierung des Eigenanteils von EUR 400.000

Laufzeit	20 Jahre
Rate ^{*)} im Monat in EUR:	2.528
Jahresbelastung in EUR:	30.336 ²⁾

^{*)} Mischzinssatz 4,53 % eff. lt. Veröffentlichung der Zinssätze der KfW (Stand: 18.05.04)

¹⁾ Bis zum Eintreffen der Zuschüsse könnte ein von der KfW verwaltetes Geldmarktkonto, beispielsweise 3 Monate fest, zum Effektivzinssatz von 2,85 % haushaltsextern vorgeschaltet werden.

²⁾ Frage: Kann die Jahresbelastung von der Kommune geschultert werden, d. h. ist diese Belastung mit der dauernden Leistungsfähigkeit vereinbar?

ser Nachweis gegeben, dann ist der Weg frei, um die Wirtschaft zu beauftragen. Die KfW reicht diese Sondermittel im forfaitierten Abzahlungsmodell an die Kommune durch und will als Gegenleistung in das Projekt, z. B. als Baubetreuer oder Projektsteuerer, mit eingesetzt werden. So konnte nun auch zum ersten Mal ein recht aufwändiges spezifisches Feuerwehr-Drehleiterfahrzeug für eine Stadt angeschafft werden.

Laufzeit-Kongruenz

Die Industrie hat sich zwar darauf eingestellt und finanziert beispielsweise acht Quartalszahlungen über eine Laufzeit von zwei Jahren - das ist aber nichts im Hinblick auf die Langlebigkeit dieser Wirtschaftsgüter. Über die KfW wird das Investment laufzeit-kongruent bis auf 20 Jahre haushaltsextern durchfinanziert. Je länger die Laufzeit, desto geringer die monatliche Belastung. Die KfW kann diese Finanzierung durchreichen, wenn sie von Anfang an im Namen und auf Rechnung der Kommune den Beschaffungsauftrag im Treuhandverhältnis erhält.

Probleme beim Leasing

Leasing-Modelle haben hinge-

gen keine Chance, weil bis zum Ende der Abschreibungszeit das Eigentum beim Leasinggeber verbleibt und der Zuschussgeber, beispielsweise der Bayerische Finanzminister, nur die Kommune als Eigentümer fördern kann.

Für ein neues Feuerwehrfahrzeug, das schon mal 60.000 Euro kostet, und auf der anderen Seite eine Förderung von rund 200.000 Euro erhält, hat das noch nie geklappt, zudem die Leasing-Bank für sich noch eine Finanzierungsmarge in Anspruch nimmt, sodass die Wirtschaftlichkeit der Finanzierung nicht gegeben ist.

Anders im KfW-Beschaffungs-Modell. Hier wird der Finanzierer eingesetzt, um sein Beschaffungs-Know-how einzubringen und bei der öffentlichen Ausschreibung das Optimale an Leistung für die Kommune herauszuholen. Eine Beispiel-Rechnung (Kasten) zeigt die Lösung. Eine Innovation, die alle „Feuerwehler“ freut und die Politiker in der Zukunft nicht mehr „nervt“.

Weitere praktische Informationen können erhalten werden von der KfW Fachberatung für Kommunen GmbH, 92717 Reuth, Herrn Johann Ziegler, Gebietsrepräsentant für Oberbayern-Ost, Tel. 09682/91 91 10. ✉

Forderung des Bayerischen Städtetags:

Mehr Spielraum bei Vergabe öffentlicher Aufträge

Kommunen sollten über Anwendung der VOB selbst entscheiden können
Beitrag zum Bürokratieabbau

Der Vorstand des Bayerischen Städtetags hat gefordert, die Kommunen bei der Vergabe öffentlicher Bauaufträge unter fünf Millionen Euro selbst darüber entscheiden zu lassen, ob sie dabei die VOB anwenden wollen. Dies würde den kommunalen Handlungsspielraum erweitern, Bürokratie abbauen und der örtlichen Wirtschaft zugute kommen.

Bei der Vergabe öffentlicher Bauaufträge müssen die Kommunen nach Bundesrecht die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB Teil A) anwenden, wenn die Auftragsumme fünf Millionen Euro erreicht oder überschreitet. Der bayerische Landesgesetzgeber schreibt allerdings vor, dass die Kommunen auch unterhalb dieses Schwellenwerts die VOB Teil A als „Vergabegrundsatz“ anwenden müssen.

Schwellenwerte

In den letzten Jahren hatte sich der Bayerische Städtetag mehrfach den Überlegungen der Staatsregierung widersetzt, den Kommunen bei den Liefer- und Dienstleistungsaufträgen zu verpflichten, die Verdingungsordnung für Leistungen (VOL) anzuwenden, auch wenn der dort geltende Schwellenwert von 200.000 Euro nicht erreicht wird. Damit steht es den Kommunen frei, ob sie die VOL Teil A unterhalb des Schwellenwertes anwenden wollen. Häufig haben die Städte sich für die VOL entschieden.

Die VOB und die VOL ge-

ben als Vergaberechtsvorschriften ein weit gefächertes Handlungsinstrumentarium für die öffentlichen Auftraggeber vor. Im Kern geht es vor allem darum, Wettbewerb zu garantieren, die Gleichbehandlung zu gewährleisten, die Transparenz zu fördern und Nachverhandlungen zu verbieten. In Fachkreisen sieht man in der VOB ein Bollwerk gegen Korruption.

Aufwändiges Ausschreibungsverfahren

Zugleich steht aber auch fest, dass die VOB ein aufwändiges Ausschreibungs- und Auswahlverfahren vorschreibt. Bei den Kommunen und auch bei den Betrieben fällt erheblicher Verwaltungsaufwand an. Die Verfahren sind dementsprechend kostspielig. Gerade bei kleineren Bauaufträgen besteht häufig ein Missverhältnis zwischen Kosten und Nutzen.

Neue Lösungen

Die unverändert anhaltende kommunale Finanzkrise zwingt die Städte und Gemeinden zu neuen Lösungen.

Es wäre nach Ansicht der Städte konsequent und auch ein Beitrag zum Bürokratieabbau, den Kommunen genau so wie bei der VOL auch bei Bauaufträgen mehr Spielräume zu schaffen.

Die Initiative des Bayerischen Städtetags zur Schaffung von mehr Spielraum bei der Anwendung der VOB geht auf ein Gespräch der Städtetagsspitze mit Verwaltungsreformminister Erwin Huber zurück. Dieser steht einer Lockerung der Anwendung der VOB aufgeschlossen gegenüber. Huber sieht darin die Möglichkeit, im Rahmen des Reformprojekts „Verwaltung 21“ Rechtsvorschriften abzubauen.

Korruption bekämpfen

Die Städte sind sich mit der Wirtschaft einig, dass Korruption bekämpft werden muss und die VOB dafür ein wichtiges Instrument ist. Genauso wichtig wäre es aber für beide Seiten, dass die Kommunen Bauaufträge ohne die Formalzwänge der VOB vorrangig an örtliche Betriebe vergeben könnten. Dies wäre ein wichtiger Impuls, um das vielbeschworene enge Band zwischen Stadt und örtlichem Mittelstand zu stärken und einen Beitrag zur regionalen Wirtschaftsförderung zu leisten. ✉

Full-Service-Lösung

Rechnungsmanagement für öffentliche Verwaltungen und Unternehmen

In einer gemeinsamen Initiative arbeiten die Deutsche Post und Bayer Business Services an einer integrierten Workflow-Lösung. Das Projekt erstmals vorgestellt auf dem Fachkongress „Neue Technologien für eine neue Verwaltung“ in Leipzig - eröffnet öffentlichen Verwaltungen und Unternehmen die Möglichkeit, ihr komplettes Rechnungsmanagement auslagern. Vorteil: Sie sparen dabei Kosten und steigern die Produktivität.

Rechnung zu spät bezahlt, falsch abgelegt oder sogar ganz verschwunden? Immer wieder kommen in Unternehmen und Verwaltungen solche Pannen beim Rechnungsmanagement vor. Die Folgen: aufwändige Suche nach einzelnen Dokumenten, entgangene Skonti, verärgerte Geschäftspartner. Die Deutsche Post AG plant jetzt zusammen mit der Bayer Business Services (BBS) - einem Unternehmensbereich der Bayer AG - eine Full-Service-Lösung aus einer Hand zur vollständigen Verarbeitung eingehender Rechnungen anzubieten.

Gesamte Prozesskette

Die geplante Komplett-Outsourcinglösung - von den Unternehmen erstmals auf dem Fachkongress „Neue Technologien für eine neue Verwaltung“ in Leipzig vorgestellt - deckt die gesamte Prozesskette des Rechnungsmanagements ab, egal ob die Rechnungen in altbewährter Papierform oder elektronisch eingereicht werden. Bei der heute noch vorherrschenden Papierform - derzeit werden noch rund 90 Prozent aller Rechnungen in Papierform eingereicht - umfasst

der Workflow: Die Beratung des Rechnungsstellers über optimierte Rechnungsgestaltung und Adressierung, den Transport, die In-Haus-Logistik, die Rechnungsbearbeitung - etwa Eingangssortierung, Digitalisierung, Rechnungsdatenerfassung und Validierung - die Buchhaltung, die Archivierung und letztendlich auch die Zahlung des Rechnungsbetrags.

Erhebliche Einsparungen

Durch einen optimierten Gesamtprozess von der Rechnungserstellung bis zur Zahlung können Verwaltungen und Unternehmen erhebliche Spareffekte erzielen: In einem herkömmlich gut organisierten Unternehmen kostet die Bearbeitung einer Rechnung vom Posteingang bis zur Zahlung und späteren Archivierung im Schnitt rund zehn Euro. Durch die Einführung einer über den gesamten Prozess durchgängigen Fullservice-Lösung lassen sich Einsparungen von durchschnittlich 20 bis 40 Prozent erzielen - so eine Berechnung der Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung (AWV). Gleichzeitig sinkt die reine Bearbeitungszeit

einer Rechnung um 50 bis 90 Prozent. Derzeit beträgt die durchschnittliche Zeit zwischen Eingang und Zahlung je nach Größe des Unternehmens fünf bis acht Arbeitstage. Insgesamt, so rechnet die AWV vor, kann eine integrierte Systemlösung Produktivitätssteigerungen von bis zu 75 Prozent herbeiführen.

Kostenkontrolle

Gerade mit Hinblick auf die Kostenkontrolle bietet die Outsourcing-Lösung noch weitere Vorteile: Der signifikante Personalkostenblock, der durch die im wesentlichen manuelle Bearbeitung eingehender Rechnungen anfällt, lässt sich deutlich vermindern. Zudem fallen für den Kunden anschließend weder Kosten für Implementierung noch für Neuanschaffungen von Systemen etwa für Scan- und Archivierungstechnik - an. Argumente, die insbesondere für kleine und mittlere Verwaltungen und Unternehmen zählen.

Modulare Anwendung

Neben der kompletten Geschäftsprozessauslagerung lässt sich das integrierte System aber auch modular anwenden. Soll heißen: Unternehmen, die zunächst beispielsweise nur die Rechnungserfassung oder die Archivierung auslagern wollen, sind auch mit einzelnen Komponenten der Lösung gut bedient. ✉

Bürgermeister können sich auch noch freuen

Zweitwohnungssteuer lässt Tourismusgemeinden wieder durchatmen

Oberstaufen (wige) - Lange hat die bayerische Regierung die in manch anderen Bundesländern schon ewig akzeptierte Zweitwohnungssteuer als „Bagatelsteuer“ angesehen. Damit war den Kommunen diese Einnahmequelle für die Bereitstellung der Infrastruktur für Zweitwohnungen nicht erschlossen und manch dringend notwendiger Steuereuro konnte damit nicht erhoben werden. Vor allem Tourismusorte mit vielen Ferienwohnungen sahen die Zweitwohnungssteuer keinesfalls als Bagatelle und haben immer wieder mit Nachdruck ihre Forderung nach „der einzigen Steuer, die den Bürgern im Ort nicht weh tut“ gestellt. Nun hatte die Regierung ein Ohr für die Tourismusgemeinden und der neuen Steuer in Bayern steht nichts mehr im Weg. Die Bayerische Gemeindezeitung sprach mit dem Hauptinitiator und „Motor“ für die neue bayerische Steuer, Bürgermeister Walter Grath aus Oberstaufen im Allgäu.

GZ: Herr Grath, nun hat sich die Hartnäckigkeit und das ständige Bohren von Ihnen und Ihren Kollegen doch ausgezahlt. Die Zweitwohnungssteuer in Bayern ist durch. Fühlen sie sich nun als der große Sieger?

Grath: Nicht als Sieger, doch es tut gut und ist erfreulich, dass erkannt wurde, dass gerade für Tourismusorte mit vielen Zweitwohnungen diese Steuer gerechtfertigt und wirklich keine Bagatelsteuer ist. Erfreulich ist auch, dass auch die Bürgermeister von kleinen Gemeinden bei den Gemeindetagen und bei der Regierung Gehör finden, wenn die Argumente stimmen und man hartnäckig und ausdauernd ist. Ich will festhalten, dass ich hier kein Einzelkämpfer war, sondern sich die Kollegen aus anderen Orten, insbesondere Bürgermeister Roman Haug aus Hindelang, ebenfalls kräftig für die Steuer eingesetzt haben.

GZ: Wird Oberstaufen die

erste Gemeinde in Bayern mit Zweitwohnungssteuer sein?

Grath: Vielleicht? - Der Gemeinderat hat noch nichts beschlossen, weil zunächst eine Mustersatzung des Gemeindetages erarbeitet werden muss. Wenn alles gut läuft, kann die Zweitwohnungssteuer zum 1. Januar 2005 eingeführt werden.

Ich gehe davon aus, dass die Mustersatzungsmacher das Rad nicht nochmals erfinden werden. Die Gemeinde Überlingen am Bodensee hat eine sehr einfache, bereits höchstrichterlich abgesegnete Satzung. Diese kann ohne Weiteres auf bayerische Kommunen übertragen werden.

GZ: Mit wieviel zusätzlichen Einnahmen im Gemeindehaushalt Ihrer 7000 Einwohner-Gemeinde rechnen Sie?

Grath: Nun, wir haben noch keine Erhebungszahlen beschlossen. Wenn wir die Sätze der Gemeinde Überlingen übernehmen würden, wären dies zusätzliche Steuereinnahmen von

mehr als 1 Million Euro. Das tut uns gut und liegt weit über der Bagatellgrenze.

GZ: Rechnen Sie mit Widerstand der Zweitwohnungsbesitzer?

Grath: Wer zahlen muss, wehrt sich meistens. Doch es muss doch jedem Zweitwohnungsbesitzer einleuchten, dass eine Kommune die Infrastruktur für Wasser, Abwasser, Gemeindestraßen, Kläranlage bereitstellen muss, auch wenn der Rolladen in der Ferienwohnung unten ist. In diesem Winter mussten wir eine lange Straße, in der es nur Ferienwohnungen hat räumen, obwohl nur ein Zweitwohnungsbesitzer da war. Mit der Steuer kann ich auch die hohen Vorhaltungskosten gegenüber meinen Bürgern rechtfertigen.

GZ: Mit welchen Reaktionen der Zweitwohnungsbesitzer rechnen Sie?

Grath: Nun, wenn die Wohnung etwas kostet wird sich manch Eigentümer oder Erbe vielleicht wieder über den wahren Wert bewusst. Vielleicht lässt er dann die vier Wände an den schönsten Orten Bayerns nicht einfach leerstehen, kommt wieder öfter her oder vermietet sie weiter.

GZ: Ist nicht auch davon auszugehen, dass die Wohnungen zum Verkauf angeboten werden und die Preise vielleicht fallen?

Grath: Dies muss nicht unbedingt ein Fehler sein. Vielleicht können sich dann wieder junge

Familien eine Ferienwohnung leisten und vielleicht kaufen dann auch Einheimische Wohnungen zur Dauernutzung.

GZ: Wie haben Kollegen in anderen Gemeinden auf die Zulassung reagiert?

Grath: Nun, Gemeinden mit wenig Zweitwohnungen werten die Möglichkeit nicht all zu hoch. Es gibt aber Gemeinden mit - gemessen an der Einwohnerzahl - noch viel mehr Zweitwohnungen als bei uns in Oberstaufen. Dort wirkt sich der neue Steuerbrocken so sehr aus, dass mit einem Schlag die meisten kommunalen Finanzprobleme vom Tisch sind. Diese können ihre Bürger dann sogar in anderen Bereichen entlasten.

Budgetplaner als Hilfsmittel

Die Schuldnerberatungsstelle beim Landratsamt registriert auch im Landkreis Günzburg eine zunehmende Anzahl von verbzw. überschuldeten Privathaushalten. Vielen der Betroffenen fällt es schwer, mit dem zur Verfügung stehenden monatlichen Einkommen richtig „hauszuhalten“ und den Überblick über die laufenden Verpflichtungen und Ausgaben zu behalten. Hilfestellung kann und soll die neue Broschüre „Der Budgetplaner“ geben, die von der Sparkassen-Finanzgruppe in Kooperation mit dem Bundesfamilienministerium und der Deutschen Gesellschaft für Hauswirtschaft herausgegeben wird. Landrat Hubert Hafner wurde auf diese Broschüre aufmerksam und hat deren Einsatz angeregt. Unterstützung fand er bei der Sparkasse Günzburg-Krumbach, die eine Grundaussstattung dieser Broschüre zur Verfügung stellte.



Bürgermeister Grath freut sich über die Möglichkeit zur Einführung der Zweitwohnungssteuer und hofft, dass die Rolläden an den von den Eigentümern wenig genutzten Zweitwohnungen wieder öfter hochgezogen werden.

Winterdienstpauschale rückwirkend gestrichen

Regierung hat Kommunen mit Streichung kalt erwischt

Oberstaufen (wige) Die Freude von Oberstaufens Bürgermeister Walter Grath über die zusätzliche Einnahmequelle durch die nun mögliche Zweitwohnungssteuer (siehe Interview) wurde durch ein lapidares Schreiben der Regierung von Schwaben gleich wieder getrübt.

In nur einem Satz teilt ein Regierungsdirektor der Gemeinde am 30. April mit, dass die Winterdienstpauschale aus der Verteilung der Kfz-Steuer rückwirkend zum 1. Januar 2004 entfällt.

Unerwartete Entscheidung

Diese völlig unerwartete Entscheidung reißt in der Allgäugemeinde und in allen Alpengemeinden mit hohen Winterdienstkosten ein großes Loch in die Haushaltskasse. „38000 Euro macht dies bei uns aus. Und wir haben fest mit diesen Gel-

dern gerechnet“ schimpft das Gemeindeoberhaupt. „Schließlich hat der harte Winter in den Alpen trotz eingeschränktem Winterdienst bereits sehr viel Kosten verursacht.“

Grath ist sauer auf die bayerische Staatsregierung wegen dieser Entscheidung, die alle Gemeinden an den Alpen eiskalt erwischt hat. „Wir Alpengemeinden haben hier eben keine große Lobby und die in München und im Flachland sind ja nicht betroffen und wissen gar nicht was Winter ist und was der uns kostet.“

Die Kraft der Städte stärken

Landesarbeitstagung des Fachverbands der Kommunalkassenverwalter

Landshut. Genau vor 25 Jahren in der Drei-Helmen-Stadt gegründet, kehrte der Fachverband der Kommunalkassenverwalter, Landesverband Bayern, wieder an den Ort seiner Wurzeln zurück: Rund 300 Teilnehmer trafen sich in Landshut, darunter auch Vertreter des Bundes- und anderer Landesverbände, zur Landesarbeitstagung. Neben diverser Workshops stand der Hauptvortrag vom Vorsitzenden des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Josef Deimer, zum Thema „Die kommunalen Finanzen in der Zukunft“ im Fokus des Interesses.

Deimer würdigte eingangs die wertvolle Arbeit des Verbands für die politischen Mandatsträger. Von fachlicher Seite werde gut gearbeitet, um dann von politischer Seite argumentativ in die Debatte einzugreifen. Neben Deimer war mit Bezirkstagspräsident Manfred Hölzlein, Präsident des Verbandes der bayerischen Bezirke, als weiterer Vertreter eines kommunalen Spitzenverbandes erschienen.

Kalkulierbare Einnahmen

Nachhaltig sprach sich Josef Deimer für kalkulierbare Steuereinnahmen der Städte aus. Bayern brauche starke Städte, so der OB. Er legte den Mitgliedern der Tagung dar, was hierfür in der Zukunft unabdingbar sei. Für starke Städte müsse die Gewerbesteuer erhalten und nach den Vorschlägen der kommunalen Spitzenverbände in Art einer kommunalen Wertschöpfungssteuer vor Ort reformiert werden. Auch sei es notwendig, die Reform von Arbeitslosen- und Sozialhilfe so zu finanzieren, dass eine bundesweite Entlastung der Kommunen von mindestens 2,5 Milliarden Euro eintrete - erforderlich seien sogar fünf Milliarden Euro.

Sofortprogramm

Der Städtetagsvorsitzende plädierte für ein Sofortprogramm, das den Kommunen zusätzliche

Rund 400 Teilnehmer bei der 3. Jahrestagung PPP

Chancen und Risiken von Public-Private-Partnership

Frankfurt am Main. Die desolote finanzielle Situation der öffentlichen Hand führt immer häufiger zum Wunsch einer Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen auf der einen und der privaten Wirtschaft auf der anderen Seite. Vielfach wird in Public-Private-Partnerships (PPP) der Schlüssel zur Lösung der finanziellen Misere gesehen. Doch während im Ausland bereits zahlreiche PPP-Projekte mit Erfolg abgewickelt worden sind, bestehen in Deutschland vielfach Berührungspunkte und Hemmnisse.

So war denn auch die 3. Jahrestagung Public-Private-Partnership für Teilnehmer und Veranstalter ein voller Erfolg: Im Frankfurter Römer waren rund 400 Besucher der öffentlichen Hand und der Privatwirtschaft vertreten, die von ca. 40 Experten über Chancen und Risiken von Public-Private-Partnership informiert wurden. Diese große Resonanz unterstreicht eindrucksvoll die Bedeutung des Themas PPP.

Zusammenarbeit verstärken

In den meisten Diskussionsbeiträgen wurde eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der öffentlichen Hand und der privaten Wirtschaft bei der Bereitstellung öffentlicher Leistungen gefordert. Die Konferenz zeigte aber auch auf, dass in Deutschland der Weg für PPP-Projekte längst noch nicht geebnet ist.

Dazu sagte auch Thomas Northhoff, Partner bei Deloitte & Touche in seinem Einführungsreferat: „PPP und der damit verbundene Zufluss privaten Kapitals wird in anderen europäischen Ländern gezielter als Mittel zur Konjunkturbelebung eingesetzt. In Deutschland stehen wir erst am Anfang.“ Ian An-

Mittel an die Hand gebe, beispielsweise durch einen zeitweise erhöhten Anteil an der Umsatzsteuer. Auch müssten die Ausgaben im Sozial- und Jugendhilfebereich überprüft und zwischen Bund, Ländern und Kommunen gerecht aufgeteilt werden. „Bayern braucht starke Städte“ - dies bedeute auch, dass

Kaufkraft und Konsumpotenzial:

Landshut spielt in erster Liga

Die Kaufkraft ist ein wichtiger Wirtschaftsindikator und gibt Auskunft über das Konsumpotenzial in einer Stadt und einer Region. Was die Kaufkraft betrifft, spielt die Stadt Landshut bundesweit ganz oben mit. Das unterstreichen auch aktuelle Zahlen der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) in Nürnberg. In der Studie „GfK-Kaufkraft 2004“ belegt die Stadt Landshut unter den 439 Landkreisen und kreisfreien Städten einen hervorragenden 24. Platz.

„Die Stadt Landshut bestätigt damit einmal mehr ihre gute Entwicklung und festigt ihre gute Position im Wettbewerb der Städte und Landkreise“, bewertet Oberbürgermeister Josef Deimer das Ergebnis der Studie. Nach einer Auswertung des Wirtschaftsministeriums vom vergangenen Sommer und der Studie von Focus Money vom Dezember unterstreicht dies nun auch die Untersuchung der GfK.

Mit einer Kaufkraftkennziffer von 117,2 nimmt die Stadt Landshut bei der Untersuchung der GfK unter 439 Landkreisen und kreisfreien Städten Deutsch-

lands den sehr guten 24. Platz ein. Der Wert 117 sagt aus, dass die Einwohner Landshuts 17 Prozent mehr Kaufkraft zur Verfügung haben als der Bundesdurchschnitt. Die ersten drei Plätze dieser Studie belegten Groß-Gerau (140,9), Starnberg (137,8) und der Main-Taunus-Kreis (134,5). In der Konkurrenz der bayerischen kreisfreien Städte gehört Landshut zu den ersten Drei - hinter München und Erlangen. Bezieht man die bayerischen Landkreise mit ein, belegt Landshut den siebten Rang.

Finanzausgleich erhöhen

Deimer sprach sich darüber hinaus dafür aus, den kommunalen Finanzausgleich zu erhöhen. Insbesondere durch die Anhebung der kommunalen Verbundanteile und eigenes Geld des Freistaats müssten Mittel für die Ausgleichsleistungen in der Sozialhilfe an die Bezirke eingebracht werden. Weiter meinte Deimer, die Rechtsaufsicht müsse den Kommunen, die ohne ge-

Beste Noten

Landshut hat nun innerhalb

kurzer Zeit erneut bei einer Untersuchung beste Noten bekommen. Erst im vergangenen Sommer hatte das Bayerische Wirtschaftsministerium die Studie der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) vorgestellt. Hier belegte Landshut bei der realen Kaufkraft - hier werden auch Preisunterschiede bei den Lebenshaltungskosten berücksichtigt - noch vor München den ersten Platz. Bei einer Studie von Focus Money, die unter anderem Wirtschaftskraft, Attraktivität und Wohnqualität untersuchte, schaffte Landshut unter den „Top 50“ einen hervorragenden sechsten Platz. Im übrigen hat die Zeitschrift „HÖRZU“ vor Jahren ermittelt, dass Landshut in der ganzen Republik über die höchste Wohnqualität verfügt. Dabei wurden das Pro-Kopf-Einkommen, die Wohnungsgröße und das Freizeitangebot besonders bewertet. **DK**

Basis der Kaufkraft

Als Kaufkraft definiert die GfK die Summe aller Nettoeinkünfte, die in einem Jahr und einer Region der Bevölkerung zur Verfügung stehen. Basis dieser GfK-Kaufkraft sind z.B. die Ergebnisse der amtlichen Lohn- und Einkommensteuerstatistiken, aber auch Sonderauswertungen einschlägiger Statistiken wie Renten und Pensionen, Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe, Wohn- und

Wirtschaftsrat der CDU:

„Selbstmitleid lähmt“

Der Wirtschaftsrat der CDU hat in Berlin den so genannten „Masterplan Deutschland“ vorgelegt. Die Vorhaben sind mit zehn Leitsätzen dargestellt. Kern des Masterplans ist eine radikale Umkrempelung des Systems, die noch weit über die Vorstellungen der Unionsparteien im Bundestag hinaus gehen. Der Handlungsbedarf sei immens und die Verbreitung von Zukunftspessimismus müsse aufhören, sagte Wirtschaftsrat-Präsident Kurt J. Lauk. „Selbstmitleid lähmt“, ergänzte er im Rahmen einer Pressekonferenz.

Zu den fünf zentralen Punkten des Masterplans gehören u.a. eine Steuerreform, die „radikaler als der radikalste Merz“ sei. Gewerbesteuer weg, Einkommensteuer senken und die Vermögenssteuer erst gar nicht einführen, so die konkreten Forderungen. Ebenso ein Dorn im Auge ist dem Wirtschaftsrat das „Tarifkartell“; die Gewerkschaften müssen entmachtet und der Arbeitsmarkt absolut liberalisiert werden. Das CDU-Gremium will den gesetzlichen Kündigungsschutz abschaffen und die Wochenarbeitszeit auf mindestens 40 Stunden ausdehnen. „Die 34-Stunden-Woche ist der größte wirtschaftspolitische Irrtum in der Geschichte der Republik“, kritisierte Lauk.

Ein Augenmerk legt der Wirtschaftsrat auch auf die Zukunft der jungen Generationen. Kreditfinanzierte Studiengebühren, die an den Hochschulen verblei-

nehmigen Haushalt zu arbeiten haben, einen größeren Spielraum bei der Kreditaufnahme und der Mittelverwerbung einräumen.

Optionsmodell

Die Tagungsteilnehmer, darunter auch zahlreiche Kämmerer, konnten in verschiedenen Workshops die aktuellen Themen vertiefen. Die Innenministerkonferenz habe beispielsweise grundlegende Beschlüsse gefasst, die den Ländern die Möglichkeit einräumten, die gesetzlichen Voraussetzungen für ein neues Rechnungswesen zu schaffen. In Bayern werde es dafür das sogenannte Optionsmodell geben, d.h. Kommunen können zwischen der kaufmännischen Buchführung und einer erweiterten Kameralistik wählen. **DK**

Kindergeld sowie BaFöG. In einem letzten Schritt für die Berechnung der GfK-Kaufkraft mussten die Ergebnisse mit der volkswirtschaftlichen Informationen von Wirtschaftsinstituten und deren Prognosen für das laufende Jahr verknüpft und in das aktuelle Jahr projiziert werden.

Beste Noten

Landshut hat nun innerhalb kurzer Zeit erneut bei einer Untersuchung beste Noten bekommen. Erst im vergangenen Sommer hatte das Bayerische Wirtschaftsministerium die Studie der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) vorgestellt. Hier belegte Landshut bei der realen Kaufkraft - hier werden auch Preisunterschiede bei den Lebenshaltungskosten berücksichtigt - noch vor München den ersten Platz. Bei einer Studie von Focus Money, die unter anderem Wirtschaftskraft, Attraktivität und Wohnqualität untersuchte, schaffte Landshut unter den „Top 50“ einen hervorragenden sechsten Platz. Im übrigen hat die Zeitschrift „HÖRZU“ vor Jahren ermittelt, dass Landshut in der ganzen Republik über die höchste Wohnqualität verfügt. Dabei wurden das Pro-Kopf-Einkommen, die Wohnungsgröße und das Freizeitangebot besonders bewertet. **DK**

Deutsche Bank und Postbank:

Vereinbarung im Zahlungsverkehr

Die Postbank wird ab Juli 2004 die Abwicklung des inländischen und Teile des ausländischen Zahlungsverkehrs für die Deutsche Bank übernehmen. Eine entsprechende Vereinbarung ist kürzlich unterzeichnet worden.

Für beide Institute ist die Zusammenarbeit ein Schritt zur Umsetzung ihrer strategischen Ziele: Die Postbank baut dadurch ihr Geschäftsfeld Transaction Banking weiter aus. Die Deutsche Bank kann sich durch die langfristige Kooperation noch konsequenter auf ihr Kerngeschäft konzentrieren. Für die Kunden ändert sich nichts. Sie führen ihre Konten weiter bei ihrer Bank.

Die Postbank ist bereits heute mit rund 10 Millionen Transaktionen pro Tag einer der Marktführer im Zahlungsverkehr. Durch die heute vereinbarte Übernahme von Zahlungsverkehrstransaktionen der Deutschen Bank sowie des Zahlungsverkehrs der Dresdner Bank, die im März beschlossen wurde, erreicht die Postbank einen Marktanteil von über 15 Prozent des deutschen Inlandszahlungsverkehrs. Ihre Rolle im Transaction Banking will sie weiter ausbauen und auch anderen Instituten ihre Dienste anbieten. „Dank unserer schlanken Strukturen und unserer modernen Technologie können unsere Partner ihre Kosten im Zahlungsverkehr senken, und wir können zusätzliche Erträge erzielen. Ziel ist eine einheitliche Zahlungsverkehrs-Plattform, in die noch weitere Mandanten integriert werden können“, unterstreicht Prof. Dr. Wulf von Schimmelmann, der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Postbank AG. **z**

Deutsche Bank und Partner:

Weltweite Geldautomaten-Allianz erweitert

Die 2001 von sechs weltweit führenden Finanzinstituten, darunter die Deutsche Bank, gegründete erste globale Geldautomaten-Allianz wird weiter ausgebaut: Mit Beginn der Urlaubszeit erhöht sich die Zahl der kostenfrei nutzbaren Geldautomaten um rund 3.500 auf insgesamt 35.000.

Aufgrund des Zusammenschlusses der Bank of America und FleetBoston Financial steigt die Zahl der Geldautomaten innerhalb der Geldautomaten-Allianz noch einmal deutlich. Damit wird die kostenlose Bargeldversorgung insbesondere an der amerikanischen Ostküste weiter verbessert.

Allein in New York stehen den Kunden der Deutschen Bank ab sofort über 500 Geldautomaten der Bank of America (FleetBoston) zur kostenfreien Bargeldversorgung zur Verfügung.

Cash Group

Mit der Erweiterung können sämtliche Kunden der Partnerbanken Deutsche Bank (Deutschland), Bank of America (USA), Barclays (Großbritannien), BNP Paribas (Frankreich), Scotiabank (Kanada) und Westpac (Australien) rund

um den Globus in 32 Ländern an 28.000 Geldautomaten kostenlos Bargeld abheben. Zusätzlich stehen den Kunden der Deutschen Bank in Deutschland die rund 7.000 Geldautomaten der Cash Group zur Verfügung, so dass sie insgesamt an weltweit 35.000 Geldautomaten kostenfrei Bargeld abheben können.

Service besonders für die Ferien

Seit dem Start der ersten globalen Geldautomaten-Allianz im Mai 2001 haben die Kunden der Deutschen Bank weltweit durchschnittlich 90.000 mal pro Monat im Ausland diesen Service genutzt und an Geldautomaten der Mitgliedsbanken kostenfrei Geld abgehoben. Dabei wurde am häufigsten während der Ferienzeiten an Automaten in Großbritannien und Frankreich Geld abgehoben. **z**

BayernSPD zu Hartz IV und Gemeindefinanzen

Das Präsidium der BayernSPD befassete sich auf seiner jüngsten Sitzung auch mit der Finanzsituation der bayerischen Kommunen nach dem Kompromiss zu Hartz IV.

Der Stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Florian Pronold, MdB, erklärt dazu: „Die SPD hat Wort gehalten: Die Entlastung der Städte und Gemeinden wird im versprochenen Umfang voll realisiert. Die Kommunen haben in Zukunft jährlich 6 bis 7 Milliarden Euro mehr zur Verfügung.“

Subventionsabbau greift

Die ersten 2,3 Milliarden sind Pronold zufolge durch die Senkung der Gewerbesteuerumlage schon seit Jahresbeginn wirksam. Die Steuerschätzungen zeigen, dass auch der Subventionsabbau greift. Mit der Einigung zu Hartz IV ist auch die versprochene 2,5-Milliarden-Entlastung durch die Arbeitsmarktreform unter Dach und Fach. Die Entlastung summiert sich schon 2005 auf über 6 Milliarden Euro, **z**

2007 werden es 7 Milliarden Euro sein. Die Gemeindefinanzreform sei damit ein voller Erfolg.

Kritik an CSU-Plänen

Kritik wurde an den CSU-Plänen laut: Sie stellten einen „Sargnagel für Städte und Gemeinden“ dar. Die größte Gefahr sei jetzt, dass der Erfolg auf Bundesebene in Bayern „völlig konterkariert“ wird. Bereits 2004 habe die CSU den Kommunen 550 Millionen Euro an Investitionszuschüssen weggenommen. Die neuen Ankündigungen von „Kahlschlag-Minister“ Huber könnten nur als Drohung für die Kommunen verstanden werden. Als Anwalt der Städte und Gemeinden werde die BayernSPD entschieden Widerstand gegen weitere Sparorgien leisten. **z**

Verträge genau prüfen!

Städte mit „Cross-Border-Leasing“-Verträgen müssen auf der Hut sein

Frankfurt/Düsseldorf. Die vielen deutschen Städte, die ihre leeren Kassen in den letzten Jahren mit Erlösen aus so genannten Cross-Border-Leasing-Verträgen (CBL) mit US-Trusts gefüllt haben, müssen auf der Hut sein. „CBL-Geschäfte auf kommunaler Ebene können nicht nur den jeweiligen Kommunalhaushalt gefährden, sondern auch negative Auswirkungen auf den Landeshaushalt haben“, erklärte jetzt der nordrhein-westfälische Landesrechnungshof in Düsseldorf.

Für Aufregung sorgt zudem eine in den USA geplante Gesetzesänderung zum Steuerrecht, die die bisherigen Steuervorteile für die amerikanischen Leasinggeber kappen könnte. Experten befürchten, dass die US-Vertragspartner nun versuchen könnten, zu Lasten der Kommunen aus den Vereinbarungen auszusteigen.

„Exit plus Schadenersatz“

„Die Kommunen müssen sich ihre Verträge genau ansehen“, rät Arnd Bühner von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young. Zwar werde das Risiko einer US-Steuerrechtsänderung stets von den US-Firmen übernommen. Dennoch sei ein Szenario durchaus vorstellbar, wonach ein US-Vertragspartner einen „Exit plus Schadenersatz“ sucht.

„Die US-Trusts könnten geneigt sein, bei deutschen Städten Vertragsverletzungen zu suchen, um aus den Verträgen zu kommen“, sagt auch der Kölner Publizist Werner Rügemer, der unlängst ein Buch zu dem Thema herausgebracht hat. „Bisher ist noch keinem Stadtrat der vollständige, verbindliche englische Vertragstext vorgelegt worden“, schreibt Rügemer auf der Homepage der Gewerkschaft ver.di.

Nicht in Deutsch

Der Düsseldorf Landesrechnungshof gab zu bedenken, dass die zahlreichen Einzelverträge der CBL-Geschäfte grundsätzlich nicht in Deutsch abgefasst seien und das Vertragswerk ausländischem Recht unterliege. Auch von daher bestehe für die deutsche Seite „viel mehr als für den ausländischen Vertragspartner die Gefahr, Fallstricke des Geschäfts zu übersehen“. Als weitere Risiken nannten die Rechnungsprüfer unter anderem eine vorzeitige Beendigung der Transaktion oder eine Insolvenz der Vertragspartner.

Bereits im Februar hatte der bayerische Innenminister

Gemeindehaushaltsrecht:

Kommunen wollen Klarheit

Gemeindetag fordert Staatsregierung auf, mit den Gemeinden über die weiteren Schritte auf dem Weg zu einem neuen Kommunalen Rechnungswesen zu entscheiden

„Die Bayerische Staatsregierung sollte klar sagen, was sie will. Ein kommunales Rechnungswesen nach herkömmlicher Art und Weise, eine modifizierte Form davon oder die Einführung des kaufmännischen Rechnungswesens mit der weit reichenden Einführung betriebswirtschaftlicher Elemente in das bisherige System“ sagte Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags nach der Landesausschusssitzung des Verbands.

„Bayerns Gemeinden brauchen Planungssicherheit und eine zeitliche Perspektive. Die Staatsregierung muss die offenen Fragen, wie beispielsweise die Umlagenproblematik, die Genehmigungsfähigkeit der Gemeindehaushalte bei einem neuen Modell sowie die finanzielle und organisatorische Umsetzung eines neuen Kommunalen Haushaltsrechts schnellstmöglich beantworten.“

Gutes Beispiel

Außerdem erwarten wir, dass der Freistaat mit gutem Beispiel vorangeht und sein eigenes Haushaltswesen reformiert.“

Seit Ende der 80er Jahre diskutieren die Kommunen in

Günther Beckstein gewarnt: „Die Risiken reichen von der ungeklärten künftigen Steuerrechtslage in den USA über mögliche Leistungsstörungen oder die Insolvenz des amerikanischen Investors bis hin zu Veränderungen im Rating von Beteiligten“ und im neuen Kommunalgesetz Bestimmungen für CBL-Geschäfte angekündigt.

Definition

Beim Cross-Border-Leasing (CBL) vermietet eine Kommune oder Gesellschaft in öffentlicher Trägerschaft eigene Einrichtungen, wie Verkehrsbetriebe, Wasserwerke, Müllverbrennungsanlagen oder auch Gebäude, langfristig an einen amerikanischen Leasinggeber - zumeist Banken, Versicherungen oder Industrieunternehmen - und mietet diese sogleich wieder zurück.

Aus deutscher Sicht bleibt das Eigentum der Kommune erhalten, aus amerikanischer Sicht aber handelt es sich um einen Kauf, der steuerrechtlich geltend gemacht werden kann. Die Kommune erhält einmalig einen so genannten Barwertvorteil, der laut Düsseldorf Landesrechnungshof rund drei bis sechs Prozent des Transaktionsvolumens ausmacht und den der Trust aus der Steuerersparnis aufbringt. Der größte Teil der Steuerersparnis von nach Schätzungen Rügemers 20 bis 35 Prozent des Gesamtvolumens entfällt auf den Trust. Eben diesen Steuervorteil will der amerikanische Gesetzgeber nun abschaffen, wenn auch wesentliche Details noch abgestimmt werden müssen.

180 bis 200 Verträge

Rund 180 bis 200 solcher CBL-Verträge sollen nach Schätzungen von Bühner und Rügemer zwischen 1996 und 2003 in Deutschland abgeschlossen worden sein, mit einem Barwertvorteil von rund einer Milliarde Euro. Allein in Nordrhein-Westfalen gab es laut Landesrech-

nungshof in den letzten fünf Jahren 19 solche Geschäfte mit einem Barwertvorteil von rund 345,5 Millionen Euro, entsprechend einem Gesamttransaktionsvolumen von 11,5 Milliarden Euro. Bereits vor gut einem Jahr meldete das sächsische Innenministerium 14 CBL-Geschäfte im Freistaat, darunter allein sieben in Leipzig, mit einzelnen Transaktionsvolumina von über 100 Millionen Euro. In Hamburg wurde die Stadtentwässerung, in Berlin ein Teil der Messehallen, die städtische Verkehrsgesell-

Kommunaler Hochbau:

Verbesserte Förderung von Generalinstandsetzungen

Meyer: Hilfe für investitionswillige Gemeinden

„Eine gute Nachricht für die bayerischen Gemeinden: Seit 1. Juli wird die Förderung von Generalinstandsetzungen im kommunalen Hochbau deutlich verbessert. Damit können wir investitionswilligen, aber finanzschwachen Gemeinden wirksam helfen“, erklärte Finanzstaatssekretär Franz Meyer.

Nach geltendem Recht werden Generalinstandsetzungen von Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs in der Regel nur dann gefördert, wenn die zuwendungsfähigen Kosten mindestens die Hälfte der vergleichbaren Neubaukosten betragen. Dieser Schwellenwert hat sich in der Praxis als sehr hoch erwiesen.

Ohne weitere Prüfung

Seit 1. Juli werden deshalb Generalinstandsetzungen im Hochbau schon dann gefördert, wenn die zuwendungsfähigen Kosten 25 Prozent der vergleichbaren Neubaukosten betragen. Zudem wird bei Generalinstandsetzungen, die erstmals 25 Jahre nach Inbetriebnahme eines Gebäudes anfallen, künftig ohne weitere Prüfung unterstellt, dass die Sanierungen nicht durch mangelhaften Bauunterhalt veranlasst sind.

Um die kostenmäßigen Auswirkungen festzustellen, soll diese Regelung zunächst probeweise bis zum 31. Dezember 2008 gelten. Vor Ablauf dieser Frist kann dann auf Grundlage der bis dahin gemachten Erfahrungen über den Fortbestand

schaft und die Stadtreinigung, in Kaiserslautern die Kläranlage und das städtische Kanalnetz und auch in vielen anderen Städten entsprechende Einrichtungen ver- und rückgemietet.

Kein Grund zur Panik

Grund zur Panik scheint es bei allen Vorbehalten aber nicht zu geben. Bei einer AP-Umfrage zeigten sich die meisten Kommunen und Gesellschaften überzeugt, dass sie rechtlich auf der sicheren Seite seien. So meinte eine Sprecherin der Hamburger Stadt-Entwässerung: „Unsere Verträge sind nach Angaben unseres Justizars komplett wasserdicht, das Geld liegt auf einem Treuhandkonto.“ **KK**

Umfrage des Wirtschaftsmagazins Capital:

Leistungsstarke Finanzverwaltung!

Als „deutliches Zeichen für die Leistungsstärke der bayerischen Finanzbeamten“ wertete Finanzstaatssekretär Franz Meyer eine aktuelle Umfrage des Wirtschaftsmagazins Capital. Danach nehmen die bayerischen Finanzämter neben den Finanzämtern von Baden-Württemberg einen Spitzenplatz ein. Das Finanzamt Uffenheim ist dabei das bestplatzierte bayerische Finanzamt. Zu dieser Auszeichnung gratulierte Finanzstaatssekretär Franz Meyer beim Richtfest für den Erweiterungsbau des Finanzamts in Uffenheim.

Auch bei der im Rahmen des Projekts „Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern“ im Mai 2002 durchgeführten flächendeckenden Besucherbefragung hätten, wie Meyer erinnerte, rund 56.000 Steuerpflichtige den bayerischen Finanzämtern eine hervorragende Arbeit bescheinigt (Note: 1,78). Bei der Ende 2003 durchgeführten Befragung der bayerischen Steuerberater und Lohnsteuerhilfvereine wurden 8.300 Fragebögen ausgefüllt. Auch bei dieser sehr differenzierten Befragung ergab sich für die bayerischen Finanzämter ein positives Bild. „Wir ruhen uns nicht auf den Lorbeeren aus. Wir arbeiten konsequent daran, den Servicecharakter der bayerischen Verwaltung noch weiter zu optimieren. So bin ich davon überzeugt, dass der Erweiterungsbau hier in Uffenheim dazu beitragen wird, die Arbeitsqualität und den Service des Finanzamts nochmals zu verbessern“, betonte Meyer.

Der Freistaat investiert 7,5 Millionen Euro in den Erweiterungsbau und die Teilrenovierung des Wasserschlosses. „Trotz aller Sparzwänge, die

wir derzeit haben: ich meine, dieses Geld ist in Uffenheim gut angelegt. Es profitieren nicht nur die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Finanzamts von dem neuen Gebäude. Das „neue“ Finanzamt wertet auch die Uffenheimer Altstadt auf“, stellte Meyer fest.

Broschüre zum Nachtragshaushalt

Ein Meilenstein auf dem bayerischen Konsolidierungspfad - so titulierte Finanzminister Kurt Faltthäuser den Nachtragshaushalt 2004. Doch wofür gibt der Freistaat sein Geld aus? Woher stammen die Mittel hierfür? Wie viel Kredite muss der Staat aufnehmen? Welche Gelder gibt er weiter an seine Kommunen? Darüber und über weitere Fragen kann sich jetzt jeder mit der neuen Broschüre „Der Bayerische Staatshaushalt - Nachtrag 2004“ informieren.

In der neuen Haushaltsbroschüre wird die nachhaltige Haushaltspolitik des Freistaats Bayern dargestellt. Ausführlich erläutert wird, wie der Freistaat in diesem Jahr die verfügbaren Mittel einsetzt.

Wasserversorgung und Abwasserentsorgung:

Reformen jetzt mutig angehen!

Wegfall staatlicher Zuschüsse und demografische Veränderungen verstärken Druck auf Kommunen

Die kommunale Wasserver- und Abwasserentsorgung in Bayern steht vor radikalen Änderungen. Mit dem jetzt von der CSU-Landtagsfraktion in Übereinstimmung mit der Bayerischen Staatsregierung beschlossenen Aussetzung der Fördermittel für die Erneuerung und Sanierung von Leitungsnetzen steht bei vielen bayerischen Kommunen die Finanzierung des bestehenden Leitungsnetzes ebenso auf dem Prüfstand, wie die derzeitigen organisatorischen und personellen Strukturen - insbesondere bei kleinen und mittelgroßen Land-Kommunen.

Die Notwendigkeit zum Aufbau wirtschaftlich leistungsfähiger Strukturen zum Betrieb der Netze wird durch eine aktuelle Studie der Deutschen Bank zu den Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die öffentliche Infrastruktur (vgl. Deutsche Bank Research: Demografie Spezial Nr. 294 vom 28.04.04) noch verstärkt: vor dem Hintergrund von prognostizierten 10% rückläufiger Bevölkerungszahlen und sogar 20 % weniger Erwerbstätigen bis 2050 verteilen sich die hohen Fixkosten zum Betrieb und Erhalt der Netze auf immer weniger Menschen - insbesondere in Wegzugsgebieten.

Aktuelle Studie

So kommt auch das bayerische Landesamt für Wasserwirtschaft bei einer von Roland Berger durchgeführten aktuellen Studie zur Effizienzbetrachtung der kommunalen Wasserversorgung in Bayern zu dem Schluss, dass die kleinräumige Struktur der öffentlichen Wasserversorgung in Bayern den gegenwärtigen Erfordernissen durch Zusammenlegung zu mehreren Zweckverbänden und der Zusammenlegung von Was-

ser und Abwasser angepasst werden muss.

Investitionsstau

Vor dem Hintergrund eines bestehenden Anschlussgrades von rund 95 % der bayerischen Bevölkerung im Abwasserbereich und über 98 % im Wasserbereich erhält außerdem der Umstand neue Bedeutung, dass ein gewisser Prozentsatz permanent renoviert werden müsste, um den vom bayerischen Gemeindetag derzeit schon auf 11 Milliarden Euro geschätzten Investitionsstau nicht einfach auf spätere Generationen zu verlagern.

Gravierende Veränderungen

„Unsere Mitglieder berichten, dass sich viele bayerische Bürgermeister der gravierenden Veränderungen noch gar nicht bewusst sind“, so Dieter Beck, Vorsitzender der bayerischen Landesgruppe des Rohrleitungsbauverbandes. „Die lange Zeit herausgehobene Bedeutung der ‘Versorgungssicherheit’ wird derzeit von dem Thema ‘Effizienzsteigerung’ abgelöst und die Auswirkungen der Europäischen Liberalisie-

rung werden hier einen zusätzlichen Druck auf die kommunalen Entscheider erzeugen.“

Auswege aus dem Dilemma

Bei der Suche nach Auswegen aus dem Dilemma unterstützt der RBV die Forderungen von Roland Berger und der Deutschen Bank zur verstärkten Umstellung auf leistungsfähige kommunale Unternehmensstrukturen, Umstellung auf Eigenbetrieb oder Kapitalgesellschaften mit der Kommune als Gesellschafter.

Eine eigene Geschäftsführung und ein eigenständiger Haushalt gilt als Voraussetzung für eine effiziente Verwaltungsstruktur. Die höhere Transparenz ist auch eine Voraussetzung dafür, dass Wasser- und Abwassergebühren künftig nicht mehr zweckfremd zur Deckung kommunaler Haushaltslöcher herangezogen werden können.

Erhaltungsstrategie

Übergeordnetes Ziel ist die Sicherstellung einer langfristigen Erhaltungsstrategie der Wasser- und Abwassernetze unter kommunaler Kontrolle. Die Zusammenschlüsse sind notwendig, um das notwendige personelle Know how und die technische Infrastruktur vorzuhalten aber auch marktwirtschaftlich konkurrenzfähig und damit nötigenfalls auch „liberalisierungsresistent“ zu werden. Hierbei können auch dringend

benötigte private Finanzierungs- und PPP-Modelle stärker zum Einsatz kommen. „Wer die Auswirkung der Liberalisierung fürchtet, muss private Unternehmen mit einbinden“, bringt es Beck auf einen Nenner.

Neben der Reform und Modernisierung der finanziellen und strukturellen Rahmenbedingungen bieten auch der Einsatz von ausgereiften und quali-

tativ hochwertigen Bau- und Sanierungsverfahren noch großes Potential zur Effizienzsteigerung „zu der sich alle Mitgliedsunternehmen des Rohrleitungsbauverbandes bekennen“, so Beck.

Kommunale Altdeponien:

Kehrtwende der Staatsregierung

„Auf Zusagen des Staates ist kein Verlass mehr!“ erklärte Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags, beim Studium eines Gesetzentwurfs des Umweltministeriums zur Sanierung gemeindeeigener Altdeponien. Danach sollen die Gemeinden per Satzung die Gebühren für ihre Bürger festlegen, die zur Sanierung von ehemaligen Gemeinde-Hausmülldeponien gebraucht werden. „Das widerspricht dem Ministerratsbeschluss von 2003, der nach monatelangen Vorüberlegungen und Rechtsdiskussionen die Sanierung mit einem Gebührenfinanzierungsmodell den Landkreisen auferlegte. Die 180-Grad-Wende der Staatsregierung ist nicht nachvollziehbar“, sagte Brandl.

Aktuelles Recht

In Bayern existieren mehr als 7.000 (bereits geschlossene) kommunale Altdeponien. Für ca. 20 Prozent von ihnen besteht Sanierungsbedarf, um Gefährdungen für Boden und Grundwasser für die Zukunft sicher auszuschließen. Nach jetzigem Recht sind die kreisangehörigen Gemeinden als ehemalige Betreiber für die Untersuchung und Sanierung der alten Müllkippen zuständig. Nach einer groben Kostenschätzung betragen die hierfür notwendigen Kosten ca. 1,3 Mrd. Euro.

Vorgesehene Kombination

Nach einem Ministerratsbeschluss vom Oktober vergangenen Jahres war als Finanzierungslösung vorgesehen eine Kombination aus einer gemeinsamen Finanzierung für die vor Juni 1972 geschlossenen Deponien durch Staat und Kommunen (Kooperationsmodell) und aus einer Finanzierung für die nach Juni 1972 geschlossenen Altdeponien über Abfallgebühren (Gebührenmodell).

„Ein gemeindliches Gebührenmodell belastet allein die Gemeindebürger mit den Sanierungskosten für Altdeponien. Insbesondere bei kleineren Gemeinden ist es unzumutbar, wenn die Gemeindebürger die gigantische Kostenlast schultern müssen“, so Brandl. „Wir werden entschiedenen Widerstand gegen ein solches Gesetzesvorhaben der Staatsregierung leisten.“

Gemeinsam „Abfall-Berge“ versetzen

In der grauen Restmülltonne landet vieles, was dort nicht hingehört. Besonders schlecht ist die Mülltrennung in Großwohnanlagen, leider auch in Augsburg. Ein in dieser Form neuartiges Projekt soll das jetzt ändern: In drei Augsburger Wohnanlagen arbeitet das Bayerische Institut für Angewandte Umweltforschung und -technik (BIFA) mit Hilfe der Bewohner an der Verbesserung der Abfallsituation.

Jedes Jahr wird bundesweit so viel Hausmüll produziert, dass daraus ein Berg aufgeschichtet werden könnte, der hoch wie ein achtstöckiges Haus ist, einhundert Meter breit und mit einer Länge, die der Entfernung zwischen Augsburg und München entspricht. Trotzdem wird über Abfallvermeidung und -trennung kaum mehr gesprochen.

Im Auftrag des Bayerischen Umweltministeriums führt das BIFA in drei Augsburger Großwohnanlagen Projekte durch. BIFA will zunächst erfahren, was die Bewohner über das Thema denken und die Ursachen für die schlechte Abfallsituation besser verstehen. Danach sollen Verbesserungsmöglichkeiten gefunden und auch umgesetzt werden. Später sollen diese Erfahrungen auf andere Wohnanlagen übertragen werden können.

Bewohner einbeziehen

Nach Überzeugung des BIFA müssen die Bewohner der Wohnanlagen bei der Suche nach Verbesserungsmöglichkeiten eingebunden werden. Die Bewohner kennen ihre Wohnanlagen genau und wissen damit auch am besten, welche Maßnahmen Erfolg haben können. Besonders wichtig für das BIFA: Die Meinung von Menschen aus der Türkei und aus dem russischen Sprachraum, die einen erheblichen Teil der Bewohnerschaft ausmachen. Darum werden die Befragungen auch in russischer und türkischer Sprache durchgeführt.

Unterstützt wird das BIFA durch den Psychologen Michael Schneider und dem Managementtrainer Edgar Büttner, der

normalerweise solche Prozesse in der Industrie leitet. Auch der Abfallwirtschafts- und Stadtreinigungsbetrieb der Stadt Augsburg und der zuständige berufsmäßige Stadtrat Thomas Schaller unterstützen das Projekt mit großem Engagement. Gleiches gilt für die Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Augsburg und das Bayerische Landesamt für Umweltschutz.

Seit Projektstart hat das BIFA schon mehr als 160 Bewohner befragt. Im Römerhof im Hochfeld fand eine Fragebogenaktion mit Verlosung großen Anklang. Im Univiertel und im Schillerhof in Oberhausen fanden Bewohnertreffen statt, auf denen BIFA die ersten Ergebnisse vorgestellt und die Diskussion mit den Bewohnern begonnen hat. Projektleiter Siegfried Kreibe: „Die Bewohner haben eine sehr engagierte Diskussion geführt. Da hat sich eine Menge Ärger angestaut, aber die Leute sehen durchaus Möglichkeiten etwas zu verbessern. Es macht Spaß, mit ihnen zusammenzuarbeiten.“ In den nächsten zwei Jahren sollen regelmäßig solche Treffen stattfinden.

Das Projekt ist in dieser Form absolut neu. Erstmals werden organisationspsychologische Methoden aus der Industrie eingesetzt, um gemeinsam mit Bewohnern Verbesserungen im Hausmüllbereich zu erzielen. „Gehen Sie mal zu Firmen wie AUDI oder Siemens. Die haben längst begriffen, dass wirksame Verbesserungen in der Fertigung nur dann gelingen, wenn die Mitarbeiter eingebunden werden. So machen wir das in den Wohnanlagen. Die Bewohner sind unsere Experten.“ so Kreibe.



Peter Mucha vom Fachbereich Hochbau im Landratsamt und Werkleiter Karl Schmid vom Eigenbetrieb Abfallwirtschaft des Landkreises Günzburg kontrollieren regelmäßig die Arbeiten auf der Burgauer Pyrolyseanlage. Text und Bild: Joas

Jahresrevision an der Müllpyrolyseanlage in Burgau

Die Müllpyrolyseanlage in Burgau steht zur Zeit still. Neben allgemeinen Wartungsarbeiten und Sicherheitsprüfungen werden, die Gasleitungen und Schwelergereinigt. Umbauten an der Schwelerbeheizung sollen zu einer verbesserten Ausgasung des Mülls führen.

Da in den Jahren 2005 und 2006 die Reparatur der Schweltrommeln vorgesehen ist, beginnen auch hierfür erste Vorbereitungsarbeiten. So muss dem Stahlmantel ein Probestück ausgeschnitten werden, um im Labor Schweißversuche durchführen zu können. Die Stelle wird mit einem entsprechenden Neuteil verschlossen. Weitere Energiesparmaßnahmen werden ebenso vorbereitet; so sollen Undichtigkeiten in der Druckluftanlage beseitigt und alle Kühlerlamellen gereinigt werden. Zu den wichtigsten Arbei-

ten zählt auch die Reparatur des Mauerwerks in der Brennkammer. Immerhin herrschen dort im Betrieb Temperaturen von rund 1250 Grad. Laut Werkleiter Karl Schmid ist die Logistik für die Zwischenlagerung und Umleitung des gewerblichen Abfalls vorbereitet. Die Hausmüllabfuhr ist von dem Stillstand nicht betroffen. Ebenso können Kleinanlieferer gebührenpflichtige Abfälle und Sperrmüll während der gesamten Revisionszeit anliefern. Mit Wartezeiten muss allerdings gerechnet werden.

Kunststoffverwertung stellt sich dem Wettbewerb

Marktchancen der Kunststoffverwertung steigen mit der Umsetzung der TASI

Die Umsetzung der Technischen Anleitung Siedlungsabfall (TASI) zum 1. Juni 2005 bietet große Chancen für die Recyclingbetriebe in Deutschland. Zu diesem Ergebnis kamen die Teilnehmer einer Podiumsdiskussion beim 9. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Kunststoff-Recycling mbH (DKR) in Bad Neuenahr. „Die Umsetzung der TASI zum 1. Juni 2005 ist unverrückbar, das Datum steht“, stellte Dr. Gottfried Jung, Ministerialdirigent im Ministerium für Umwelt und Forsten, Rheinland-Pfalz, klar. Niemand solle auf eine Verschiebung setzen, so Jung, der außerdem der derzeitige Vorsitzende der Länderarbeitsgruppe Abfall (LAGA) ist.

Unter dem Kongress-Motto „Mit Sicherheit im Wettbewerb“ diskutierten die Teilnehmer die Chancen und Risiken des aufkommenden Wettbewerbs vor dem Hintergrund der neuen Ausschreibungskriterien für die Leistungsverträge des Dualen Systems. „Mit dem Inkrafttreten des Ablagerungsverbot für unbehandelte Abfälle ist der billige Entsorgungsweg auf Deponien geschlossen. Bis 2006 werden wir die durchschnittlichen Kosten für die Verwertung durch kontinuierliche Optimierungen auf 150 Euro pro Tonne senken“, sagte DKR-Geschäftsführer Dr. Volker Gibs.

Marktorientierung

Damit wird die Verwertung gebrauchter Kunststoffverpackungen konkurrenzfähig zur Müllbeseitigung. Die Verwertungsbetriebe sollten diese Chance durch eine konsequente Marktorientierung nutzen. Gibs appellierte an die Verwerter, durch mehr Kosteneffizienz die Mengen zurückzugewinnen, die durch die Kartellamtsvorgaben verloren gegangenen sind.

Das Duale System hatte die Bedingungen für die Ausschreibung der neuen Leistungsverträge eng mit dem Bundeskartellamt abgestimmt. Demnach müssen die Sortieranlagen der DKR nur noch die in der Verpackungsverordnung festgeleg-

Gebäuderückbau:

Schadstoffratgeber geht online

LFU mit bundesweit einzigartigem Informationssystem

Ab sofort ist auf der Homepage des Bayerischen Landesamtes für Umweltschutz (LFU) in Augsburg (<http://www.bayern.de/lfu>) das online-Informationssystem „Schadstoffratgeber Gebäuderückbau“ aufrufbar. Es ist vom Umfang und Inhalt her bisher einzigartig in Deutschland.

Wer z.B. mit dem Rückbau von Gebäuden im Rahmen des Flächenrecyclings befasst ist, findet hier Daten und Informationen zu (in der Vergangenheit) eingesetzten, schadstoffhaltigen Baustoffen. Zu den Kernthemen zählen Materialbeschreibungen, Besonderheiten, Einsatzbereiche, Verwendungszeiträume, Verbote, Schadstoffgehalte und Darstellungen anhand von Fotos. Es werden Hinweise zur Beprobung und Entsorgung der Schadstoffe gegeben. Außerdem finden sich Aussagen zum Arbeitsschutz, zu Probennahmegrundsätzen und -methoden sowie Werte zur Entsorgung von mineralischen Abfällen in Bayern mit Abfallschlüssel.

Portale mit Suchregistern

Fünf Portale mit unterschiedlichen Suchregistern leiten anwenderfreundlich und unkompliziert zu den Einzelseiten. Somit werden sowohl Anwender fündig, die nur eine sehr vage Vorstellung vom gesuchten Baustoff haben, als auch Spezialisten, die gezielt Informationen zu konkreten Baustoffen oder Schadstoffen benötigen. Als Suchregister stehen zum Beispiel ein schematischer Ge-

te Quotenmenge zuzüglich eines Sicherheitszuschlags überlassen. Durch das Pflichtpfand auf Einweggetränkeverpackungen ist außerdem die Menge der PET-Flaschen, die über die Duales System Deutschland AG und die DKR in die Verwertung gegeben werden, in 2003 um rund 50 Prozent gesunken. „Die aktuellen Entwicklungen gefährden die Recycler in ihrer Existenz“, sagte Herbert Snell, Geschäftsführer der Multipet GmbH, Bernburg, und Vizepräsident des Bundesverbandes Sekundärrohstoffe und Entsorgung.

Gefahr der Abhängigkeit

Kritisch äußerten sich die Diskutanten über die anhaltenden Exporte von PET-Flaschen nach Fernost. Dies könne dazu führen, dass Europa beim Recycling vom asiatischen Markt abhängig werde. „Mittlerweile wird der chinesische Staat selbst tätig, um die Einfuhren von Kunststoffabfällen einzudämmen“, sagte Gunda Rachut, geschäftsführende Gesellschafterin der Cyclos GmbH. Dennoch sei die deutsche Politik weiterhin gefordert, einen Abbau von Verwertungskapazitäten in Deutschland und Europa zu verhindern. Im Hinblick auf die ungeklärten Standards für den Mengenstromnachweis bei neuen Systemanbietern und Selbstentsorgern, forderte Jung ein Höchstmaß an Transparenz und

Weiterer Baustein

Das online-Informationssystem ist nicht nur für den Rückbau von Industriegebäuden, sondern auch für jeden Gebäuderückbau, auch von Wohnhäusern und anderen, kleineren Gebäuden, einsetzbar. Selbst für die Sanierung von Gebäuden im Rahmen der Weiternutzung können hier zahlreiche Hinweise gewonnen werden.

Mit der frei zugänglichen EDV-Anwendung ist ein weiterer Baustein im LFU-Programm zum kontrollierten Rückbau fertiggestellt. Bereits im Oktober 2003 wurden eine Arbeitshilfe und ein Flyer zum Thema erstellt, im Mai 2004 folgte am LFU eine große Fachtagung mit fast 300 Teilnehmern.

Der Schadstoffratgeber ist unter www.bayern.de/lfu/abfall/rueckbau/index.html zu finden.

gleiche technische Mindeststandards für alle.

Gemeinsame Clearingstelle

Jung schlug eine gemeinsame Clearingstelle der Produktverantwortlichen vor, die gleiche Standards für alle dualen Systeme und Selbstentsorger hinsichtlich der Transparenz der Mengenstromführung und der Zertifizierung von technischen Mindestanforderungen definieren könne. „Hier hat die DKR

Der Countdown läuft

Neue Verwertungswege durch Kooperation der PVC-Baustoff-Recycling-Initiativen

Die Zeit läuft. Und damit läuft auch der Countdown für unbehandelte Abfälle. Denn die dürfen nach den Regelungen der Ablagerungsverordnung und der Technischen Anleitung Siedlungsabfall ab dem 1. Juni 2005 nicht mehr auf Deponien entsorgt werden.

Auch PVC-Baustoffe fallen wie Holz oder Papier - unter dieses Entsorgungsverbot. Betroffen sind ausgediente Fenster- und Türprofile, aber auch Rollläden, Dachbahnen, Bodenbeläge und Rohre aus PVC. Und betroffen sind Abbruch- und Entsorgungsunternehmen, Fensterbauer und sonstige Handwerksbetriebe. Auf solche Unternehmen, die regelmäßig größere Mengen an PVC-Altstoffen zu entsorgen haben, wartet ein logistisches Problem. Und es wartet auf sie eine in ökologischer und ökonomischer Hinsicht sinnvolle Alternative.

Kein Neuland

Die Wiederverwertung von Altfenstern, -türen oder -rolläden aus PVC ist für die deutschen Kunststoffprofilhersteller kein Neuland. Auch ohne gesetzliche Vorgaben haben sie sich freiwillig zu einer Recyclinginitiative zusammengeschlossen und als Service-Dienstleister in Sachen PVC-Fenster-Recycling die Rewindo GmbH mit Sitz in Bonn gegründet.

Dabei kooperiert die Rewindo mit den namhaften Recycling-Unternehmen Tönsmeier Kunststoffe und VEKA Um-

Standards gesetzt“, betonte Jung.

Manfred Buchmann, Mitglied des Vorstands der Duales System Deutschland AG, nahm zum Innovationsprogramm 2007 Stellung. Mit Ergebnissen inklusive einer Wirtschaftlichkeitsberechnung sei voraussichtlich in einem Jahr zu rechnen. Trotz der aktuellen Veränderungen hätte die im Dualen System lizenzierte Menge Kunststoffverpackungen in den ersten fünf Monaten diesen Jahres im Vergleich zu 2003 leicht zugenommen.

Die DKR ist Garantiegeberin des Dualen System für die Verwertung gebrauchter Kunststoffverpackungen mit dem Grünen Punkt. Im Jahr 2003 führte das Unternehmen rund 633.000 gebrauchte Kunststoffverpackungen einer Verwertung zu. ☞

welttechnik. Sie stellen die Technik und bundesweite Logistik vom Einsammeln des Materials bis hin zur Wiederaufbereitung und Lieferung des gewonnenen PVC-Recyclats zur Weiterverarbeitung bereit. So sind z. B. Altfenster aus Kunststoff nahezu vollständig recycelbar.

Gewonnen wird aus ihnen wertvoller Rohstoff für neue Fenster und PVC-Produkte. Deshalb ist die werkstoffliche Wiederverwertung auch finanziell oft interessanter als die Entsorgung. Ein wichtiger Schritt in Richtung nachhaltiges Wirtschaften ist es allemal.

Die Rewindo versorgt alle interessierten Unternehmen mit den notwendigen Informationen zum Thema „PVC ins Recycling statt auf die Deponie“. Zusätzlich vermittelt sie auch Kontakte zu den Recyclingsystemen für andere PVC-Baustoffe wie z. B. Bodenbeläge, Dachbahnen oder Rohre. Dadurch wird das Recycling noch effizienter.

Ansprechpartner bei Rewindo ist Geschäftsführer Michael Vetter. Er hilft, rechtzeitig nach Verwertungsalternativen Ausschau zu halten. Die Rewindo GmbH ist unter der Telefonnummer 0228/9212830 erreichbar. ☞

Schnappauf zum Pfandvereinfachungsmodell:

„Verringert und begrenzt die Zwangsbepfandung“

Als „irreführend“ hat Umweltminister Werner Schnappauf in München die in den Medien widergegebene Behauptung zurückgewiesen, das bayerische Pfandvereinfachungsmodell führe zu einer massiven Ausweitung der Zwangsbepfandung.

Schnappauf: „Das Gegenteil ist der Fall. Bayerns Pfandvereinfachungsmodell ist kundenfreundlich und begrenzt die Pfandpflicht auf Einweg. Von einer Ausweitung kann keine Rede sein.“ Laut Schnappauf werden von den vom Hauptverband des Deutschen Einzelhandels (HDE) genannten 1,8 Milliarden Litern für kohlenstofffreie Erfrischungsgetränke rund 1,3 Milliarden Liter in Mehrweg oder Karton abgefüllt. Sie werden somit nach dem bayerischen Vorschlag gar nicht vom Pflichtpfand erfasst. Es bleiben lediglich 500 Millionen Liter pfandpflichtig. Dies entspricht einer Quote von rund 6 Prozent aller derzeit dem Pflichtpfand unterliegenden Verpackungen und nicht, wie von HDE anführt, 25 Prozent.

Schnappauf: „Unterm Strich bringt das bayerische Modell sogar eine Reduzierung der Zwangsbepfandung, da Fruchtsäfte gänzlich unbepfandet bleiben. Die drohende Pfand-Ausweitung auf weitere 527 Millionen Liter Säfte wird unterbunden. Das bayerische Pfandvereinfachungsmodell bedeutet also insgesamt 27 Millionen Liter weniger bepfundene Getränke.“ ☞

Keine Erhöhung der Abfallgebühren

Bayern 20 Euro unter Bundesdurchschnitt

Eine bayerische Familie zahlt im Jahr rund 20 Euro weniger Abfallgebühren als im bundesdeutschen Vergleich, betonte Bayerns Umweltminister Werner Schnappauf bei der Vorstellung der neuesten Umfrageergebnisse zu den Kosten und Gebühren der Abfallwirtschaft in Bayern.

Schnappauf: „In Bayern zahlt eine Familie mit zwei Kindern rund 168 Euro für die Müllentsorgung. Das ist ein gutes Stück unter dem Bundesdurchschnitt von 190 Euro.“ Nach den Worten des Ministers sind die Abfallgebühren seit 2000 praktisch gleich geblieben. So hätten sich die Gebühren für einen Vierpersonenhaushalt in Bayern in den letzten vier Jahren gerade mal um 91 Cent erhöht. Das im Ländervergleich seit Jahren hervorragende Preis-Leistungsverhältnis sei Beweis für die hohe unternehmerische Kultur bayerischer Entsorgungsträger. Die Effizienz bayerischer Abfallpolitik beruhe auf Wettbewerb, Controlling, interkommunaler Zusammenarbeit, konsequenter Kundenorientierung und engagierten Verbrauchern.

Im Auftrag des Umweltministeriums wurden 80 der 86 entsorgungspflichtigen Körperschaften Bayerns untersucht, um Entsorgungswege, Leistun-

gen und vor allem Kosten und Gebühren der Abfallwirtschaft in Bayern zu ermitteln.

Schnappauf: „Ziel der Umfrage war es, eine landesweite Kostentransparenz zu schaffen. So können die Abfallentsorger eigene Kosten prüfen und Kosteneinsparpotenziale aufspüren.“ Im Vergleich zu anderen deutschen Ländern nimmt Bayern bei der Verwertung von Abfällen mit 71 Prozent eine bundesweite Spitzenposition ein. Bayern hat eine effiziente Infrastruktur mit Wertstoffhöfen, Containerstandorten, Wertstofftonnen und leistungsfähigen Restmüllverbrennungsanlagen aufgebaut. Schnappauf: „Mit 16 Anlagen zur thermischen Restmüllbehandlung hat Bayern rechtzeitig die Weichen in Richtung auf eine umweltschonende und zukunftssichere Abfallentsorgung gestellt. Bayern ist für die ab 1. Juni 2005 EU-weit vorgeschriebene thermische Restmüllbehandlung bestens gerüstet.“ ☞

7. Internationaler bvse-Alt Kunststofftag:

Werkstoffliches Kunststoffrecycling

Einen Korb gaben die Teilnehmer des 7. Internationalen bvse-Alt Kunststofftages in Bonn der gemeinsamen Erfassung von Restabfall und Wertstofffraktionen in einem Behälter. Weder die stofflichen Verwerter, noch die Hersteller von Ersatzbrennstoffen waren für diese Option zu begeistern. Einhelliger Tenor: Wer auf Qualität setzt, muss schon die Erfassung optimieren.

Dementsprechend forderte bvse-Hauptgeschäftsführer Hans-Günter Fischer in seinem Vortrag „klare Perspektiven“ für die werkstoffliche Verwertung. Fischer: „Das bedeutet auf der einen Seite die Stärkung des Vorrangs für werkstoffliche Verwertung als ressourceneffiziente Variante und auf der anderen Seite die Verteuerung der Beseitigung von Abfällen beispielsweise durch eine Deponieabgabe. Ziel muss sein, eine Stärkung von Ressourceneffizienz und hochwertiger Verwertung gegenüber rein thermischen Verwertungswegen zu erreichen.“

Verwertungs-kapazitäten

Nach Ansicht von Dr. Michael Scriba, Geschäftsführer der purus GmbH, werden die hochwertigen Verwertungs-kapazitäten für Altkunststoffe nach 2005 wieder gefragt sein. Allerdings setze dies voraus, dass Kunststoffe aus dem allgemeinen Abfall-Strom herausgehalten werden (kein Grau in Gelb oder Gelb in Grau), weil sonst die Qualität zwangsläufig abnehme. Er forderte in diesem Zusammenhang auch, dass Kunststoffe vor der Aufbereitungsanlage (MBRA) separiert werden, da die heute installierte bzw. absehbare Technik die Querver-schmutzung verstärkte und so die Herstellung verwertbarer Kunst-stofffraktionen erschwere.

Beitrag zur Reduzierung des Primärenergieeinsatzes

Auf einen weiteren Aspekt machte Andreas Vogt von der Vogt-Plastic GmbH aufmerksam. Vogt erläuterte, dass nach seiner Ansicht das werkstoffliche Kunststoffrecycling einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung des Primärenergieeinsatzes leistet. Derzeit koste der durch die Verwertung von Leichtverpackungen eingesparte Liter Heizöl zwar 1,01 € Vergleiche man dies jedoch mit der Förderung der Fotovoltaik nach dem Energieeinsparungsgesetz mit 0,49 € pro Kilowattstunde, so komme man auf einen Betrag von 2 € für den Liter Heizöl. Insofern brauche sich das

werkstoffliche Kunststoffrecycling auch in dieser Hinsicht nicht zu verstecken, zumal Vogt noch Potenzial ausmache, die Kosten des Kunststoffrecyclings um bis zu 40 Prozent zu senken. Seiner Ansicht nach stecke dieses Potenzial in einer Verbesserung des Input-Materials und in einer Reduzierung des Energieeinsatzes.

Kartellamt versus Umweltministerium

Zuvor hatte Gerd Billen, Hauptgeschäftsführer des Naturschutzbundes (NABU) deutlich gemacht, dass sein Verband die derzeitige Struktur der getrennten Erfassung verschiedener Wertstoffe im Haushalt unter dem Gesichtspunkt der Ökoeffizienz als vorbildlich ansehe.

Billen: „Die getrennte Erfassung von Papier, Kompost, Verpackungs- und Kunststoffabfällen und Restmüll ist nach unserer Auffassung eine beispiellose Erfolgsgeschichte, die wir ausbauen sollten. Wir sollten uns dabei nicht beirren lassen von einigen Entsorgern, die mit Ein-Tonnen-Modellen werben und an günstige Brennstoffe für ihre Kraftwerke kommen möchten.“ Als „völlig inakzeptabel“ bezeichnete er es, dass das Bundeskartellamt die DSD AG dazu zwingt, weniger Kunststoffe einzusammeln, als bisher einge-

sammelt wurden. Billen: „Ich frage mich, wer in diesem Land eigentlich die Ziele für die Umweltpolitik setzt - das Kartellamt oder das Umweltministerium?“

Dr. Thomas Mehler, zuständiger Berichterstatter im Bundeskartellamt, hob hingegen hervor, dass es seinem Amt nur darum gehe, einen Wettbewerb bei den Verpackungsmengen zu ermöglichen. Deshalb solle sich die DSD AG als bisheriger Monopolist darauf beschränken, nur die Mindestmengen nachzufragen. Mehler machte auch deutlich, dass eine Verzögerung von Wettbewerb, wie sie durch die Klage der DSD AG gegen den Feststellungsbescheid der Interseher AG in Hamburg erfolge, eine Verschärfung der marktbeherrschenden Stellung der DSD AG bedeute.

Zufrieden mit Nachfrage

Auf der mit über 150 Teilnehmern sehr gut besuchten bvse-Veranstaltung im Bonner Maritim Hotel wurde deutlich, dass die Kunststoffrecycler mit der Nachfrage im Markt durchaus zufrieden sind. Kritisch wurden die deutlich erhöhten Einkaufspreise und die Materialknappheit gesehen. Der Export von Altkunststoff vor allem in den asiatischen Raum sei schmerzhaft spürbar, berichtete der Vorsitzende der bvse-Fachvereinigung, Michael Stechert von der Firma Multiport. Er schilderte, dass auch seine Firma momentan mit unverhältnismäßig hohen Preisen bei Altkunststoffen zu kämpfen habe, die nur höchstens zu

einem Drittel in die Produktpreise einfließen könnten. Er prognostizierte angesichts dieser Lage, dass der kommende Winter für einige Unternehmen sehr schwierig werden könnte.

Sinkende Verwertungskosten

Dr. Michael Heyde, Generalbevollmächtigter der DKR, machte auf die sinkenden Verwertungskosten aufmerksam. So lagen diese 1997 noch bei 400 € pro Tonne und seien bis heute auf 250 € Zuzahlung pro Tonne gesunken. Ziel der DKR sei es, die Zuzahlung auf 150 € pro Tonne zu senken. Gelänge dies, so Heyde, ginge es nur noch um den sinnvolleren Entsorgungsweg und nicht mehr um den kostengünstigsten. Heyde begründete diese Annahme damit, dass er auch die Beseitigungskosten „in einer Benchmark von 150 bis 200 € pro Tonne“ sehe. Der DKR Generalbevollmächtigte äußerte auch die Ansicht, dass effiziente werkstoffliche Verwertungsverfahren mittelfristig konkurrenzfähig sind.

Biogas ist eine der kommenden Energiequellen

„waste to energy“ mit Vorträgen, Ausstellung und Exkursionen

Die Internationale Konferenz für erneuerbare Energien in Bonn im vergangenen Juni hat die Ziele hoch gesteckt und große neue Herausforderungen geschaffen: Rund eine Milliarde Menschen sollen bis im Jahr 2015 aus erneuerbaren Energien mit Strom und Wärme versorgt werden.

Ressourcen bietet unsere Erde jede Menge: Wind, Wasser, Sonne - und der Mensch hat so nebenbei eine neue Energiequelle geschaffen: Müll. Statt Berge aufzutürmen, wird in vielfacher Art und Weise Energie wieder gewonnen und das mit den ver-

Mengenstromnachweis auch für Eigenvermarkter erforderlich

Verwertung freier Mengen nur in zertifizierten Anlagen

In Zusammenhang mit der Diskussion um die Verwertung freier Mengen, die bei der Sortierung von DSD-Abfällen anfallen, erklärte bvse-Vizepräsident Dr.-Ing. Herbert Snell: „In Deutschland stehen für die Verwertung der anfallenden freien Mengen aus der Sortierung von DSD-Abfällen ausreichend Kapazitäten an zertifizierten Anlagen zur Verfügung. Die anfallenden Materialien können in Deutschland vorteilhaft verwertet werden, da sie ortsnahe zur Verfügung stehen.“

Snell wies darauf hin, dass zwei unterschiedliche Mengenströme durch die Sammlungen der Dualen Systeme generiert würden; dies seien einerseits die Mindestverwertungsmengen des DSD-Systems und andererseits die so genannten freien Mengen. Nach Absprachen zwischen der DSD AG und dem Kartellamt, übernehme die DSD AG nur noch die zur Quotenerfüllung notwendigen Mindestmengen an Kunststoffen zur Verwertung.

Der bvse-Vizepräsident machte deutlich, dass auch bei der Verwertung von Übermengen die Vorgaben der Verpackungsverordnung beachtet werden müssten. Snell: „Zertifizierte Anlagen in Deutschland und in Europa bieten den Vorteil einer geordneten Verwertung, die dann im Mengenstromnachweis sicher dokumentiert werden kann.“

„Die Rechtslage ist klar, es müssen für alle anfallenden Materialströme entsprechende Mengenstrom- und Verwertungsnachweise geführt werden. Dies ergibt sich sowohl aus der Verpackungsverordnung als auch aus den LAGA-Beschlüssen,“ erklärte Dr.-Ing. Herbert Snell.

stig durchaus 20 Prozent werden“, sagt Reuter, der ebenfalls darauf verweist, dass bundesweit bereits 7.000 Arbeitsplätze in diesem Bereich entstanden sind.

Alternative Verwertungsmöglichkeiten

Um ein weiteres alternatives Energieerzeugungs-Verfahren geht es in einem der zahlreichen Vorträge während der „waste to energy“: Prof. Dr. Ulf Theilen von der Fachhochschule Friedberg wird über die „BioMethanisierung von Windeln“ referieren. Ab dem Jahr 2005 dürfen benutzte Inkontinenzprodukte aus Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen nicht mehr unbehandelt deponiert werden. Um neben den herkömmlichen Entsorgungsverfahren eine alternative Verwertungsmöglichkeit zu haben, wurde am Institut für Siedlungswasserwirtschaft und anaerobe Verfahrenstechnik der Fachhochschule Gießen-Friedberg ein Verfahren entwickelt, welches einen wesentlichen Teil der abbaubaren organischen Inhaltsstoffe zu nutzbarem Biogas umsetzt und die Kunststoffbestandteile in einen Sekundärbrennstoff, zum Beispiel für die Zementindustrie aufbereitet.

Die waste to energy erwartet rund 1.500 Fachbesucher und etwa 50 Aussteller. 68 Vorträge und Exkursionen werden für ein vielfältiges Angebot sorgen. Mehr Infos zur „waste to energy“ unter www.wte-expo.de

Europäisches Abfallverzeichnis

„Wir gehen davon aus, dass durch die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Verordnung über das Europäische Abfallverzeichnis die praktische Handhabung in ganz Deutschland transparenter und einheitlicher wird,“ erklärte Dr. Thomas Probst vom bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V.

Der bvse-Experte wies darauf hin, dass diese Vorschrift einen einheitlichen Ländervollzug erleichtere. Deshalb sei das Fazit des bvse klar: Die Entsorgung von nicht überwachungsbedürftigen und überwachungsbedürftigen Abfällen werde durch die vorgegebenen Kriterien in der vorliegenden Verwaltungsvorschrift verbessert.

High-Tech-Membrane für sauberes Abwasser

Mit einem bayernweit einzigartigen High-Tech-Filterverfahren wird die Reinigung der nordschwäbischen Abwässer optimal an die Erfordernisse des empfindlichen Karst-Untergrundes angepasst, betonte heute in Monheim Umwelt-Staatssekretärin Emilia Müller bei der Inbetriebnahme der neuen Membran-Kläranlage.

Müller: „Die Stadt Monheim und ihre Nachbargemeinden Tagmersheim und Rögling haben mit ihrem mutigen und innovativen Entschluss zum Bau dieser neuartigen High-Tech-Anlage nicht nur eine ihnen vom Gesetz übertragene Aufgabe in vorbildlicher Weise erfüllt, sie haben damit auch in ihre Zukunft

investiert.“ Laut Müller habe bisher die Versickerung der abwasserbelasteten Gailach den Wasserversorgern wegen der geringen Filter- und Reinigungswirkung der Karstböden Sorgen bereitet. Mit der neuen Abwasser-Reinigungstechnologie in Monheim sei dieser Konflikt nun deutlich entschärft, so die Staatssekretärin.

Schutz vor Keimen

Das Abwasser von rund 7.000 Einwohnern der Stadt Monheim sowie der Gemeinden Rögling und Tagmersheim wird über die sog. Membranfiltration gereinigt. Müller: „Mit den speziellen Membranfiltern werden nicht nur die festen Stoffe, sondern auch Nährstoffe und Keime wesentlich besser aus dem Abwasser herausgeholt. Damit sind wieder optimale Voraussetzungen für eine weitgehend natürliche Gewässerqualität geschaffen.“

Empfindliche Karstgebiete

Laut Müller reiche in empfindlichen Karstgebieten mit durchlässigen Untergründen der Reinigungsstandard konventioneller Abwasseranlagen nicht immer aus. Deshalb hatte der Freistaat ein besonderes Interesse an dem Pilotvorhaben der Stadt Monheim und übernahm mit zirka 5,6 Millionen Euro 85

Prozent der zuwendungsfähigen Kosten.

Müller bekräftigte in diesem Zusammenhang, dass der Freistaat die Kommunen trotz dramatisch zurückgegangener Steuereinnahmen auch weiterhin unterstützen werde. Erst vor kurzem haben die Bayerische Staatsregierung und die Mehrheitsfraktion im Bayerischen Landtag beschlossen, Ersterschließungsmaßnahmen der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung weiterhin zu fördern.

Beachtliche Erfolge

Nach den Worten Müllers hat der Freistaat die Kommunen seit 1946 mit rund 7,4 Milliarden Euro bei der Abwasserentsorgung finanziell unterstützt. Rund 90 Prozent der Finanzhilfen flossen in den ländlichen Raum. Damit konnten die Abwassergebühren in Bayern im Durchschnitt auf 1,60 Euro pro Kubikmeter gehalten werden, während der Bundesbürger fast die Hälfte mehr dafür zu berappen hat. „Mit Bayerns Gewässerschutzpolitik bleibt jedem etwas mehr im Geldbeutel“, so die Umwelt-Staatssekretärin. Die Gesamtaufwendungen von Städten und Gemeinden in Bayern für die Abwasserentsorgung betragen rund 30 Milliarden Euro. Müller: „Die Erfolge können sich sehen lassen. Inzwischen weisen in Bayern zwei Drittel aller Flüsse eine gute bis sehr gute Gewässergüte auf und alle bayerischen Seen haben Badewasserqualität.“

Thermoselect verliert im Prozess um Ansbacher Müll-Anlage

Nürnberg. Das Tauziehen um die Ansbacher Müllversorgungsanlage geht dem Ende zu. Die Schweizer Betreiberfirma Thermoselect hat ihre Klage gegen den Zweckverband Ansbach und damit gegen die baden-württembergische Trägergesellschaft, den Energiekonzern EnBW zurückgezogen, wie das Oberlandesgericht Nürnberg jetzt mitteilte.

Thermoselect S.A. Locarno hatte 9,3 Millionen Euro als dritte Rate für den unvollendeten Bau der Anlage verlangt, um ihn fertig stellen zu können. Das Landgericht wies die Klage jedoch mit der Begründung ab, dass die Beklagten laut Vertrag erst nach Fertigstellung der Schwelbrennanlage weitere Zahlungen zu leisten hätten.

Gegen das Urteil hatte die Klägerin Berufung vor dem Oberlandesgericht Nürnberg eingelegt, die sie am 31. März zurücknahm. Damit ist zwar rechtskräftig, dass die dritte Rate nicht bezahlt werden muss. Allerdings hatte Thermoselect während des Berufungsverfahrens den Bauvertrag außerordentlich gekündigt. Nun ist unklar, ob diese Kündigung wirksam ist oder nicht.

Nach dem Vertrag muss Thermoselect das architektonisch aufwändige Gebäude unmittelbar an der Autobahn 6 bei Ansbach-Brodswinden abreißen. Rund 50 Millionen Euro sollen dort auf einem Grundstück des Kommunalverbandes verbaut worden sein. Vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof läuft außerdem noch die Klage einer Bürgerinitiative gegen die Baugenehmigung. **KK**

IT-Komplettlösungen von T-Com:

Aufbruch in die Zukunft

Stadt Schweinfurt geht mit gutem Beispiel voran

Schweinfurt verfolgt im Rahmen seiner Stadtentwicklung vor allem zwei Ziele: einerseits kontinuierlich wirtschaftliches Wachstum zu generieren, andererseits der neuen Tendenz hin zum Dienstleistungsstandort adäquat Rechnung zu tragen. Um die Weichen hierfür optimal zu stellen, wurde in der Kugellagerstadt die Neuausrichtung und Modernisierung der Verwaltung und ihrer EDV-Struktur beschlossen. Die Entscheidung für die Komplettlösung von T-Com hat sich bereits jetzt in hohem Maße bezahlt gemacht.

Bei der Entscheidung für oder gegen das Outsourcing der neuen IT-Landschaft spielten für die Stadt Schweinfurt viele Faktoren eine Rolle. Neben einem komplexen Anforderungsprofil, das möglichst nur von einem Partner erfüllt werden sollte, standen vor allem die Steigerung der Effizienz sowie Kontrolle und Transparenz der Kosten im Vordergrund. Auch aus diesen Gründen fiel die Entscheidung für T-Com.

Kostenstruktur optimieren

Um die Kostenstruktur zu optimieren und die Leistungsfähigkeit der Verwaltung verbessern zu können, war es erforderlich, den Informations- und Kommunikationsfluss zu intensivieren. Für das technische und personelle

Outsourcing dieses Bereiches sprachen dabei folgende Gründe:

- ≪ Das Verwaltungspersonal war vielfach durch die Sicherung des EDV-Betriebes blockiert.
- ≪ Die vorhandenen Personalkapazitäten reichten für aktuelle und zukünftige Anforderungen nicht aus.
- ≪ Neuentwicklungen, Modernisierungen und Internetaktivitäten waren aus diesem Grund nicht realisierbar.
- ≪ IT- und Kommunikationskosten waren schwer kalkulierbar.
- ≪ Die Sicherung des Informations- und Kommunikationsbetriebes und damit der ganzen Verwaltungsdienstleistung war von einigen wenigen Personen abhängig.

Nachdem mit T-Com ein Partner gefunden wurde, der aus ei-

ner Hand sowohl das technische Know-how sowie die Kompetenz für Behördenfachsoftware bietet, entschied sich die Stadt Schweinfurt für ein Volloutsourcing.

ner Hand sowohl das technische Know-how sowie die Kompetenz für Behördenfachsoftware bietet, entschied sich die Stadt Schweinfurt für ein Volloutsourcing.

Für Volloutsourcing

Während vor der Integration der Komplettlösung ein System mit vielen Lösungen zur Verfügung stand, konnte dank T-Com nachher eine Lösung mit System präsentiert werden. So wurden die elf Standorte mit einem redundanten Gigabit/Ethernet-Netz unter Einbindung von sechs Hochleistungsservern zur optimalen Steuerung des gesamten Datenverkehrs der Stadt Schweinfurt und zum zentralen Netzmanagement vernetzt. Auch stehen mittlerweile nur noch drei Rechnertypen nach selektierter Nutzergruppe mit siebentägigem 24-Stunden-Service und Hotline für jeden User zur Verfügung.

Alle Arbeitsplätze haben einen breitbandigen Internetanschluss mit einer gemanagten Firewall inklusive Spam- und Virenschutz. T-Com bietet überdies

Kosten runter, Effizienz rauf:

IT-Outsourcing im öffentlichen Sektor

Der Druck auf die öffentlichen Verwaltungen nach mehr Effizienz, schlanken Strukturen und Modernisierung der Dienstleistungen ist enorm. Um trotz knapper Kassen mit effizienten IT-Lösungen mehr Bürgernähe zu erreichen, setzt der öffentliche Sektor verstärkt auf Outsourcing. Marktforscher von Pierre Augustin Consultants (PAC) prognostizieren in einer Studie vom Juni 2003, dass bis zum Jahr 2005 bereits zehn Prozent aller Outsourcing-Aufträge in Deutschland im öffentlichen Sektor vergeben werden.

Eine Website macht noch kein E-Government. Denn ohne durchgängige elektronische Geschäfts- und Verwaltungsprozesse bleiben alle Einzelmaßnahmen Stückwerk. Doch durchgängige IT-Konzepte benötigen sehr viel Know-how, um zum Erfolg zu führen. Einmal erworbenes Wissen veraltet rasch, wenn es nicht regelmäßig auf dem neuesten Stand gehalten wird. In vielen Fällen ist es deshalb nicht wirtschaftlich oder aufgrund der Personalsituation nicht praktikabel, dieses IT-Know-how intern aufzubauen - hier kommen Outsourcing-Partner ins Spiel.

Den Kopf frei für's Kerngeschäft

Sicherheit, Flexibilität, Risikoverteilung und -management und nicht zuletzt Kostenoptimierung sind wichtige Gründe für die Entscheidung, einen externen Dienstleister einzubinden. „Zwar ist Outsourcing kein Allheilmittel, aber es hilft dem auslagernden Bereich, sich auf die Kernkompetenzen zu konzentrieren“, so Dr. Ursula Fellberg, Branchenleiterin Public Sector bei Siemens Business Services Deutschland. Ausgangspunkt ist eine strategische Entscheidung des Auftraggebers: Nämlich die Entscheidung, was zu den Kernkompetenzen zählt und was nicht. Der IT-Dienstleister übernimmt dann die Verantwortung für die nicht als Kernkompetenz definierten Prozesse.

Unterschiedliche Outsourcing-Modelle stehen zur Verfügung: Das „Selective Outsourcing“ fokussiert die Übertragung einzelner Servicefunktionen und Stützprozesse, wie etwa Helpdesk oder Desktop Management. Das „Full IT Outsourcing“ beinhaltet die vollständige Auslagerung einer wirtschaftlichen Einheit, beispielsweise eines Re-

chenzentrums. Beim „Transitional Outsourcing“ werden IT-Dienstleistungsfunktionen ausgelagert, wobei gleichzeitig ein Technologiewechsel durchgeführt wird, etwa von SAP R/2 auf R/3. „Business Process Outsourcing“ schließlich umfasst die Auslagerung kompletter Geschäftsprozesse, wie zum Beispiel HR-Sachbearbeitungsprozesse.

Für eine Auslagerung eignen sich beispielsweise die komplexen und eng mit der Informationstechnologie verbundenen Telekommunikationsdienste. Denn die Verantwortlichen der Behörden sehen sich mit hohen Anforderungen konfrontiert: Die Kommunikationsmittel müssen zum einen moderne Verwaltungsprozesse optimal unterstützen. Zum anderen sollen sie ungenutzte Services einsparen und dennoch alles Notwendige bereitstellen.

TK-Outsourcing für Schleswig Holstein

Eine Vorreiterrolle beim TK-Outsourcing im öffentlichen Sektor nimmt das Ministerium für Finanzen des Bundeslandes Schleswig-Holstein ein. Bereits 1999 entschied sich die Behörde, seine gesamte Kommunikationsinfrastruktur auszulagern und beauftragte T-Systems International GmbH. Dabei sollte ein eigenes Sprachnetz aufgebaut sowie ein Customer Service Center eingerichtet werden. Zudem war das Ziel, einen Vor-Ort-Service bei Störungen mit fest definierten Reaktionszeiten einzuführen. Siemens Business Services wurde als Subunternehmer mit der Durchführung beauftragt. Die Siemens-Tochter übernahm hierbei die vorhandene TK-Infrastruktur. Gleichzeitig modernisierten und vernetzten sie alle 330 Telefonanlagen. Das Netz-

Backbone wurde ebenfalls modernisiert und basiert nun auf einer modernen IP-Infrastruktur.

Rechnung ging auf

Die Rechnung für Schleswig-Holstein ging voll auf: Im Jahr 2002 konnten, in Verbindung mit weiteren Projekten, knapp fünf Prozent vom Budget eingespart werden. Neben geringerem Verwaltungsaufwand und niedrigeren Gesprächsgebühren profitiert das Land nun auch von dem deutlich gestiegenen Telefonkomfort und der einfacheren, zentralisierten Verwaltung und Abrechnung. „Die Landesregie-

ein Büro- und Betriebssystemsoftware-Lizenzmanagement sowie ein detailliertes Kostenmanagement pro Clientarbeitsplatz. Auch sind nur noch sechs statt 13 Betreuer der kommunalen Software durch Mitarbeiter der Stadt Schweinfurt notwendig.

Langfristiger Vertrag

Das gesamte IT- und TK-Netz wird durch T-Com gemanagt, betreut und überwacht. Es besteht ein langfristiger, fünf Jahre währender Betreuungsvertrag mit T-Com mit definierten Liefer- und Leistungsbeziehungen und vertraglich vereinbarter monatlicher Zahlungsrate. Da 90 Prozent der telefonischen Anfragen vom Call Center mit Agenten erledigt werden, sind die Fachabteilungen entlastet. Hinzu kommt, dass strukturelle Veränderungen der IT-Landschaft der Verwaltung binnen mehrerer Wochen möglich sind.

Im Einzelnen wurden in der Stadtverwaltung Schweinfurt insgesamt 500 neue PC-Arbeitsplätze mit 185 Netzwerkdruckern und 70 Einzeldruckern eingerichtet. Darüber hinaus wurden 40 aktive Netzwerkkomponenten ausgetauscht. Innerhalb des neuen Local Area Networks (LAN) und des ebenfalls neu konzipierten Weitverkehrsnetzes (WAN) sind alle 500 Arbeitsplatzrechner der städtischen Behörden miteinander vernetzt. Dabei wurden sieben Außenstellen an das Netzwerk angeschlossen, die vorher nicht eingebunden waren. Zusätzlich kommen

auf der Basis der neuen IT-Infrastruktur 40 neue EDV-Fachanwendungen zum Einsatz.

Dies ermöglichte beispielsweise die elektronische Bearbeitung von Passanträgen. Ein elektronisches Archivierungsverfahren gestattet den schnellen Zugriff auf Kraftfahrzeugakten und selbst der Angelschein kommt nun aus dem Behördennetz und kann im Bürgerbüro abgeholt werden.

Zentrale Anlaufstelle

Als zentrale Anlaufstelle dient das Bürgerbüro, das sich im Eingangsbereich des Rathauses befindet, nun zu bürgerfreundlichen Zeiten Auskünfte erteilt, Kontakte zu anderen Dienststellen herstellt und viele Verwaltungsaufgaben direkt vor Ort erledigt. Einen weiteren großen Schritt zur Verbesserung des Services für den Bürger stellt außerdem die Integration einer neuen Call-Center-Lösung dar, die das Entgegennehmen von mehr als 300 bis 400 Anrufen pro Tag an sechs Tagen in der Woche ermöglicht.

Konsequente Vernetzung machte es auch möglich, für alle Mitarbeiter der Verwaltungen im Intranet einen Katalog aller Verwaltungsvorgänge zur Verfügung zu stellen, aus dem ersichtlich ist, welche Mitarbeiter für die einzelnen Sachgebiete verantwortlich sind. Dies bedeutet mehr Übersicht und eine deutliche Arbeitserleichterung für die Verwaltungsmitarbeiter. Zugleich beschleunigt es die Abwicklung

von Anfragen bzw. Aufträgen und verbessert so die Bürgerfreundlichkeit. Im Falle einer Arbeitsplatzstörung haben alle Mitarbeiter der Stadtverwaltungen nun auch eine zentrale Anlaufstelle für Problemlösungen im technischen Bereich. Als gebührenfreie Servicehotline wird einfach eine jederzeit erreichbare 0800-Nummer gewählt.

Lob vom Stadtoberhaupt

E-Government wird bereits in vielen Kreisen und Städten zur Effizienzsteigerung der Verwaltungen eingesetzt. Als neue zukunftsfähige Basis erzielt es neben größerer Bürgernähe und einem damit verbundenen Imagegewinn auch deutliche Einsparungen im öffentlichen Sektor. Davon und von vielen weiteren Vorteilen hat auch die Stadt Schweinfurt profitiert, wie Oberbürgermeisterin Gudrun Grieser anerkennend betont: „Die Stadt Schweinfurt hat das 20. Jahrhundert hinter sich gelassen und konnte EDV-technisch mit innovativen Privatunternehmen gleichziehen.“

Und auch der nächste Schritt wurde auf diesem Niveau bereits ins Auge gefasst und vorausgeplant: Ein Bürgerportal im Internet wird in naher Zukunft den Online-Kontakt aller Bürger und der Wirtschaft zur Stadt möglich machen. Mit dieser Ebene im Rahmen eines umfassenden E-Government wird dann eine große Zahl von Fachanwendungen der Verwaltungen im Netz erreichbar sein. **DK**

Services eingegangen. Der IT-Dienstleister betreibt die nächsten zehn Jahre Hard- und Software sowie Netze und Server der Behörde.

Public Private Partnership

Das Geschäftsmodell vieler Outsourcing-Aufträge im öffentlichen Bereich beruht auf einer Public Private Partnership (PPP). So ist das südafrikanische Arbeitsamt eine solche Partnerschaft mit Siemens Business

Services eingegangen. Der IT-Dienstleister betreibt die nächsten zehn Jahre Hard- und Software sowie Netze und Server der Behörde.

Neben dem Service für Soft- und Hardware sämtlicher 4.000 Desktop-PCs, dem Betrieb der Local Area Networks (LAN) sowie des User Help Desks wird durch die Integration neuer Komponenten das technische Niveau der Infrastruktur optimiert. Das Ziel: Die behördlichen Prozesse und Technologien sollen verbessert werden und dadurch die laufenden Betriebskosten sinken. Teile des eingesparten Betrages werden dann wieder in Infrastruktur, Mitarbeiterschulung und den Aufbau

neuer Bürgerservices investiert.

Die Experten sind sich weltweit einig: An E-Government führt kein Weg vorbei. Outsourcing und Public Private Partnerships bringen die effizienzsteigernden Erfolgsrezepte der Privatwirtschaft zu den öffentlichen Verwaltungen. „Nun sind alle Beteiligten gefordert, aus E-Government auf breiter Front ein Erfolgsmodell zu machen und die Möglichkeit zu mehr Bürgerfreundlichkeit und zur nachhaltigen Senkung von Verwaltungskosten zu nutzen“, so Fellberg. Und nicht zuletzt bietet E-Government auch die Chance, den Standort Deutschland für die Wirtschaft attraktiver zu machen. **≪**

3. Bayernweiter Wettbewerb Kommunale Agenda 21:

Auszeichnung der Sieger „Nachbarschaft gewinnt“

Unter dem Motto „Nachbarschaft gewinnt - Miteinander die Zukunft gestalten!“ hat der Freistaat die gelungensten aktuellen Nachhaltigkeitsaktivitäten in bayerischen Kommunen ausgezeichnet. Der Wettbewerb wurde von der KommA21 Bayern am Bayerischen Landesamt für Umweltschutz ausgeschrieben und vom Aktionsbündnis Tag der Regionen durchgeführt.

Eine unabhängige Jury wählte aus 147 Einsendungen 17 Preisträger aus ganz Bayern in sechs Kategorien aus. Themen waren Klimaschutz, Natur & Umwelt, Soziales, Wirtschaft & Arbeit, Bildung sowie Eine Welt. Die ausgezeichneten Projekte (siehe Kasten) erhielten Preisgelder zwischen 500 und 5.000 Euro, insgesamt 51.000 Euro.

Über 200 Teilnehmer

An der Preisverleihung, die Umweltstaatssekretärin Emilia Müller in Burghausen vornahm, nahmen mehr als 200 Personen teil, darunter zahlreiche bayerische Bürgermeister, Kommunalpolitiker und Agenda 21-Aktive.

Regionale Identität

Laut Emilia Müller stärken kommunale Agenda-Prozesse den gemeindlichen Zusammenhalt und schaffen regionale Identität. Zwölf Jahre nach der Konferenz von Rio hätten landesweit bereits rund 800 Gemeinden, Städte und Landkreise Projekte im Sinne der Rio-Agenda in Angriff genommen. Bayern liege damit weit über dem Bundesdurchschnitt.

Viele Beispiele

Beispiele für partnerschaftliches Miteinander gibt es, so die Staatssekretärin, in Bayern zuhauf. Die große Zahl eingereichter Agenda-Projekte be-

weise das hohe Engagement der Bürger in ihren Gemeinden in Sachen Umweltschutz und regionaler Entwicklung. Doch könne sich nicht nur die Zahl der Beiträge sehen lassen, auch die inhaltliche Bandbreite der Projekte zeige die Kreativität

„Chancen gemeinsam wahrnehmen“

Herrmann und Schmid beim CSU-Regionaltag südwestliches Mittelfranken und Nordschwaben

„Vernünftige Verkehrswege sind von größter Bedeutung für die weitere Entwicklung unseres Landes“, so CSU-Bezirksvorsitzender Joachim Herrmann beim „Regionaltag Mittelfranken / Schwaben“. Und weil Geld nicht unbegrenzt vorhanden sei, müssten die Bedürfnisse abgewogen und Prioritäten gesetzt werden.

Zu diesen zähle zweifellos das Ziel, Konzepte zur Verbindung der Bundesautobahnen 9 und 7 zu entwickeln und mit kurz- und mittelfristigen Schritten die Bundesstraßen 2, 466 und 131 zumindest abschnittsweise mehrstreifig auszubauen, bedarfsgerechte Ortsumgehungen und weitgehend kreuzungsfreie Knotenpunkte zu schaffen.

Die Mandatsträger aller politischen Ebenen aus den Kreisverbänden Donau-Ries, Ansbach/Land und Weißenburg/Gunzenhausen waren sich darin beim 2. schwäbisch/mittelfränkischen Regionaltreffen einig, dass zusammenhängende Regionen ihre Zukunftschancen erkennen und wahrnehmen müssten, wenn eine „Abstimmung mit den Füßen“ verhindert werden solle.

Ungebrochener Zuzug

In diesem Gefüge ging Joachim Herrmann auf den ungebrochenen Zuzug nach Bayern aus anderen Bundesländern ein: „Bayern ist in den letzten zehn Jahren um eine Millionen Menschen angewachsen, und die Zuzüge stammen nicht nur aus den neuen, sondern zu einem erheblichen Teil auch aus den ‚alten‘ Ländern“. Der Vorsitzende der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag stimmte mit Innenstaatssekretär Georg Schmid, als Kreisvorsitzender von Donau-Ries Hauptinitiator dieser jährlichen Zusammenkünfte, darin überein, dass dabei das politische Klima im Freistaat eine entscheidende Rolle spiele: „In Bayern finden Betriebsgründer und Unternehmer vielfältige Unterstützung von der Bayerischen Staatsregierung bis hin zu den Kommunen“.

Politik aus einem Guss

Diese „Politik aus einem Guss“ führe auch zu positiven Zukunftsprognosen: „Der Zuwachs wird anhalten, allerdings innerhalb Bayerns differenziert verlaufen“, so Joachim Herrmann. Und um die Konzentration auf die Ballungsräume abzumildern müssten gerade die ländlichen Regionen ihre gemeinsamen Interessen formulieren und in die politisch richtigen Bahnen lenken. Zweifellos würden mit dem Bevölkerungszuwachs auch die Verkehrsströme zunehmen.

Deswegen sei ein Ziel dieser Tagungen, auch diesbezügliche Wünsche aus den unterschiedlichen politischen Ebenen und Regionen grenzüberschreitend zu vernetzen und zu bündeln. Die nächste Zusammenkunft im Raum Dinkelsbühl / Feuchtwangen soll deshalb die CDU-Freun-

der Agenda-aktiven Bürgerinnen und Bürger.

Ideenvielfalt

Beispiele für diese Ideenvielfalt reichten von der Energieeinsparung, Nutzung regenerativer Energien als Bürgersolaranlagen und Projekten zur Abwasserentsorgung, über Regionalvermarktung bis hin zur Regionalwährung. Emilia Müller: „Bei allen Beiträgen wurde das große Engagement der Kommunen für eine zukunftsfähige Entwicklung in Bayern spürbar.“ DK

de aus Baden-Württemberg mit einbeziehen.

Innovativer Hersteller

Der Regionaltag begann in Treuchtlingen, wo Bürgermeister Wolfgang Herrmann die Stadt und das frisch renovierte „Alte Forsthaus“ als neues Kulturzentrum vorstellte. Anschließend ging es zur Firma Sanipa im Ortsteil Wettelsheim, einem innovativen Hersteller von Bademöbeln. Dieter Kerth, Chef des Unternehmens mit mehr als 300 Mitarbeitern und CSU-Ortsvorsitzender, zeigte stolz seinen modernen Betrieb, verhehlte aber nicht, dass es die immer schlechter werdenden Rahmenbedingungen aus Berlin einem Mittelständler zunehmend schwerer machen würden, Zukunftskonzepte in Deutschland zu entwickeln.

Elektronische Präsentation

Nach dem Besuch eines erfolgreichen Dorfladens in Wolfersstadt ging es dort zum Gedankenaustausch zum „Oberen Wirt“, wo die Repräsentanten der Straßenbauämter Ansbach (Baudirektor Franz Custodis) und Augsburg (Bernhard Wagner) anhand einer elektronischen Präsentation den Stand der Planungen detailliert erläuterten. Auch für Gerhard Fuchs, den Geschäftsführer der IHK Ansbach, und Friedrich Metterlein, Abteilungsdirektor der Direktion für ländliche Entwicklung (ehemals Flurbereinigung) war die Diskussion aufschlussreich und für die künftige Arbeit von erheblicher Bedeutung.

Exkursion

Welchem Rang diesem 2. CSU-Regionaltag beigemessen wurde, zeigten die Teilnehmer der Exkursion: Dazu gehörten die Landräte Rudolf Schwemmhuber und Stefan Rößle, eine stattliche Zahl Oberbürgermeister, Bürgermeister und Bezirksräte, wie auch Europaabgeordneter Dr. Ingo Friedrich, Bundestagsabgeordneter Hans Raidel und die Landtagsabgeordneten Gerhard Wagemann, Helmut Guckert und Günther Babel. Mit dabei war auch Artur Auernhammer aus Mittelfranken, der demnächst als Folge der Europawahl in den Deutschen Bundestag nachrücken wird.

Darin waren sich alle einig: Der Schulterchluss der beteiligten Regionen wird helfen, Verwaltungsgrenzen zu überwinden und zu einer für alle vorteilhaften Zusammenarbeit zu finden. Dabei sei die Verbesserung der überregionalen Verkehrsanbin-

Die Liste der Preisträger

Kategorie 1:

Klimaschutz - Nachbarschaft, die global nutzt

- Gemeinde Ascha, Lkr. Straubing-Bogen (Nby.): Autarke Energieversorgung in der Gemeinde Ascha
- Ziel 21-Zentrum für innovative Energien, Lkr. Fürstfeldbruck (Oby.): Schulprojektwoche Sonne - Sonnenenergie

Kategorie 2:

Natur und Umwelt - Nachbarschaft, die ökologisch bewegt

- Stadt Nürnberg & Bund Naturschutz Nürnberg (Mfr.): Die Stadt und ihre Bäche
- Roland-Eller-Umweltzentrum im Schullandheim Hobbach Lkr. Miltenberg (Ufr.): Apfelwichtel

Kategorie 3:

Soziales - Nachbarschaft, die einfach hilft

- Städte Geretsried & Wolfratshausen, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen (Oby.): Arbeitskreis „Arbeit für Jugend“
- Institut für soziale und kulturelle Arbeit, ISKA GmbH, Nürnberg (Mfr.): Familienpatenschaften Zentrum aktiver Bürger

Kategorie 4: Wirtschaft und Arbeit - Nachbarschaft, die Auskommen schafft

- Abwasser- und Umweltverband Chiemsee, Lkr. Traunstein (Oby.): Chiemgauer Regionalwährung
- Tagwerk Förderverein, Lkr. Erding (Oby.): Nah und Bio - Kundennahe Vermarktung

Kategorie 5:

Bildung - Nachbarschaft, die Wissen fördert

- Lkr. Bayreuth (Ofr.): Wünsche für die Erde - Wirken in der Region
- Kempodium, Allgäuer Zentrum für Eigenversorgung Kempten (Schw.): Backen und Sägen - spielerisches Lernen und Tun

Kategorie 6:

Eine Welt - Nachbarschaft, die Fairness zeigt

- Stadt Wertingen (Schw.): Menschen - Kulturen - Religionen
- Nord-Süd-Forum München (Oby.): München unterstützt das Volk der Ashaninka im peruanischen Regenwald.

Anerkennungspreise erhielten die Stadt Seßlach (Ofr.) für die Absorberanlage Freibad Autenhausen, die Gemeinde Dießen am Ammersee (Oby.) für die Optimierung der Wertstoffentsorgung, die Stadt Dietfurt an der Altmühl (Opf.) für Laberschwalle in Dietfurt und Breitenbrunn, der Pfarrgemeinderat St. Jakobus (Opf.) für „BANABO Hahnbach“ sowie die Agenda 21 München-Hadern für „Hadern - der blühende Obstgarten Münchens“.

DK

Landesausstellung 2004:

Geschichte der Menschen am Inn

Die bayerisch-österreichische Landesausstellung 2004 „Geschichte der Menschen am Inn“ verdeutlicht in beeindruckender Weise die vielen Gemeinsamkeiten des Kulturraums beiderseits des Inns. Mit dem historischen Freilichtspiel „Lieber bairisch sterben ... Aidenbach 1706“ erinnern rund 150 Laiendarsteller an ein prägendes Kapitel gemeinsamer Geschichte.

Das bayerische Unterland und das Innviertel waren zu Anfang des 18. Jahrhunderts als Folge des Spanischen Erbfolgekrieges unter die Besatzung der kaiserlich österreichischen Truppen geraten. Im Volks- und Bauernaufstand und schließlich in der Schlacht bei Aidenbach im Januar 1706 wurden die Freiheitsbestrebungen der Menschen am Inn blutig erstickt. Die herausragende historische Bedeutung wird unterstrichen durch die Aufnahme des Aidenbacher Historienspiels in den Reigen der offiziellen Begleitveranstaltungen zur gemeinsamen Landesausstellung.

In den Aufführungen am 10., 17., 24. und 31. Juli wollen die Aidenbacher nicht nur Geschichte erlebbar machen, sondern auch einen Beitrag zur Geschichtsbe-wältigung und zum friedvollen Miteinander leisten. Damit dies nicht nur beim Bekennen der Gemeinsamkeit bleibt, haben sich die beiden - historisch eng verwandten - Gemeinden Aidenbach und Kopfing/Oberösterreich eine entscheidende Voraussetzung für die wirtschaftliche und touristische Entwicklung, wie auch die Lebensqualität insgesamt. Immer wieder wurde aber auch deutlich: Wenn SPD und Grüne im Bund nicht „Milliarden für ‚Toll-Collect‘ ver-saubeutelt hätten“, gäbe es mehr Geld für dringend notwendigen Straßenbau.

pmw

reich vereinbart, die Geschneisse vor rund 300 Jahren im Freilichtspiel „Lieber bairisch sterben...Aidenbach 1706“ lebendig werden zu lassen.

Bürgermeister Otto Strassl aus Kopfing und Aidenbachs 2. Bürgermeister Karl Pöppel stellten in einem Arbeitsgespräch die Weichen für dieses grenzüberschreitende Projekt. Die Kopfinger, die mit einer kleinen Abordnung als Akteure im Freilichtspiel mitwirken wollen, sind bereits mit Rollenbüchern und Videoaufzeichnungen früherer Auf-führungen versorgt und können sich so auf die Intensivprobenphase unter Regisseur Martin Winklbauser vorbereiten.

Erster Probendurchlauf

Kürzlich nahm der Kopfinger Akteurekreis, zu dem auch Bürgermeister Otto Strassl selbst zählt, am ersten Probendurchlauf teil. Besonderen Wert legen die Österreicher aus der Sauwaldregion darauf, ihren Part nicht als kaiserliche, sondern als Innviertler Bauern, also auf Seiten der bayerischen Aufständischen zu spielen. Dies entspricht auch der historischen Situation der damaligen Zeit, in der das Innviertel bayrisch war. Wirklich europäischen Charakter bekommt die Auftaktveranstaltung am 10. Juli mit der Mitwirkung von Laienschauspielern und Musikern aus der tschechischen Partnergemeinde Volyne.

◊



Unternehmer Dieter Kerth, CSU-Stadtrat in Treuchtlingen und 2. Bürgermeister (links), äußerte sich gegenüber dem Landtags-Fraktionsvorsitzenden Joachim Herrmann und Innen-Staatssekretär Georg Schmid skeptisch über die Qualität der Auszubildenden in den Handwerksberufen. Foto: Falk

Kulturlandschaft Spessart:

Für Gästebetreuung optimal gewappnet

Miltenberg/Hanau. Nach viermonatiger Ausbildung und erfolgreich abgeschlossener Prüfung haben 15 Frauen und Männer aus dem hessischen und bayerischen Spessart in Miltenberg ihr Zertifikat erhalten. Roland Schwing, Landrat des Kreises Miltenberg, überreichte den Absolventen ihre Ernennungsurkunde - sie können sich jetzt „Kultur- und Landschaftsführer“ für den Naturraum Spessart nennen.

Unter Federführung der „LernendenRegion main-kinzig+spessart“ (Hanau) und des Archäologischen Spessartprojekts (Aschaffenburg) wurden die Absolventen in 150 Unterrichtsstunden qualifiziert. Namhafte Dozenten schulten sie im Umgang mit Gruppen, unterrichteten über Vertragsgestaltung und geographische, geologische und kulturgeschichtliche Besonderheiten des Spessarts. Einen breiten Raum nahmen auch Flora und Fauna sowie Museen und vielfältige sonstige Sehenswürdigkeiten im Spessart ein. Hier waren Mitarbeiter des Forschungsinstituts Senckenberg, Prof. Dr. Dieter Mollenhauer und Dr. Horst Sauer, Vorstandsmitglieder der Cassebeer-Gesellschaft, als Dozenten tätig und führten die Teilnehmer in die Kulturlandschaft Spessart.

Bundesweit 72 Regionen

Bundesweit gibt es 72 Lernende Regionen, gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung. Das Archäologische Spessartprojekt (ASP) ging aus dem ersten Spessartkongress 1995 hervor. Vom ASP-Vorsitzenden Dr. Gerhard Ermischer, Leiter der Museen der Stadt Aschaffenburg, wurde das Kon-

zept zur Ausbildung der Kultur- und Landschaftsführer entwickelt.

Qualifizierung

„Mit der Qualifizierung von Kultur- und Landschaftsführern für den gesamten Spessart wird die hessisch-bayerische Zusammenarbeit im Tourismusbereich weiter vorangebracht“, sagte der Landrat des Kreises Miltenberg, Roland Schwing. Er und seine Kollegen aus dem Main-Kinzig-Kreis, dem Kreis und der Stadt Aschaffenburg sowie des Main-Spessart-Kreises sind Schirmherren der Lernenden Region. Besonders humorvoll wurde Pauli, treuer Begleiter seines Herrchens Stefan Albert geehrt. Er wurde von Elke Hohmann, Projektleiterin bei der Lernenden Region, zum „KuLaFü“ ehrenhalber ernannt und erhielt eine Urkunde.

Wer Interesse hat, den Spessart etwas anders zu erleben, erhält Informationen bei: LernendeRegion main-kinzig+spessart, Martin-Luther-King-Straße 1, 63452 Hanau, Tel. 06181/9975228, Fax 06181/9975111, E-Mail projektteam@bpmks.de. Im Internet sind die Veranstaltungen der Kultur- und Landschaftsführer unter der Adresse www.bpmks.de zu finden.

100 Jahre Tourismusverband Franken:

Von der Sommerfrische zum Reiseerlebnis

Festakt in Nürnberg mit Verbandsvorsitzendem Dr. Werner Schnappauf

„Franken ist wie ein Zauberschrank; immer neue Schubfächer tun sich auf und zeigen bunte, glänzende Kleinodien, und das hat kein Ende.“ Dieser Ausspruch des Dichters Karl Leberecht Immermann aus dem Jahr 1837 ist für den Tourismusverband Franken bis heute Verpflichtung, die Schönheit und Vielfalt Frankens den Gästen zugänglich zu machen - und dabei nie die fränkische Identität aus den Augen zu verlieren. Jetzt feierte der Verband im Rahmen eines Festaktes im historischen Rathausaal zu Nürnberg seinen 100. Geburtstag.

Das vor einem Jahrhundert in bestem Amtsdeutsch verfasste Vereinsziel „Anregung, Förderung und Durchführung aller der Hebung des Fremdenverkehrs dienlichen Unternehmungen und Einrichtungen“ gilt bis heute uneingeschränkt. In Franken haben es die Touristiker dabei schon immer verstanden, die sich bietenden Chancen des Tourismus erfolgreich wahrzunehmen. Für die Vermarktung der Urlaubsregion nutzte und nutzt man die hervorragenden Voraussetzungen: Landschaftliche Vielfalt und herrliche Naturräume, prächtige Bauwerke und wertvolle Kunstschätze, günstige Lage und beste Verkehrsverbindungen.

Gemeinsames Vorgehen

Bereits die Gründerväter hatten im Jahr 1904 erkannt, dass für den Erfolg ihrer touristischen Werbung ein gemeinsames Vorgehen notwendig ist. „Sie hatten Franken immer im Blick“, erklärte Umweltminister Dr. Werner Schnappauf, Erster Vorsitzender des Tourismusverbandes Franken, bei einem Festakt in Nürnberg. Dies sei bis heute „stets die Richtschnur für unser Denken und Handeln geblieben“.

Die vor 100 Jahren eingeleitete Erfolgsgeschichte des fränkischen Tourismus lässt sich an Zahlen festhalten. Knapp 25 Millionen Übernachtungen sind inzwischen jährlich zu zählen, rund 170.000 Betten warten in gewerblichen und privaten Betrieben auf Gäste, über 110 Campingplätze und 40 Jugendherber-

gerunden das Angebot ab. Der Tourismus in Franken ist so längst zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor geworden: Jährlich sorgen Tagesausflügler und Übernachtungsgäste für rund fünf Milliarden Euro Umsatz, wie eine Untersuchung des Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts für Fremdenverkehr der Universität München aus dem Jahr 2001 belegt. „Umgerechnet schafft der Tourismus in Franken rund 55.000 Vollarbeitsplätze, tatsächlich finden aber noch deutlich mehr Menschen in diesem Bereich Arbeit“, betonte Schnappauf - „ein gerade für die strukturschwachen Gebiete Frankens erfreulicher und wichtiger Aspekt“.

Ganz vorn in der Hitliste

Dass Franken als Urlaubsregion ankommt, zeigt eine EMNID-Studie aus dem Jahr 2003. Eines der wichtigsten Ergebnisse: Die meisten Deutschen haben sehr positive Assoziationen zu Franken. Das Thema „Wein“ liegt in der Hitliste ganz vorne, gefolgt von „schönes Land“. Laut der repräsentativen Imageanalyse kann sich die Urlaubsregion Franken über einen hohen Bekanntheitsgrad freuen. Jeder fünfte Deutsche hat in den vergangenen drei Jahren einen Urlaub in Franken verbracht. Zwei Drittel der Befragten können sich vorstellen, in den nächsten drei Jahren fränkische Reiseziele zu besuchen.

Mit marktgerechten Neupositionierungen der Urlaubsdestination Franken wurde Schnappauf zufolge auf die durchaus schwierige Marktsituation reagiert. So wurde die Marketing-Strategie in den vergangenen Jahren neu ausgerichtet. Ergänzend zum bisherigen klassischen Destinationsmarketing treten verstärkt Produktlinien in den Vordergrund - wie beispielsweise Franken kulinarisch erleben, Franken aktiv mit den Schwerpunkten Radeln und Wandern, dem Gesundheitspark Franken und dem Familienland Franken. „So gelang uns der Wandel von der Sommerfrische zum modernen Reiseerlebnis Franken“, zeigte sich der Verbandsvorsitzende zufrieden.

Kulturhistorische Streifzüge

Darüber hinaus gelingt es dem Tourismusverband immer wieder, die Gäste zu kulturhistorischen Streifzügen durch Franken anzuregen - vor allem mit den Jahres- und Sonderthemen innerhalb der Produktlinie Kultur in Franken. 1987 feierte man erfolgreich Premiere mit dem Gedenkjahr „Balthasar Neumann in Franken“, seither sind Künstler wie Tilman Riemenschneider oder Adelsgeschlechter wie die Hohenzollern in den Mittelpunkt gestellt worden. Dazu erweisen sich die großen Landesausstellungen wie „Heinrich II.“ (Bamberg, 2002) und „Edel und frei“ (Forchheim, 2004) als wahre Publikumsmagneten.

Derzeit vereinigt der Tourismusverband Franken mit Sitz in Nürnberg rund 630 Mitglieder

aus 15 fränkischen Reiselandchaften unter seinem Dach. Er berät und betreut seine Verbandsmitglieder, schafft Schnittstellen und Behörden und Organisationen, knüpft Kontakte zur Reiseindustrie und verantwortet das Marketing des fränkischen Tourismus. „Und wir gehen sinnvolle Partnerschaften ein, um wettbewerbsfähig zu bleiben“, versicherte Werner Schnappauf. So gibt es zum Beispiel sehr erfolgreiche projektbezogene Kooperationen mit der Gebietseinwerbung Frankenwein-Frankenland GmbH, der Bayerischen Eisenbahngesellschaft, dem Verkehrsverbund Großraum Nürnberg, der Kulmbacher Brauerei und dem Bayerischen Rundfunk.

Neue Marketing GmbH

Auf anderen Aufgabenfeldern stellt der Tourismusverband ebenfalls die Weichen für eine solide und gesicherte Zukunft: Seit 1999 sorgt die Fränkische Tourismus Akademie (FTA) mit zahlreichen Angeboten und Seminaren für die Qualifizierung der Touristiker. Im Jahr 2004 erfolgte auch der Startschuss für die neue Franken Tourismus Marketing GmbH (FTM), die als effektives Kompetenz-Center für das fränkische Tourismus-Marketing agieren wird. Schließlich stellen sich dem Verband im Ju-

liäumsjahr 2004 neue Aufgaben; so bietet die EU-Osterweiterung sowohl neue Gästepotenziale als auch die Notwendigkeit, sich in dem gewachsenen europäischen Urlaubsmarkt zu behaupten.

Leitlinien

Damit die Ferienregion Franken zukunftsfähig bleibt, muss sie, so der Hamburger Zukunftsforscher Prof. Dr. Horst W. Opaschowski, folgende zehn Leitlinien beachten und verwirklichen:

1. Franken muss seinen Kontrastcharakter behalten. Gäbe es den Christkindmarkt in Nürnberg nicht, müsste er erfunden werden.
2. Der Urlauber will nur das Original-Gefühl - so viel Ursprünglichkeit wie möglich, so viel Kulisse wie nötig.
3. Auch beim Inlandsurlaub will man etwas erleben, ja sich selbst erleben.
4. Virtuelles Reisen per Mausclick im PC wird auch in naher Zukunft das wirkliche Reisen nicht ersetzen können.
5. Die Frankenregion muss sich ein unverwechselbares Profil schaffen, das sie von anderen unterscheidet.
6. Die Familie mit Kindern als Zielgruppe muss wieder entdeckt werden.
7. Die Vielfalt des Angebots darf keinesfalls versteckt werden.
8. „Urlaub vom Alltag“ und „Ferien zum Ich“ sollten gleichzeitig angeboten werden.
9. Über eine Neuorientierung des Gesundheitstourismus muss ernsthafter nachgedacht werden. Es gilt, das Kirchturmdenken aufzugeben. Im Zeitalter der Globalisierung kann man nur durch Kooperation überleben. **DK**

Anton Müller wird 65:

Seit 22 Jahren an der Spitze von Mickhausen

(wkl). Seit 22 Jahren steht Anton Müller als Bürgermeister an der Spitze der Staudengemeinde Mickhausen. Am 15. Juli feiert er seinen 65. Geburtstag.

Gerade 42 Jahre alt war Müller, als er 1982 zum Nachfolger von Alfred Böhm mit einem Votum von 98 Prozent gewählt wurde. Auch bei den folgenden Umwahlen musste er sich nie einem Herausforderer stellen.

Die großen „Brocken“ der dörflichen Infrastruktur in den drei Gemeindeteilen Mickhausen, Münster und Grimoldsried sind in diesen zurückliegenden gut zwei Jahrzehnten nach und nach abgearbeitet worden: die Ortskanalisation, der Bau der Ortsdurchfahrten und die Ausweisung von Bauland. Mit Ausnahme von Mickhausen neigen sich auch die Flurbereinigerungsverfahren in den beiden anderen Ortsteilen ihrem Ende zu. Sorge bereitet indes das fertig erschlossene Gewerbegebiet, das seit Jahren brach liegt und die Finanzmittel der Gemeinde bindet. Diese Gelder würden dringend für ein anderes großes Projekt benötigt: der Ökonomietrakt des ehemaligen Fuggerschlosses mitten im Dorf soll zu einem Veranstaltungstadel mit Schützenheim und zu kommunalen Räumlichkeiten um- und ausgebaut werden.

Seit dem Frühjahr 2004 bekleidet Müller auch das Amt des Vorsitzenden der Verwaltungs-

gemeinschaft (VG) Stauden. Die Vertreter der fünf Mitgliedsgemeinden wählten ihn zum Nachfolger des verstorbenen Johannes Schreiegg.

Im Hauptberuf ist Anton Müller Landwirt - und das mit Leib



Anton Müller. Foto: wkl

und Seele. Zusammen mit Ehefrau Franziska und dem ältesten Sohn Arthur bewirtschaftet er in Rielhofen, dem kleinsten Gemeindeteil, einen der größten Milchviehbetriebe in den Stauden. Anton Müller ist ein Familienmensch. Als Vater von fünf erwachsenen Kindern ist ihm der Zusammenhalt und ein stimmiges Miteinander der Generationen ein Herzensanliegen. **DK**

Bayerwaldtag 2004 in Konzell:

Kulturpreis an Ehepaar Eichenseer

Im Mittelpunkt des zweitägigen Bayerwaldtages des Bayerischen Wald-Vereins in Konzell, Landkreis Straubing-Bogen, stand die Verleihung des Kulturpreises 2004. Im Rahmen eines Festaktes wurden Dr. Adolf und Erika Eichenseer, Regensburg, ausgezeichnet. Somit wurde der seit 1970 verliehene Preis erstmals an ein Ehepaar vergeben.

Der Bayerische Wald-Verein wurde 1883 gegründet und ist ein Verein für Kultur-, Heimat- und Volkstumspflege, Naturschutz, Landschaftspflege und Wandern im Bayerischen Wald. Seine Aufgaben sind die Erhaltung und Pflege der Wanderwege und deren Markierung, die Zusammenarbeit mit den Forstbehörden und den Gemeinden, die Erhaltung und Pflege der vereinseigenen Schutzhäuser, Aussichtstürme und anderer Einrichtungen. Die Tätigkeiten des Vereins werden getragen vom Hauptverein mit seinen Ausschüssen und von 61 Sektionen, die eigenständig ihr Programm gestalten. Knapp 23.000 Mitglieder gehören gegenwärtig dem Bayerischen Wald-Verein an und die Zahl steigt stetig.

Verdienste um die Heimat

Mit dem Kulturpreis werden jährlich Persönlichkeiten aus Ostbayern geehrt, die sich auf vielen Gebieten um die Heimat, also nicht nur um den Bayerischen Wald-Verein, in besonderer Weise verdient gemacht haben. Mit den Talenten, mit denen sich die Preisträger einbringen, leisten sie unschätzbare Dienste für die Gesellschaft.

Dr. Adolf Eichenseer, ehemaliger Bezirksheimatpfleger der Oberpfalz, und seine Frau Erika erwarben sich über ihre hauptamtliche Tätigkeit hinaus in der Bezirksheimatpflege Verdienste in vielfältiger Weise. Neben der Förderung des bodenständigen Gesangs und der Musikgruppen, besonders der Blasmusik, der Trachtenbewegung, der Pflege des musealen Bereichs

sowie der Förderung und Beratung von über 400 Laienspielgruppen hat sich das Ehepaar Eichenseer auch im publizistischen Bereich einen Namen gemacht.

Den Preis überreichten heuer der für drei weitere Jahre gewählte Präsident des Bayerischen Wald-Vereins, Regens Landrat Heinz Wölfl, und der 1. Geschäftsführende Vorsitzende Sepp Oswald (Regen).

Liegt der Bayerische Wald am Ende der Welt?

Den Festvortrag wiederum hielt der Schriftsteller und Heimatkundler Josef Fendl aus Neutraubling zum Thema „Lag oder liegt der Bayerische Wald am Ende der Welt?“ Fendl, selbst Kulturpreisträger 2002, verdeutlichte, wie sehr die Region in die mitteleuropäische Geschichte eingebunden war und es nun in einem vereinten Europa mit neuen Aspekten und Herausforderungen wieder ist. Zu allen Zeiten brachten sich Persönlichkeiten aus dem Bayerischen Wald in die mitteleuropäische Geschichte, in die Kunst- und Kulturszene, ein.

Bereits Tags zuvor hatten sich die Delegierten des Bayerwaldtags, der mit dem 20-jährigen Bestehen der Sektion Konzell verbunden war, zur Jahreshauptversammlung eingefunden. Dabei warf Präsident Wölfl u. a. die Frage auf, ob der Tourismus als wichtiges wirtschaftliches Standbein im Bayerischen Wald im Rahmen der Reform der Bayerischen Staatsforstverwaltung ausreichend Berücksichtigung finden wird. **DK**



Von links: Regionalmanager Dr. Stephen Hahn, Heidi Taubender (Standortmarketing Landkreis Passau), Shige Chen, Bürgermeister Josef Schifferer (Neuhaus a.Inn), Hao Wen und Landrat Hanns Dorfner. Foto: Bosch

Chinesische Unternehmer werden „Botschafter Niederbayerns“

Passaus Landrat Hanns Dorfner überreichte dieser Tage den beiden chinesischen Unternehmern Shige Chen und Hao Wen Urkunden, die diese zu „Botschafter Niederbayerns“ ernennen.

Mit diesem Ehrentitel wurden bisher schon etwa 70 weltweit agierende Unternehmerpersönlichkeiten ausgezeichnet. Ziel ist dabei, dass diese mit ihren Möglichkeiten für den Standort Niederbayern werben. So sieht es ein Marketingstrategie-Konzept als Teil des Regionalmarketing Niederbayern vor.

Gesicherte Arbeitsplätze

Landrat Hanns Dorfner wies bei dem kleinen Festakt im Landratsamt Passau darauf hin, dass deutsche Unternehmen im Rahmen von Joint Ventures auch in China investieren und dies seit Jahren Normalität ist. Nicht so sei es aber umgekehrt, nämlich dass chinesische Unternehmen sich in Deutschland oder gar in Niederbayern ansiedeln. Dies jedoch sei vor etwa neun Monaten in der Wirtschaftsregion Passau geschehen. Da habe Shige Chen, Chef von

weltweit 3.000 Mitarbeitern des Unternehmens „ZQ Tools“ im Landkreis Passau eine insolvente Maschinenfabrik übernommen und dadurch zahlreiche Arbeitsplätze sichern können.

Wachsende Auftragslage

Der geehrte Firmenpräsident Shige Chen und sein Geschäftsführer Hao Wen versicherten denn auch, dass sich durch die wachsende Auftragslage mittelfristig mit einer Erhöhung der Arbeitsplätze ergeben wird. Zudem begründeten sie ihren Entschluss, in der Wirtschaftsregion Passau einzusteigen mit der Erweiterung der Europäischen Union, wodurch sie sich Eröffnungspotenziale der osteuropäischen Märkte erwarten. Insofern, so Shige Chen, liege Passau in der neuen Mitte Europas und biete hervorragende wirtschaftliche Standortvoraussetzungen. **DK**

Wirtschaftsfaktoren Kulturlandschaft und Grünland:

Symbiose in Gefahr

Ländliche Entwicklung beim 1. Schwäbischen Kulturlandschaftstag im Fokus

Neue Sichtweisen und Erkenntnisse über die Wirtschaftsfaktoren Kulturlandschaft und Grünland bot der „1. Schwäbische Kulturlandschaftstag“, zu dem die Direktion für Ländliche Entwicklung Krumbach sowie die Regierung von Schwaben nach Winterrieden eingeladen hatten. Mit Experten aus Theorie und Praxis wurden künftige Entwicklungen und Lösungsmöglichkeiten diskutiert.

Rund 55 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche werden nach Aussage von Regierungspräsident Ludwig Schmid derzeit in Schwaben als Grünland genutzt. Kaum ein Landschaftsbild werde so von der Landwirtschaft und eben vom Grünland geprägt wie das Allgäu. Das Grünland sei nicht nur ein wertvoller Produktionsfaktor für die Landwirtschaft, sondern auch ein Tourismusmagnet. Allerdings zwingt der betriebswirtschaftliche Druck die Bauern zunehmend, sich auf die Produktion zu konzentrieren. Das Allgäuer Winterrieden sei bewusst als Veranstaltungsort gewählt worden, weil sich im benachbarten Niedermoor beispielhaft die Probleme und Konflikte bei der Grünlandnutzung aufzeigen lassen.

Instrumente der Existenzsicherung

Landrat Dr. Hermann Häisch machte darauf aufmerksam, dass derzeit im Landkreis von 3.100 landwirtschaftlichen Betrieben noch 185.000 Rinder gehalten werden. Mit 470.000 Tonnen Milch werden im Unterallgäu sieben bis acht Prozent der Milch Bayerns erzeugt. Jährlich hören rund 100 landwirtschaftliche Betriebe mit der Milchpro-

duktion auf. Trotzdem sei „Landwirtschaft für das Unterallgäu lebensnotwendig“. Häisch lobte Flurneuordnungen und Dorferneuerungen als „Instrumente der Existenzsicherung“ und plädierte als Vorsitzender des Landschaftspflegeverbandes Unterallgäu für die Beibehaltung der 70-prozentigen Kostenübernahme durch den Freistaat.

Gefahren für das Grünland

Laut Ministerialrat Dr. Theo Weber, der in Vertretung von Landwirtschaftsminister Josef Müller sprach, ist der wirtschaftliche Wert von Grünland für einen landwirtschaftlichen Betrieb untrennbar verknüpft mit dem wirtschaftlichen Wert der Tierhaltung, die für die Verwertung des Grünlands notwendig ist. Natürlich könne Grünland auch als Rohstofflieferant beispielsweise für Biogasproduktion oder unmittelbar für Freizeitwecke, Verwendung finden. Solche Sondernutzungen seien und blieben aber eher die Ausnahme. Dies bedeute, dass ohne Tierhaltung eine sinnvolle und nachhaltige Grünlandnutzung flächendeckend nicht möglich ist. Gerade hier aber droht die größten Gefahren für das Grünland.

Minister Müller kämpfe, dass das Leistungsprinzip in der land-

wirtschaftlichen Produktion nicht ausgehebelt werde; mit der Agrarreform sei dies jedoch gegen den Willen Bayerns bereits eingeleitet worden, erläuterte Weber. Nach dessen Auffassung ist eine flächendeckende Landbewirtschaftung nur über eine entsprechende Rinderhaltung zu erhalten.

Angebot und Nachfrage

Da beim Milchmarkt der Preis alles andere als zufriedenstellend sei und die Nachfrage nicht erhöht werden könne, müsse das Angebot an die Nachfrage angepasst werden. Weber bedauerte, dass von Deutschland bislang keine diesbezüglichen Signale ausgesendet würden. Die Milchprämie von 3,55 Cent (in der Endstufe) gleiche nur etwa 56 Prozent der Preiseinbußen bei der Milch aus. Die teilweise durchgeführte „Abschmelzung“ und Verteilung an Pferdehalter und Ackerregionen wäre Webers

Ansicht nach in höchstem Maße unfair: Bayern kämpfe für eine „1:1-Umsetzung“ der Agrarschlüsse, während der Bund Maßnahmen einführen wolle, die weit über die EU-Beschlüsse hinausgingen. In der momentan schwierigen Situation könnten für die Landwirte Flurneuordnung und agrarstrukturelle Maßnahmen eine wertvolle Hilfe sein, bemerkte Weber, denn: Was mit Kostensenkung erreicht werden kann, brauche nicht eingefordert zu werden.

BBV-Direktor Franz Seitz verwies darauf, dass Grünland nur durch eine intakte, bäuerliche Landwirtschaft erhalten werden kann. Eine einheitliche Flächenförderung gefährde nicht nur die KULAP-Ausgleichszahlungen. Daher benötigten Bayerns Bauern betriebsspezifische Förderungen. Der wirtschaftende Betrieb gehöre eindeutig gestützt; rinderhaltende Betriebe werden nach Seitz' Einschätzung nach der Reform die großen Verlierer sein.

Ausgleichszahlungen

Dr. Hans Thalmann vom Landwirtschaftsamt Augsburg/Friedberg führte aus, dass



In der Region des Gesundheitspfarrers Kneipp motiviert man die Menschen, für ihre Fitness aktiv zu werden.

2. Unterallgäuer Gesundheitswoche:

Laufend fit durchs Kneipppland

Nach dem Erfolg der 1. Unterallgäuer Gesundheitswoche im vergangenen Jahr ist es der Folgeveranstaltung gelungen, dieses Ergebnis sogar zu toppen. Heuer begeisterten sich rund 30 Gemeinden des Landkreises für eine Teilnahme und erstellten durch ihr Engagement und ihre Unterstützung ein Programm, das 270 Veranstaltungen umfasste - 70 mehr als im vergangenen Jahr.

„Es ist beeindruckend, wie kreativ die Gemeinden sind und welch abwechslungsreiches Programm zum Megathema Gesundheit dadurch zustande gekommen ist“, freut sich Regionalmanager Detlef Jaroš. Das Programm hatte man auf eine eigene Internetseite - www.underallgaeu-aktiv.de - gestellt. Es bot eine bunte Mischung aus aktiven Veranstaltungen, wie zum Beispiel Walking-Touren oder (Rad-)Wanderungen, und informativen Vorträgen zu Gesundheitsthemen. Für jeden Geschmack war etwas dabei.

Gesundheits-Aktiv-Messe

Den Auftakt zu dieser 9-tägigen Veranstaltungsreihe bildete eine Gesundheits-Aktiv-Messe im Forum in Mindelheim. Zahlreiche namhafte Unternehmen und Institutionen nutzten die Möglichkeit, ihre Produkte rund um die Themen Gesundheit, Prävention und Fitness auf dieser Messe zu präsentieren und sich mit vielen attraktiven Mitmach-Angeboten zu beteiligen. Ein informatives und abwechslungsreiches Rahmenprogramm aus Vorträgen, sportlichen Auführungen, Prämierungen und vielem mehr rundete die Messe ab. Sogar für ein spezielles Kinderprogramm mit Betreuung war gesorgt und auch die Gaumen-

freuden kamen beim Pfannkuchen backen oder Eis schleimen nicht zu kurz.

Laufen für guten Zweck

Dass den Veranstaltern auch Menschlichkeit am Herzen liegt, zeigte die Aktion „Laufen für einen guten Zweck“, die im Rahmen der Gesundheitswoche von Vereinen und Gruppen einiger Landkreis-Gemeinden durchgeführt wurde. Sponsoren zahlten den Läufern für jeden Kilometer, der beim Walken, Nordic Walken oder Joggen zurückgelegt wurde, einen festen Betrag. Mit dem Erlös unterstützte man die Lebenshilfe, einen Verein für das Wohl geistig behinderter Menschen.

Den krönenden Abschluss dieser Veranstaltungsreihe bildete ein großer Sportevent im Rahmen der „Allgäuiade“ am Buxheimer Weiher. Bei diesem konnten Teams Fitness und Können unter Beweis stellen. Schwimmen, Radfahren, Volleyball und Laufen, sowie das schon legendäre „Fischerstechen“ waren nur fünf der zehn Disziplinen, die die einzelnen Teams zu bewältigen hatten.

Rund um die Zehnkampfolympiade wurde den Besuchern ein umfangreiches Programm mit viel musikalischer Unterhaltung geboten.

Grünland eine Vegetationsform ist, die am kostengünstigsten durch landwirtschaftliche Nutzung erhalten werden kann. Die Verwertung von Grünland durch die Milchkuh erfordere beste Futterqualität. Würden naturschutzfachliche Ziele angestrebt, wie zum Beispiel eine artenreiche Insektenwelt und vielseitige Pflanzenbestände, bedürfe es einer extensiven Grünlandnutzung mit Ausgleichszahlungen in Höhe des entgangenen Nutzens.

Kostengünstige Vegetationsform

Im Vergleich zum Ackerbau stelle die Grünlandnutzung unabhängig von der Nutzungsintensität den bestmöglichen Gewässer- und Bodenerosionsschutz dar, so Thalmann. Der landschaftliche Reiz von Grünlandstandorten bestehe letztlich im Nutzungsmosaik verschiedener Intensitäten der Grünlandnutzung. Durch die Zusammenarbeit der Landwirte mit den verschiedenen Fachverwaltungen könne das Grünland nicht nur als landwirtschaftlicher Wirtschaftsfaktor genutzt, sondern gleichzeitig auch als Element einer reichgegliederten Kulturlandschaft erhalten werden. Die Umsetzung dieser Ziele werde in be-

sonderer Weise im Verfahren der ländlichen Entwicklung Winterriedener-Ried berücksichtigt.

Bodenordnungsverfahren

Wie der zuständige Bauoberrat Wilhelm Preißinger erläuterte, ist die Winterrieder Flur entsprechend der landwirtschaftlichen Nutzung zweigeteilt. Von den insgesamt 700 ha LF werden ca. 300 ha als Ackerfläche und ca. 400 ha als absolutes Grünland bewirtschaftet. Das Grünlandgebiet befindet sich westlich vom Ort und ist ein Niedermoorgebiet. Wegen dieser Voraussetzungen wurden zwei Bodenordnungsverfahren angeordnet; das Verfahren Winterrieden II, durch das die Ackerlage neu geordnet wurde und das Verfahren Winterrieden IV, das das Niedermoorgebiet umfasst.

Mit relativ geringem Aufwand sei die landwirtschaftliche Nutzung dauerhaft gesichert und im Verbund mit den Naturschutzmaßnahmen ein erheblicher Beitrag zur Erhaltung des Niedermoores und der Kulturlandschaft geleistet worden. Anfänglich scheinbar überbrückbare Nutzungskonflikte seien einer von allen akzeptierten Lösung zugeführt worden. **DK**

Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:
Beda Bohinger
Otto Ammon

Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner
Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:
Peter Müller
Jens Korn (KPV)
Lutz Roßmann (Landtag)
Brigitte Scherbiel (Wirtschaft und Messen)
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)
Klaus Kamhuber
Franz Och

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:
Victoria Bertele (verantwortlich),
Telefon 08171 / 9307-11
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37 vom 01.01.2003

Anzeigenschlußtermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben);
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWST.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag.
Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags
und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse Gmbh

Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13
Telefax 08171 / 805 14
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: http://www.gemeindezeitung.de
Bankverbindungen:
Bayer. Landesbank München
Konto 1159164, BLZ 700 500 00
Raiffeisenbank
Füssen-Pfronten-Nesselwang
Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse Gmbh, Geschäftsführerin:
Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:
Fränkischer Tag Gmbh & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

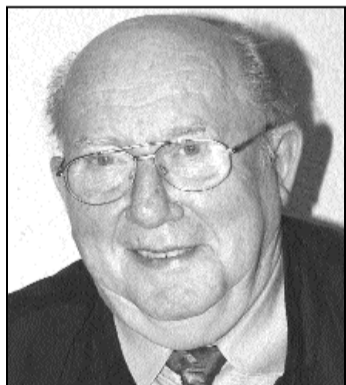
Erich Höb zum 70. Geburtstag

23 Jahre Bürgermeister von Scherstetten

Scherstetten (wkl). 23 Jahre stand Erich Höb an der Spitze der Staudengemeinde Scherstetten. Am 11. Juni feierte er bei rüstiger Gesundheit seinen 70. Geburtstag. Bei den Kommunalwahlen im März 2002 hatte sich der Schreinermeister, der seit 1966 kommunalpolitisch tätig war, nicht mehr zur Wiederwahl gestellt und die Amtsgeschäfte an seinen Nachfolger Helmut Baur übergeben.

Heute, aus der Distanz des Ruhestanders heraus, macht Erich Höb kein Hehl daraus, dass ihm sein Amt Spaß gemacht hat und er die Zeit nicht missen möchte.

Gerade 32 Jahre war er jung, als er 1966 erstmals in den Gemeinderat einzog. Doch als im Januar 1979 der damalige Bürgermeister Ludwig Fischer bei



Erich Höb.

einem Verkehrsunfall ums Leben kam, stand in der Frage der Nachfolge plötzlich Erich Höb im Rampenlicht. Im April 1979 trat Höb für die CSU an und gewann das Rennen. Bei den darauffolgenden Wahlen war Höb jeweils der einzige Bewerber.

Jeweils erblickte am 11. Juni 1934 als ältestes von vier Geschwistern in Scherstetten das Licht der Welt. Er wurde Schreinermeister wie sein Vater und übernahm nach dessen Tod den elterlichen Betrieb.

Im Zuge der Gebietsreform wurde Konradshofen nach Scherstetten eingemeindet. „Ein gutes,

solidarisches Miteinander“, meinte Höb bei seinem Abschied vor zwei Jahren, „das war stets mein Hauptanliegen! ... eine Gleichbehandlung aller Ortsteile war mein Bestreben.“

Die „dienstlichen“ Meilensteine in der 23-jährigen Amtszeit waren der Kanalbau in den Ortsteilen Scherstetten und Erkhauten (1986 bis 1989), sowie die Kanalisation in Konradshofen. Der Umbau der ehemaligen Konradshofer Schule zu einem Vereinshaus, der Bau der Ortsdurchfahrten in Scherstetten und Konradshofen, der Ausbau diverser Ortsstraßen sowie die Ausweisung von Baugebieten waren weitere markante Stationen. Eines seiner „Lieblingskinder“ war der gemeindliche Kindergarten. Ob der Verdienste um seine Gemeinde wurde Erich Höb vom Gemeinderat zum Altbürgermeister ernannt.

Aktiv, wenn auch auf anderen Gebieten, ist er im kommunalpolitischen Ruhestand noch heute: Zusammen mit Ehefrau Edelfriede zieht es ihn zu Fuß oder mit dem Fahrrad hinaus in die Natur. Der begeisterte Bergwanderer verbringt seinen Urlaub am liebsten in Südtirol oder in den Lechtaler Alpen. Ein Porträt über Erich Höb wäre unvollständig, käme darin nicht auch seine Leidenschaft für einen zünftigen Schafkopf zur Sprache. Wann immer sich die Gelegenheit bietet, mischt der Vater zweier erwachsener Kinder im Kreise einer gemütlichen Runde die Karten. **Walter Kleber**



Ganz Mörnsheim ist im Festtagsfieber. Die „gewandeten“ Bürgerinnen und Bürger setzten sich für die Fotografen schon einmal in Pose.

650 Jahre Markt Mörnsheim

Zahlreiche Festivitäten werfen ihre Schatten voraus

Im Jahre 1354 hat Kaiser Karl IV mit Urkunde der Gemeinde Mörnsheim das Marktrecht verliehen. Dieses Recht fundiert auf der „Ergebenheit und Rechtschaffenheit“ des Bischofs Berchtold, Fürstbischof von Eichstätt. Es beinhaltet die Ausübung der Gerichtsbarkeit und der Rechtspflege, was man gemeinhin als „Halsgericht“ bezeichnete. Des Weiteren wurde erlaubt, viermal jährlich einen Jahrmarkt und an jedem Montag eine Wochenmarkt für ewige Zeiten abzuhalten. Die Urkunde wurde am 7. Juli 1354 ausgefertigt.

Der Marktgemeinderat nahm diese Urkunde zum Anlass, um das Jubiläum der Markterhebung in gebührendem Rahmen zu feiern. Während des gesamten Jahres sind Veranstaltungen zur Geschichte und Kultur, zur Bildung und zum Genießen geplant. Zur Erinnerung wurde eigens eine Marktmedaille angefertigt, die in Zinn, Silber oder Gold erworben werden kann.

Eigenes Theaterstück

Der Festakt findet am 16. Juli statt. Erwartet werden Bischof Dr. Walter Mixa und Landrat Dr. Xaver Bittl. Ersterer wird einen Pontifikalgottesdienst in der Pfarrkirche St. Anna zelebrieren, dem auch viele „gewandete“ Bürgerinnen und Bürger bei-

wohnen werden. Anschließend findet der Festakt mit der Uraufführung des Stücks „Mörnsheim - Ein Dorf wird Markt“ am Kastnerplatz statt. Das eigens vom Festspielleiter der „Harten Fron“, Fritz Opitsch, geschriebene Stück wird sowohl Samstag, als auch Sonntag mehrmals aufgeführt. Daran schließt sich jeweils die amüsante „seltsame Geschichte des Stieglitz“ an.

Historischer Markt

Ein historischer Markt mit Händlern, Gauklern, Musik und kulinarischen Genüssen findet vom 16. bis 18. Juli in den Straßen und Gassen der Markt-gemeinde statt. Ein „Wegezoll“ wird nicht verlangt. Am Markt ist allerhand geboten: Musik und

Gaukler, die „Schanzer Spiel-leut“, der „Rabenschwarze Hufen“, ein Landsknechtlager der „Harten Fron“, die Neuburger Pfalzritzer, eine Seherin, eine Märchenerzählerin, ein Glücksschmied und ein Streichelzoo.

Auch das Handwerk präsentiert sich; allen voran der Steinbruchstand mit dem Bearbeiten von Solnhöfer Platten, ein Schäfer und ein Schuhmacher. Außerdem ist eine Holzwerkstatt zu besichtigen. Die Kinderbetreuung mit Malen, Basteln und Kränzebinden übernehmen die Ehefrauen der Markt-gemeinderäte. Auch der Kindergarten bietet Selbstgebasteltes zum Verkauf an.

Marktmünzen in Zinn

Mit einer eigenen historischen Münzprägemaschine werden Marktmünzen in Zinn geprägt und stehen zum Verkauf. Ebenso werden eigens erstellte Lithographien mit Mörnsheimer Ortsmotiven angeboten. Auch die Ortsvereine beteiligen sich aktiv am historischen Markt. So veranstalten die Reservisten ein Kinderarmbrustschießen, der Kulturverein bietet eigens hergestellte Jubiläums-Spirituosen, Regenschirme mit Ortsmotiv und Literatur des Tourismusvereins sowie vom „Altmühltaler Lamm“ feil. Die Mitglieder des Verkehrs- und Verschönerungsvereins bereiten Kaffee und Kuchen vor, der Obst- und Gartenbauverein ist für deftige Brotzeiten zuständig; die Wandergemeinschaft lädt zum Geschicklichkeitspiel mit „Sausackplou-dern“ ein und der Burschenverein „Frohsinn“ lockt mit einem Mohrenkopfwurfspiel auf eine Silhouette der ehemaligen Burg Mörnsheim. Den Ausschank von Getränken übernehmen die Mitglieder des VfB Mörnsheim.

Hackstockmeister treten auf

Die aktiven und passiven Hackstockmeister aus den Steinbrüchen um Mörnsheim zeigen die Arbeitsweise an den Solnhöfer Platten von anno dazumal. Auswärtige Händler und Handwerker bieten Steinketten und Mineralien, Handpuppen, Seifen, Gewürze, Haarkränze, Holzspielzeug und Armbänder, Laternen und Ritterspielzeug, Hemden und Tücher. Sie zeigen das Korbmachen und die Darstellung der Anfertigung von Kettenhemden, bieten Weine und Liköre vom Fass, sowie Käse an. Auch Hunger und Durst werden mit Spanferkel, Altmühltaler Lamm, gegrilltem Fisch, Steaks und Grillwürsten sowie deftigem Imbiss und natürlich süffigem dunklem Bier vom Fass hinreichend gestillt.

Weiteren Informationen zum Markt und Festwochenende unter www.moernsheim.de.

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Thaler, Thaler, du musst wandern; von dem einen Ort zum andern.“ Mein Chef, der Bürgermeister, trällerte ein altes Kinderlied, als er von der herrschenden Münzknappheit las. Das ist ja beileibe kein Thema aus dem zaghaft sich ausbreitenden Sommerloch, sondern basiert auf einer hochfiziellen Mitteilung der Deutschen Bundesbank: Bei uns gibt es zu wenige Kupfermünzen, so dass alsbald ein Wechselgeldnotstand an den Supermarktkassen zu befürchten ist. Das Medienecho war riesig. Es war die Rede von schweren Tief-laden, die Münzen aus Österreich herankarren. Um die Verdrängung unseres Eichenlaubs durch irgendwelche Alpenblumen zu verhindern, ruft die BILD-Zeitung zur Auflösung von Münzhorten auf und lobt die Verdoppelung des umfangreichsten Münzschatzes aus.



würde mich groß anschauen.

Eigentlich ist das Ganze ja eher eine Grotteske als eine wirkliche Herausforderung. Aber es ist halt ein Indiz für den Eindruck, den wir alle mehr oder weniger stark in diesen Tagen haben: Unser Land funktioniert nicht mehr. Bei fehlenden Münzen denkt man an die Geschichten der Eltern aus früheren Italien-Urlaubs, wo es statt Rückgeld Briefmarken oder Bonbons gab. Damals hatte Italien nicht doppelt oder dreifach so hohe Wachstumsraten wie wir, sondern war der Sanierungsfall, zu dem wir geworden sind. Die Bundesbank kümmert sich mehr um Dienstvillen als um die Geldversorgung, das Bundesfinanzministerium vergisst Münzen zu bestellen und die Chinesen kaufen den Stahl für die Münzrohlinge auf. Wir sind zweitklassig geworden. Fehlen nur noch Benzingutscheine wie vor Zeiten in Italien, damit die Österreicher und Tschechen, die uns besuchen, sich das Autofahren bei uns noch leisten können.

In den Archiven vieler Kommunen und Sparkassen lagern aber noch ganz andere Zeugnisse aus Zeiten mit wirklich schlechter Geldversorgung. Das Notgeld unseres Städtchens zur großen Inflation 1923 ist besonders hübsch und stellt in edlem Stichtiefdruck die Brunnen der alten Kernstadt dar. Das zeigt einmal mehr: Wenn alles am Boden liegt, muss die Sache vor Ort in die Hand genommen werden!

So weit sind wir allerdings noch nicht gekommen. Ich halte es mit dem neuen Bundespräsidenten Horst Köhler: Wir können es noch schaffen! Umdenken ist halt angesagt. Zum Kinderlied des Bürgermeisters passt übrigens ein Spruch von Matthias Claudius auf dem heutigen Kalenderblatt: „Und all das Geld und all das Gut gewährt zwar schöne Sachen. Gesundheit, Schlaf und guten Mut kann's aber doch nicht machen.“

Exemplarische Münzkrise

Die Gründe, die für die „Münzkrise“ genannt werden, sind ebenso albern wie die Rezepte zu deren Bewältigung. Angeblich haben sich nach der Euro-Umstellung die Zahlungsgewohnheiten verändert. Tatsache ist doch, dass an der Kasse zu Pfennig- wie zu Centzeiten nur die alten Muttchen umständlich nach dem Kupfergeld kramen, die - obwohl sie alle Zeit der Welt haben - mit der arbeitenden Bevölkerung am Samstag einkaufen und immer den Betrieb aufhalten. Alle anderen haben sich früher wie heute rausgehen lassen. Und früher wie heute landen bei mir die 1-Cent-Stücke im Glas für die Brautschuhe und der übrige Kupferkram im Sparschwein, das viermal im Jahr geschlachtet wird. Ich will doch keinen Ballast in der Geldbörse. Deshalb werden auch alle Appelle verhallen, beim Bezahlen mehr Kleingeld zu benutzen. Und dass ich die ec-Karte für den Mittagseinkauf über 6,38 Euro einsetze, glaubt vielleicht ein Bank-Bürokrat in Frankfurt, aber meine Stammkassiererin



Wettbewerb Kulturhauptstadt:

Enttäuschung in Bamberg

Bewerbung dennoch ein Gewinn / Gratulation nach Regensburg

Mit großer Enttäuschung, zugleich aber sportlicher Fairness reagiert die Stadt Bamberg auf die Entscheidung des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst, nicht Bamberg, sondern Regensburg ins bundesweite Rennen um den Titel Kulturhauptstadt Europas 2010 zu schicken.

„Wir hätten das Zeug dazu gehabt und uns gerne weiter der Aufgabe gestellt, Kulturhauptstadt zu werden“, sagte Oberbürgermeister Herbert Lauer im Bamberger Rathaus. Zugleich wünschte er Regensburg viel Glück für den weiteren Weg zur Kulturhauptstadt Europas 2010.

Blick nach vorn

Die Entscheidung gegen Bamberg nehme der Stadt zwar die Chance auf diesen Titel, wesentlich schwerer wiege aber, was bleibt: Eine wunderschöne Stadt - die einzige UNESCO-Weltkulturerbestadt in Bayern - mit einer äußerst lebendigen und vielfältigen Kulturlandschaft, unvergleichlicher Lebensqualität und zugleich einem innovativem Blick nach vorne. „Dies alles wurde in der Bewerbungsschrift ausführlich dargelegt und zeichnet uns nach wie vor aus. Niemand hatte Zweifel daran, dass unsere Stadt die Würde des angestrebten Titels verdient hätte“, so der OB. „Wir sind und bleiben eine europäische Kulturstadt ersten Ranges!“

Bamberg unterstützt jetzt wie vereinbart die Bewerbung Regensburgs und könne bei einer Wahl Regensburgs in Brüssel „in den Zug einsteigen“ und 2010 in Regensburg präsent sein, so wie umgekehrt Regensburg in Bamberg. „Natürlich sind wir enttäuscht darüber, das wir es nicht geschafft haben“, sagte der für

matischen Jahresschwerpunkten oder die Fortsetzung der im Zuge der Bewerbung ins Leben gerufenen Workshops mit den Partnerstädten. So ist schon jetzt für das kommende Jahr ein weiteres Treffen aller sechs Partnerstädte in Rodez/Frankreich geplant, um den gegenseitigen Kulturaustausch in Europa zu vertiefen und stärker zu vernetzen.

Bestandsaufnahme

Sicher werden nun manche Träume oder Visionen angesichts fehlender finanzieller Mittel nicht in dem Maße realisiert werden können, wie es mit dem Zuschlag als Kulturhauptstadt möglich wäre. Viel wichtiger aber als einzelne Einrichtungen oder Projekte ist aus Sicht der Stadt die Bewahrung der Erkenntnis für die Bedeutung der Kultur in unseren Städten, von der so genannten Hochkultur bis zur gelebten Alltagskultur.

Vielen ist diese erst durch die Bewerbung und die dadurch entstandene „Bestandsaufnahme“ des eigenen kulturellen Reichtums (wieder) so richtig bewusst geworden. Nicht vergessen möchte die Stadt die vielen an der Bewerbung Mitwirkenden, Unterstützer und Helfer, ob finanziell oder durch tatkräftiges Anpacken. OB Lauer: „Viele Menschen haben sich in einem Maße für die Idee der Kulturhauptstadt Bamberg engagiert, wie es zuvor vielleicht kaum einer für möglich gehalten hätte. Ihre Arbeit war nicht umsonst, sondern hat Bamberg viel gebracht und wird auch in die Zukunft wirken. Herzlichen Dank!“

Ausstellung in Cham:

Wertvolle Schätze aus gemeindlichen Amtsstuben

Historische Dienstzeichen in Silber und Gold aus Bayern mit der Pfalz

In Zusammenarbeit mit der Staatlichen Münzsammlung München und dem Landesarchiv Speyer zeigte das Landratsamt Cham in der Schalterhalle der Sparkasse bis Ende Juni die Ausstellung „Schätze aus gemeindlichen Amtsstuben - Historische Dienstzeichen in Silber und Gold aus Bayern mit der Pfalz“. Präsentiert wurden rund 80 historische Dienstzeichen und Amtsketten von Bürgermeistern ab dem Jahr 1818.

Die bayerischen Bürgermeistermedaillen und Dienstzeichen für rechtsrheinische Gemeindevorsteher sowie für die Adjunkten in der Pfalz waren einst im Königreich Bayern von jeder Gemeinde beim Bayerischen Hauptmünzamt zu beschaffen. Sie wurden vom Amtsinhaber bei feierlichen Anlässen an einer Kette oder blauem Band um den Hals getragen. Die Medaillen zeigen auf der Vorderseite das Bild des jeweiligen Regenten oder das bayerische Staatswappen und auf der Rückseite das jeweilige Kommunalwappen oder den Gemeindevorsteher.

Not-Bürgermeisterkette

Neben vielen Exponaten aus dem Landkreis Cham waren auch einige Dienstzeichen aus der Pfalz und Hessen zu sehen. Eine große Rarität stellte die Not-Bürgermeisterkette der Stadt Straubing dar, gefertigt im Frühjahr 1918 mit dem Brustbild des letzten bayerischen Königs Ludwig III. Jedes der wertvollen ausgestell-

ten Stücke war ein Unikat. Die Ausstellung wurde Ende Mai vom Landrat des Landkreises Cham und Präsidenten des Bayerischen Landkreistages, Theo Zellner, eröffnet. Rechtzeitig zur Ausstellung erschien ein reich bebildertes Typenkatalog, der für 10 Euro erhältlich ist beim Landratsamt Cham, Sg. 26, Rachelstr. 6, 93413 Cham, Tel. 09971/78-218. E-Mail: elfriede.wutz@lra.landkreis-cham.de.

Preisgünstige Bestellung

In der Staatlichen Münzsammlung München haben sich 334 einseitige Rückseitenabschläge mit dem Wappen bayerischer Kommunen erhalten. Gemeinden, die an galvanoplastischen Nachbildungen ihrer meistens verlorengegangenen Bürgermeister-Wappenmedaillen in Verbindung mit dem gewünschten Regenten interessiert sind, können diese preisgünstig bestellen bei: Staatliche Münzsammlung München, Residenzstr. 1, 80333 München, Tel. 089/227221-22. E-Mail: smm.muennen@t-online.de DK

Regionalkonferenz konstituiert Metropolregion Nürnberg

Die Region Nürnberg ist de facto eine Metropolregion von europäischem Rang und verdient als solche formale Anerkennung. Unter dieser Prämisse versammelten sich über 200 Vertreter von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Germanischen Nationalmuseum der Norisstadt, um selbstbewusst den Anspruch der Metropolregion Nürnberg zu formulieren.

50 Mrd. Euro Bruttosozialprodukt, eine der zehn größten Wirtschaftsregionen, eine komplette Infrastruktur, die in europäische und weltweite Netze eingebunden ist - Flughafen, Messe, Hafen, mehr als 2 Mio. Menschen Bevölkerung, hohe Entwicklungsdynamik und Gateway to East, also eine der Schlüsselregionen bei der EU-Kohäsionspolitik - all das sind laut Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly Fakten, die für sich sprechen.

Polyzentrisch geprägter Raum

Das Modell der Metropolregion Nürnberg stelle nicht das Modell Paris, Rom oder Madrid dar. Es sei vielmehr „der polyzen-

trisch geprägte Raum mit einer großen, keinesfalls alles dominierenden Stadt in der Mitte, aber mit vielen Ober- und Mittelzentren innen drin“.

Vielfältige Stärken weiter entwickeln

Das Land, so Maly, benötige die oberzentralen Angebote der Städte, aber die Städte bräuchten genauso den Freizeit-, Erholungs-, Natur- und teilweise auch Wohnwert des Landes. Ohne das weitere Umland wäre Nürnberg nur halb so schön. Deshalb seien als „regionale Verantwortungsgemeinschaft“ alle Akteure in der Region aufgerufen, durch gemeinsames Handeln nach innen und außen die vielfältigen

Stärken der Metropolregion Nürnberg weiter zu entwickeln.

Staatssekretär Tilo Braune sicherte den Konferenzteilnehmern die Unterstützung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen bei der formalen Anerkennung als Metropolregion zu: „Die Bundesregierung kann und wird helfen, die sich Ihrer Region bietenden Chancen zu nutzen.“

Überzeugter Verfechter

Wirtschaftsminister Dr. Otto Wiesheu zeigte sich als überzeugter Verfechter der Metropolregion Nürnberg und versprach, sich persönlich und im Namen der Bayerischen Staatsregierung dafür einzusetzen, dass der Region dieser Titel zuerkannt wird: „Was Tradition, Perspektiven, Leistungskraft und die Rolle in Richtung Osten angeht, hat Nürnberg zweifelsohne die Funktionen einer Metropolregion.“

Steigerung der Attraktivität

Nürnbergers Wirtschaftsreferent Dr. Roland Fleck betonte die Bedeutung dieser Einstufung insbesondere für das Standortmarketing, da die offizielle Bezeichnung als Metropolregion eine besondere Leistungs-

fähigkeit von Wirtschaft, Wissenschaft und Infrastruktur signalisiere und so die Attraktivität der Region für ansiedlungswillige Unternehmen weiter gesteigert werden könne.

In einer Resolution erklärten die Tagungsteilnehmer die Metropolregion Nürnberg für konstituiert. Gleichzeitig appellierten die rund 130 Unterzeichner „an die staatliche Planung, uns unverzüglich als Metropolregion Nürnberg durch die Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) anzuerkennen und in den Initiativkreis deutscher Metropolregionen sowie in das neue Landesentwicklungsprogramm Bayern aufzunehmen“.

Gateway-Funktion

Die Region Nürnberg mit rund zwei Millionen Einwohnern, 10.000 Quadratkilometern Fläche und einem Bruttoinlandsprodukt von 50 Milliarden Euro zählt zu den wirtschaftsstärksten Räumen in Deutschland. Sie umfasst im Wesentlichen die Planungsregion Westmittelfranken, die Industrieregion Mittelfranken sowie die Landkreise Forchheim und Neumarkt. Auch Bamberg, Bayreuth und Amberg-Sulzbach sind eng mit der Region Nürnberg verflochten.

Das europäische Raumordnungskonzept EUREK von 1999 schreibt der Region eine entscheidende Gateway-Funktion in Hinblick auf die neuen EU-Mitgliedsstaaten im Osten zu.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt ein Prospekt der Deutschen Telekom bei.

Wir bitten um freundliche Beachtung.

Altlandrat Bauer erhielt Ehrenring

Erdings Altlandrat Xaver Bauer erhielt aus den Händen seines Nachfolgers Martin Bayerstorfer die höchste Auszeichnung, die der Landkreis zu vergeben hat: den Goldenen Ehrenring. Bauer hatte sich 2002 nach 15 Jahren als Landrat aus der Politik zurückgezogen. Mit dem Ring, den der Kreistag im Jahr 1955 gestiftet hat, werden Persönlichkeiten ausgezeichnet, die sich „in hervorragendem Maße verdient gemacht haben“. Die Zahl der Ehrenringträger ist auf zwölf lebende Persönlichkeiten beschränkt. **DK**

Pointner neuer RPV-Vorsitzender

Unterstützung Bayerns

Die Bayerische Staatsregierung unterstützt die Bestrebungen der Region Nürnberg ausdrücklich. Bundesverkehrsminister Dr. Manfred Stolpe sagte im März dieses Jahres ebenfalls zu, sich als Vorsitzender der MKRO für die Einstufung Nürnbergs als Metropolregion einzusetzen. Seit April 2003 ist die Region Nürnberg Mitglied bei METREX, dem Netz der europäischen Großstadregionen und Großräume. **DK**

Freisingers Landrat Manfred Pointner wurde zum neuen Vorsitzenden des RPV München gewählt. Stellvertreter sind der Kraillingener Bürgermeister Dieter Hager und Münchens OB Christian Ude. Pointner peilt eine „weitere Entrümpelung des Regionalplans“ an. Zugleich warnte er vor dem Irrglauben, mit der Festlegung von Zielen im Regionalplan seien bereits neue Verkehrswege geschaffen. **KI**

Vorschau auf GZ 14

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 14, die am 22. Juli erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- ≪ Energieversorgung • Energiesparmaßnahmen
- ≪ Kommunales Verkehrswesen • ÖPNV
- ≪ Kommunalfahrzeuge • Winterdienstplanung
- ≪ Fachliteratur